

FÜR DAS LEBEN AUF ERDEN

Vor den Menschen steht heute die Alternative: Entweder bewahren wir alles, was die Menschen unter großen Anstrengungen in ihrer langen Geschichte geschaffen haben, oder wir verlieren alles. Der Krieg ist stets — es sei denn Heimat und Freiheit werden verteidigt — Wahnsinn, und ein mit Nuklearraketen geführter Krieg, dessen verschiedene Varianten in den NATO-Stäben so leichtfertig erörtert werden, wäre potenziertes Wahnsinn.

Der bulgarische Dichter Lubomir Lewtschew verglich einmal die Erde heute mit einem Vogel im Sturm. Um den Kampf mit den Naturgewalten zu bestehen, braucht er starke Flügel. Diesen Vergleich fortführend, kann man sagen: Den einen Flügel, die Hauptstütze ihrer Hoffnung, sieht die fortschrittliche Menschheit im Friedensengagement der Sowjetunion, der anderen sozialistischen Länder, aller friedliebenden Völker; den anderen in der erstarkenden Antikriegsbewegung. Vor unseren Augen wird sie zu einer breiten Antikriegsfront.

Am 21. Juni kommt in Prag die Weltversammlung "Für Frieden und Leben, gegen Atomkrieg" zusammen. Die Initiative dafür ging von Vertretern vieler internationaler und nationaler gesellschaftlicher Organisationen aus. Sie planten sie als große Begegnung der Antikriegsbewegungen und -organisationen aus aller Welt, als offenen Dialog über die aktuellen Fragen von Krieg und Frieden. Ein gleichberechtigter und konstruktiver Dialog, gegründet auf den Prinzipien der gegenseitigen Achtung. Vorgesehen ist ein öffentliches Hearing "Die Nuklearkriegsgefahr als Bedrohung des Lebens; Wege zur Abwendung dieser Gefahr". Gegenstand der freimütigen Diskussion wird das Wettrüsten sein, wie es beendet und wie abgerüstet werden kann. Gesprochen werden soll über die Rolle der UNO bei der Bewahrung des Friedens. Experten werden ihre Gedanken über die wirtschaftlichen Aspekte der sozialen und psychologischen Folgen des Wettrüstens austauschen. Die Forumsteilnehmer werden auch die Rolle der Nichtpaktgebundenenbewegung sowie Fragen des Nahen Ostens, Asiens, Afrikas und Lateinamerikas erörtern. Natürlich wird dem

Erfahrungsaustausch der Friedensbewegungen große Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Diese Erfahrungen zeigen, daß die Völker die Kraft und die Möglichkeit haben, von unserer gefährdeten Welt das Schicksal von Hiroshima und Nagasaki abzuwenden. Allein in der zweiten Hälfte des 20. Jh. gab es drei besonders starke Wellen der Antikriegsbewegung: in den 50er, den 60er und den 70er Jahren. Die erste fand ihren Höhepunkt im Stockholmer Appell und verhinderte, daß die US-Imperialisten wie geplant eine Atombombe auf das demokratische Korea abwarf; die zweite trug zum Sieg des vietnamesischen Volkes bei; die dritte bewahrte Europa vor der US-Neutronenbombe. Jetzt steigt die vierte und wohl stärkste Welle an.

Für das Prager Forum der verschiedenen Strömungen der Weltfriedensbewegung leisteten die Initiatoren eine große organisatorische und propagandistische Vorbereitung. Die Vorbereitung dauerte mehr als ein Jahr. Das Datum des Beginns des Treffens hätte nicht besser gewählt werden können. Doch selbst ohne die langwierige und gründliche Vorbereitung der Prager Versammlung müßte gerade jetzt dieses weltumfassende Treffen stattfinden. Vor nur wenigen Tagen organisierten die Einpeitscher der internationalen Spannung und eines ungeheuren Wettrüstens, die Prediger der Politik der Stärke, die nur zu gern anderen Völkern Befehle erteilen, ein weiteres militaristisches Komplott in Williamsburg. Dort brachte man unseren Planeten einem Raketeninferno noch näher, und in Paris, auf der NATO-Ratstagung, wurden dann bereits die Details abgesprochen, insbesondere der berüchtigte Raketenbeschuß bekräftigt.

Das Prager Treffen zeigt erneut, daß es noch zu früh ist, einen Nachruf auf Frieden und Entspannung zu schreiben. Die Entspannung und — als Endziel — der Verzicht auf alle Nuklearwaffen und auf die übergroßen Anhäufungen konventioneller Waffen können nur durch den Zusammenschluß aller Kräfte der Völker erreicht werden. Dieser Zusammenschluß wird dem Wort aus Prag noch größeres Gewicht verleihen. Dieses Wort wird neue Aktionen hervorbringen. Juri Andropow betonte auf dem Novemberplenum des ZK der KPdSU: "Heute wie nie zuvor treten die Völker in den Vordergrund der Geschichte. Sie haben das Recht erworben, ihre Stimme zu erheben, die niemand niederzuschreien vermag. Sie sind befähigt, durch ein aktives und zielstrebiges Vorgehen die Gefahr eines Kernwaffenkrieges zu bannen, den Frieden und somit auch das Leben auf unserem Planeten zu erhalten."

Jeder Mensch auf unserer Erde hat seine Sorgen, doch die Sorge um die Bewahrung des Friedens geht uns alle auf das unmittelbarste an. Und aufmerksam hören wir in diesen Tagen auf das Wort aus Prag.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 25 JUNI 1983

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FIJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLIAKOW (Stellv. Chefredakteur), A. PIN, B. PIITSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. RUBZOW, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), M. TSCHERNOUSSOW, D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Für das Leben auf Erden	1
D. Pogorshelski — Der einzige vernünftige Weg	5
W. Boikow — NATO. Rüstungs-Marathon	6
S. Goljakow — Großbritannien. Weitere fünf Jahre	8
A. Baryschew — An zwei Fronten	9
V. Semjonow — Frankreich. Ohne Jubel	10
W. Midzew — Afrika. Unüberwindbare Kraft der Einheit	12
E. Kowaljow — Portugal. Zeitzünder	14
L. Samochwałow — Italien. Raketen, Mafia und Politik	14
Notizen ♦ Glossen	16
B. Bannow — „Aufhetzen und demonstrieren...“	18
B. Piitschik — Friede deinem Herde	20
D. Antonow — Mörder aus Pretoria	21
J. Tawrowski — Japan. Tokioter NATO-Anbeter	22
J. Gudkow — Namibia. Ohne Aufschub	23
Diskussion mit dem Leser	25
PS	26
Pressekonferenz des Antizionistischen Komitees der sowjetischen Öffentlichkeit	27



Am 21. Juni beginnt in Prag das Weltforum "Für Frieden und Leben, gegen Atomkrieg". Die Friedensbewegung wächst, sie erfaßt Menschen verschiedener sozialer Stellung, wie auch verschiedener politischer und religiöser Anschauungen. Mit Recht heißt es in einem Aufruf des Internationalen Vorbereitungskomitees für das Forum: "Keinerlei Unterschiede in den Anschauungen können uns davon abhalten, entschlossen gegen die Vernichtung des materiellen und geistigen Erbes der Welt vorzugehen."

Titelbild: Plakat zur Eröffnung des Forums.

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Plostschadji, Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 [Auskünfte]. Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU. Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Plostschadji, Moskau.

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

■ Am 14. Juni begann eine turnusmäßige Plenartagung des ZK der KPdSU. Sie wurde von Juri Andropow, dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, eröffnet. Am ersten Tag hielt Konstantin Tschernenko, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, das Referat "Aktuelle Fragen der ideologischen und der politischen Massenarbeit der Partei". Am 15. Juni hielt Juri Andropow eine große Rede. Das Plenum faßte zu der debattierten Frage einen einstimmigen Beschuß.

■ Am 16. Juni begann in Moskau die 8. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR(10. Legislaturperiode). Die Deputierten stimmten einhellig für die Wahl Juri Andropows zum Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR. Andrej Gromyko hielt das Referat "Die internationale Lage und die Außenpolitik der Sowjetunion", wozu die Tagung eine Resolution faßte. "Zum Gesetzentwurf der UdSSR über die Arbeitskollektive und ihre größere Rolle bei der Leitung der Betriebe, Institutionen und Organisationen" referierte Gejdar Alijew. Das Gesetz wurde von den Deputierten einstimmig angenommen.

■ Am 10. Juni endete nach Verhandlungen der offizielle Besuch des finnischen Präsidenten Mauno Koivisto in der UdSSR. Juri Andropow hatte Aussprachen mit dem hohen Gast. Nikolai Tichonow empfing Ministerpräsident Kalevi Sorsa und Andrej Gromyko Außenminister Paavo Väyrynen.

■ Am 11. Juni erschien eine Mitteilung über eine turnusmäßige Tagung des Politbüros des ZK der KPdSU. Es befaßte sich mit den sowjetisch-finnischen Verhandlungsergebnissen beim offiziellen Besuch Präsident Mauno Koivistos. Informiert wurde ferner über ein Gespräch Juri Andropows mit den namhaften Vertretern der amerikanischen politischen und öffentlichen Kreise Mr. und Mrs. Harriman. Das Politbüro erörterte den Verlauf der öffentlichen Diskussion zur Gesetzesvorlage über die Arbeitskollektive und ihre größere Rolle bei der Leitung der Betriebe, Institutionen und Organisationen. Andrej Gromyko berichtete über die Ergebnisse seiner Aussprache mit dem spanischen Außenminister Fernando Morán und Michail Gorbatjow über die Ergebnisse des Besuchs einer Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR in Kanada. Zur Debatte standen ferner Fragen der Wirtschaftsentwicklung, des Parteaufbaus und der Außenpolitik der UdSSR.

■ Am 9. und 10. Juni weilte Yacub Ali Khan, der Außenminister Pakistans, zu einem Arbeitsbesuch in Moskau. Mit ihm verhandelte Andrej Gromyko. Sie tauschten



Wie in aller Welt so wächst auch in den USA die Antikriegsbewegung und wird immer vehementer. Auf Kundgebungen und in Versammlungen für den Frieden wird das von Washington angezeigte Weitfrüsten und die abenteuerliche Politik Reagans verurteilt, die darauf abzielt, einen Krieg vorzubereiten. TASS-Foto: Eine New Yorker Demonstration gegen die interventionistische Politik der Regierung, gegen die Einmischung in die Angelegenheiten El Salvadors und gegen die Aggressionsakte Nikaragua gegenüber.

ihre Meinungen über einige weltpolitische Probleme sowie Fragen der bilateralen Beziehungen aus. Ihr besonderes Augenmerk galt einer politischen Regelung der Lage um Afghanistan. Andrej Gromyko betonte, daß sie nur nach völliger Einstellung der bewaffneten und jeder anderen Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DR Afghanistan möglich ist. Eine wichtige Rolle bei der Behebung der Spannungen um den unabhängigen nichtpaktgebundenen Staat könne und müsse Pakistan spielen, von dem aus vor allem die bewaffneten Invasionen in Afghanistan verübt werden.

Am 13. Juni kam Andrej Gromyko mit dem afghanischen Außenminister Schah Mohammad Dost zusammen, der sich auf der Durchreise nach Genf in Moskau aufhielt. Sie pflogen einen Meinungsaustausch über Fragen der bilateralen Beziehungen und einige andere von beiderseitigem Interesse.

Am 8. Juni traf Boris Ponomarjow mit Sorsa, dem Vorsitzenden der SPFi, Ministerpräsidenten Finnlands und Vorsitzenden des Konsultativrats der Sozial-

listischen Internationale für Abrüstung zusammen.

Vom 8. bis 12. Juni fand in Addis Abeba die 19. Versammlung der Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedstaaten statt. Das Präsidium des Obersten Sowjets und der Ministerrat der UdSSR richteten an die Teilnehmer folgendes Begrüßungsschreiben: "Die UdSSR weiß wie alle, denen Frieden und Freiheit am Herzen liegen, die Rolle sehr zu schätzen, die die OAU als erprobte Waffe im gemeinsamen Kampf der Länder und Völker Afrikas gegen Imperialismus, Kolonialismus, Rassismus und Apartheid, zur Wahrung ihrer legitimen Rechte, für Frieden und internationale Sicherheit spielt. Unser Land ist unabdingt dafür, daß das Ansehen und die Wirksamkeit der OAU gemehrt wird" (S. 12).

Am 8. Juni fand in Moskau eine Versammlung der sowjetischen Öffentlichkeit über die Ergebnisse der VII. Gipfelkonferenz der nichtpaktgebundenen Länder statt. Sie nahm eine Resolution an, in der es heißt, daß die in Delhi formulierten Stellungnahmen zu den brennendsten

Gegenwartsfragen ein wichtiger Beitrag zum Kampf aller Fortschritts- und Friedenskräfte gegen die aggressiven Umtriebe der militaristischen Kreise des Imperialismus, im Kampf für die Konsolidierung der Gleichberechtigung und wechselseitig vorteilhaften Zusammenarbeit auf dem weltpolitischen Schauplatz, für die Sicherheit aller Völker und Staaten sind.

Am 10. Juni tagte in Moskau die Kommission der sowjetischen Öffentlichkeit zur Untersuchung der Verbrechen der israelischen Aggressoren im Libanon. Die Diskussionsredner protestierten entschieden gegen die fortwährende Okkupation eines großen Teils des Libanon durch Israel und gegen die Willkürakte, Repressalien, Folterungen und den Terror der Okkupanten gegen die Libanesen und Palästinenser und forderten, daß der Libanon sofort von den Besatzungsstruppen Israels geräumt wird.

Die libanesischen Patrioten führen energische Kämpfe gegen die israelischen Okkupanten. In den letzten Tagen beschossen Partisanen in Saida mehrmals den Amftssitz des israelischen Militärkommandos. Am 11. Juni griffen sie eine Militärstreife der Besatzer an. Drei ihrer Soldaten fielen, einer wurde verwundet. In Khaldeh, einem Vorort von Beirut, flog ein israelischer LKW mit Brennstoff auf einer von Patrioten gelegten Mine in die Luft. Erbitterte Kämpfe zwischen libanesischen Patrioten und den Okkupanten entspannen sich bei Al-Akbiya, auf der Chaussee zwischen Saida und Tyr. Im Zentrum der Stadt Aley im Berglibanon sprengten Partisanen einen israelischen Panzerwagen.

Vom 3. bis 10. Juni tagte in Moskau die 6. Sitzung der sowjetisch-türkischen Regierungskommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Vom 30. Mai bis 9. Juni wurde in der DDR, in Polen, in der CSSR und im Süden der Ostsee eine gemeinsame Kommandostabsübung der verbündeten Armeen und Flotten unter dem Kodennamen "Sojus 83" abgehalten.

Am 7. Juni wurde in der UdSSR die automatische interplanetare Station Venus 16 gestartet, die in Bauart und Bestimmung der am 2. Juni gestarteten Venus 15 entspricht. Beide werden Anfang Oktober den Raum der Venus erreichen.

Am 8. Juni wurden in Genf die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über Begrenzung und Reduzierung der strategischen Rüstungen wieder aufgenommen.

Am 8. Juni gab US-Präsident Reagan anlässlich der Wiederaufnahme der sowjetisch-amerikanischen Abrüstungsverhandlungen in Genf eine Erklärung ab, die erneut sein Bestreben verdeutlicht, um jeden Preis das Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit der Seiten zu verletzen, auf dem SALT 1 und SALT 2 basierten.

Am 11. und 12. Juni kam es in Genf zu einer Sondertagung der Pugwash-Konferenz zu Problemen der Nuklearwaffen in Europa. In einer Erklärung dazu heißt es, es sei äußerst wenig Zeit für einen erfolgreichen Abschluß der in Genf stattfindenden sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Begrenzung der Nuklearwaffen in Europa geblieben. Die Konferenzteilnehmer sind der Ansicht, wenn ein Abkommen wegen der Schwierigkeiten bei den Genfer Verhandlungen nicht bis Dezember d. J. erzielt werde, sollten die Regierungen der NATO-Länder die Stationierung neuer US-Nuklearraketen in Westeuropa aufschieben und "damit mehr Zeit für Verhandlungen zur Überwindung der Schwierigkeiten lassen".

Auf einem Treffen in San Jose erörterten Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien Venezuelas, Kolumbiens, Panamas, Mexikos und Kostarikas die Lage in Mittelamerika und der Karibik und verurteilten entschieden die Interventionspolitik der US-Regierung sowie deren Einnischung in die inneren Angelegenheiten der Länder dieser Region.

Die Regierung Nikaraguas hat drei US-"Diplomaten" ausgewiesen, die Spionage betrieben und ein Attentat auf sandinistische Führungskräfte vorbereitet hatten (S. 9).

Am 9. und 10. Juni trat in Paris der NATO-Rat der 16 Länder auf Außenministerebene zusammen. Das Kommunike unterstützt die Pläne der USA, das Wettrüsten weiter zu forcieren und die militärische Überlegenheit über die UdSSR und die Warschauer Vertragsstaaten zu erlangen (S. 6).

Am 9. Juni fanden in Großbritannien vorfristige Parlamentswahlen statt, bei denen die Konservative Partei die absolute Mehrheit im Unterhaus errang. Margaret Thatcher nahm gleich nach den Wahlen eine Regierungsumbildung vor (S. 8).

Am 9. Juni wurde in Lissabon die vom Parteichef der Sozialisten, Mario Soares, gebildete portugiesische Regierung vereidigt. Ihr gehören 8 Minister der PS, 7 der Sozialdemokraten und ein "Unabhängiger" an (S. 14).

Der nationale Sicherheitsrat der Türkei — das höchste gesetzgebende Organ — bestätigte ein Gesetz über Parlamentswahlen, die auf den 6. November angesetzt sind. Es enthält mehrere Punkte, die die Rechte der Wähler beeinträchtigen.

Der irakische Präsident Saddam Hussain hat ein Abkommen über die Einstellung der Kriegshandlungen zwischen Irak und Iran am Persischen Golf vorgeschlagen, um die freie Schifffahrt für Iran und Irak sowie andere Staaten, namentlich den Erdölexport, zu sichern, selbst wenn die Kampfhandlungen an den Grenzen auf dem Festland fortgesetzt werden. Iran hat den Vorschlag zurückgewiesen.

Am 9. Juni sind von den rassistischen RSA-Behörden die tapferen Kämpfer gegen die Apartheid, die Mitglieder des Afrikanischen Nationalkongresses Südafrikas Simon Mogoerane, Jerry Mosololi und Marcus Motaung hingerichtet worden (S. 21).

Am 13. Juni hat der am 3. März 1972 gestartete US-Raumsatellit "Pioneer 10" den Orbit des Neptun gekreuzt und das Sonnensystem verlassen. Zu dieser Zeit befand er sich 4,5 Md. km von der Sonne und entfernte sich mit einer Geschwindigkeit von 49 177 km/h in Richtung auf den Stern Barnard. Die Energiequellen von "Pioneer 10" sollen der Anlage für noch mindestens 10 Jahre Informationen an die Erde gestatten.



Das diktatorische Regime Guatemalas verstärkt Repressalien gegen demokratische Kräfte. Meuchelmorde an Patrioten und Razzien gehören zum Alltag dieses Landes. TASS-Foto: Buspassagiere in der guatemaltekischen Hauptstadt werden gefilzt

Über Ihre Zeitschrift möchte ich mich an den amerikanischen Präsidenten R. Reagan wenden. Er hatte weltweit erklärt, die Sowjetunion sei "Zentrum des Bösen". Schauen Sie, Herr Präsident, in die US-Archive, die viele positive Äußerungen der Leiter der Anti-Hitler-Koalition über die UdSSR enthalten. Ein Staat, der angesichts der akutesten Gefahr sein Volk um sich zusammenschloß, dessen Energie gegen den heimtückischen Feind lenkte und den entscheidenden Beitrag zum Sieg über den Faschismus leistete, kann nicht "Zentrum des Bösen" sein. Dieser Staat steht nach wie vor dem wahren Bösen gegenüber — dem militärischen Imperialismus, der die Menschheit in den Nukleartod treiben will.

S. GULAJEW
Leningrad

In Beiträgen von J. Ostrowitjajnow "Metamorphosen des Neomarxismus" (Hefte 10, 13/83) ist eine tiefe kritische Analyse von vorwiegend unter westeuropäischen und US-amerikanischen "neuen Linken" verbreiteten verschiedenen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Theorien gegeben, deren Vertreter sich dazu versteigen, den Marxismus "wiederbeleben" zu wollen. In der Tat aber sind diese angeblichen Marxisten vom Leben hoffnungslos zurückgelassen.

Robert SEIER
Sudbury, USA

Unvergängliche Tage verbrachte ich in Moskau und Leningrad. Saubere Straßen, wo man weder Bettler und Rauschgiftsüchtige noch Obdachlose sieht, stehen im krassen Widerspruch zu Italien... In unserem preiswerten und komfortablen Zimmer des Hotels "Sewastopol" hatten wir Fernsehapparat, Kühlschrank, Telefon und Badezimmer zur Verfügung. Ja, für manche Waren muß man hier noch anstehen. Das zeugt aber übrigens von der ständig wachsenden Kaufkraft der Sowjetmenschen. Was hat man davon, daß die vollgestopften Läden in Italien Ihren Käufer nicht finden, weil die Menschen einfach kein Geld haben.

Umberto BREDA
Pordenone, Italien

DER EINZIG VERNÜNTIGE WEG

Gegen Sommersanfang haben sich in den zwischenstaatlichen Beziehungen Ereignisse zugetragen, die reichlichen Stoff zum Nachdenken und Vergleichen geben. Sie haben zwei diametral entgegengesetzte Kurse der Weltpolitik noch deutlicher erkennbar gemacht.

Der eine besteht aus einer Serie kapitalistischer "Gipfeltreffen": aus der Konferenz der Sieben in Williamsburg, aus der Tagung der Westeuropäischen Union und aus einem wahren Marathonlauf der NATO, der mit der Ratstagung dieses aggressiven Blocks abschloß. Die Verhandlungsergebnisse und die angenommenen Dokumente erregen bei den Menschen guten Willens höchste Besorgnis. Die friedliebenden Phrasen können nicht über die äußerst gefährlichen Handlungen und Absichten hinwegtäuschen. Das Weiße Haus drückt auf seine Bündnispartner und schreitet in seinem ungehemmten Militarismus fort. Es will mit seinen nuklearen Raketen um jeden Preis einen Keil zwischen Ost und West treiben. Mit ihrem Frontalangriff auf die Entspannung leugnen die Kriegstreiber, allen voran die Regierung Reagan, eigentlich jede Möglichkeit einer friedlichen Koexistenz der beiden sozialen und politischen Systeme. Sie heizen in der ganzen Welt, besonders aber in Europa, die Atmosphäre auf. Dabei ist doch in der Alten Welt, wo schon seit Jahren kapitalistische und sozialistische Staaten koexistieren, nur die Politik der friedlichen Koexistenz haltbar.

Sind also heute, bei der verschärften weltpolitischen Konfrontation, normale, gute Beziehungen zwischen Ländern mit verschiedener Gesellschaftsordnung und Ideologie möglich? Das wird durch den zweiten politischen Kurs, den der UdSSR und Finlands, beantwortet. Ihre herkömmliche, mit jedem Jahr enger werdende Zusammenarbeit ist ein einleuchtendes Beispiel dafür, wie Beziehungen zwischen kapitalistischen und sozialistischen Ländern sein können und müssen. Der offizielle Besuch Präsident Mauno Koivistos in der UdSSR ist eine plausible Antwort an solche, die nicht an die Möglichkeit einer Entspannung glauben und diesen Begriff überhaupt aus dem politischen Wortschatz streichen möchten.

Ja, die sowjetisch-finnischen Beziehungen heben sich klar und vorteilhaft vom weltpolitischen Hintergrund ab. Schon seit 35 Jahren entwickeln sie sich zügig in immer neuen Formen aufgrund des Vertrags über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe. Sein Abschluß hängt unlösbar mit einem

Schwerpunkt ihrer Beziehungen zusammen, zu dem das von Lenin unterzeichnete Dekret über die Anerkennung der staatlichen Unabhängigkeit Finnlands den Auftakt gab.

Die Vertrauensatmosphäre zwischen den beiden Ländern ist den Schwankungen des Weltklimas nicht ausgesetzt. Das ist eine höchst wertvolle Errungenschaft der beiden Länder, die sie dank dem beiderseitigen Streben nach gegenseitigem Verständnis und der Erfüllung ihres Vertrags erzielt haben. In der zum Abschluß des Besuchs Präsident Koivisto abgegebenen sowjetisch-finnischen Erklärung heißt es, daß der Vertrag in allen seinen Punkten und Prinzipien die feste Grundlage für den Ausbau der konstruktiven Verbindungen war und bleibt.

Zugleich ist er ein wichtiger Faktor bei der Gewährleistung der Sicherheit Finlands und der nordwestlichen Grenze der UdSSR wie auch des Friedens und der Stabilität in Nordeuropa. Deshalb ist seine vorfristige Verlängerung um 20 Jahre ein Markstein nicht allein in den bilateralen Beziehungen.

Schwierig war es 1948 mit dem Vertragsschluß. Das Angebot war in Finnland und erst recht in Obersee verschieden aufgenommen worden. In Washington erkannte man, daß, sollte der Vertrag zustande kommen, der Plan scheitern würde, Finnland mit Hilfe des Marshall-Plans in die Sphäre der USA einzubeziehen, und daß der Vertrag denen im Wege stehen würde, die Finnland zur Politik der 20er und 30er Jahre zurückzuziehen wollten. Natürlich sagte man Moskau hinterlistige Absichten nach. Auch in Finnland selbst bestand eine Opposition gegen den Vertrag. Dennoch siegte die politische Vernunft, größtenteils dank den Bemühungen der hervorragenden Staatsmänner Paasikivi und Kekkonen. Nicht von ungefähr wird die Politik, zu der sie das Fundament legten, heute nach ihnen genannt. In der Moskauer Erklärung heißt es, daß die auf dem Vertrag basierende Außenpolitik Finlands, die "Paasikivi-Kekkonen-Linie", eine unentwegte Entwicklung der Freundschaft und Zusammenarbeit garantiert, das Bestreben unseres Nachbarn im Norden ausdrückt, eine neutrale Friedenspolitik zum Nutzen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu betreiben und mit allen Ländern Freundschaft zu halten. Präsident Koivisto betonte, daß sein Land diesen Kurs zielbewußt und stetig halten wird. Dessen Schwerpunkt ist die Aufrechterhaltung

und der allseitige Ausbau des Freundschaftsverhältnisses mit der UdSSR. Moskau seinerseits wird dem Ausbau und der Festigung der guten Nachbarschaft mit Finnland in seiner Politik auch künftig einen besonderen Platz einräumen.

In den verflossenen 35 Jahren ist unsere Freundschaft gestärkt und hat neue Formen gewonnen. Ein Beispiel dafür sind die kommerziellen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Verbindungen. Moskau und Helsinki haben ihre Befriedigung darüber geäußert und für ihren weiteren Ausbau Stellung genommen.

Selbstverständlich nahmen bei den Verhandlungen die weltpolitischen Probleme einen der wichtigsten Plätze ein. Heute ist es die Aufgabe Nr. 1, einen Kernkrieg zu verhindern. Darüber sind sich die UdSSR und Finnland einig und halten es deshalb für notwendig, in erster Linie das nukleare Wettrüsten einzudämmen. Not tut wirksame Maßnahmen, damit eine allgemeine und vollständige Abrüstung unter effektiver internationaler Kontrolle erzielt werden kann. Es ist ungemein wichtig, daß alle Staaten, die großen wie die kleinen, politische Festigkeit an den Tag legen und sich mit vereinten Kräften bemühen, die zwischenstaatlichen Beziehungen zur Entspannung zurückzuführen.

Die UdSSR verficht konsequent und grundsätzlich eine Sanierung der Weltatmosphäre. Ihre von sich aus übernommene Verpflichtung, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen — was in der Erklärung hervorgehoben worden ist —, stellt ein prägnantes Beispiel ihrer aufrichtigen Sorge für einen festeren Frieden sowie ihres Bestrebens dar, es nicht zu einer Kernkatastrophe kommen zu lassen. Die Friedensinitiativen der UdSSR und ihrer Bündnispartner, insbesondere der Vorschlag, einen allen Ländern zugänglichen Vertrag über gegenseitigen Gewaltverzicht und über Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags und denen der NATO zu schließen, zielen in erster Linie auf eine Einstellung des Wettrüstens und auf die Bannung der Kernkriegsgefahr ab.

Die Eindämmung des Wettrüstens stellt einen komplizierten, vielschichtigen Fragenkomplex dar. Hierher gehören verschiedene Maßnahmen, darunter ein restloses und allumfassendes Verbot der Kernwaffentests und eine Konsolidierung des Nichtweitergaberegimes. Beide Länder sind fest davon überzeugt, daß die C-Waffen verboten, daß ihre Bestände

liquidiert werden müssen und daß eine Militarisierung des Weltraums verhütet werden muß. In der Erklärung ist die Bedeutung einschlägiger Maßnahmen betont. Heute kann man aus diesem Komplex das wichtigste Moment herausschälen. Es sind die Genfer sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über eine Begrenzung der Kernwaffen in Europa sowie über eine Begrenzung und einen Abbau der strategischen Rüstungen. Werden dort konkrete Vereinbarungen getroffen, bei denen natürlich das Prinzip der Gleichheit und gleichen Sicherheit gewahrt werden muß, so wird der Frieden fester werden. Die Haltung der USA kann leider noch nicht als Grundlage für eine solche Einigung dienen, und die militär-politischen Schritte des Weißen Hauses führen alle in eine Richtung: zum Aufheizen der Kriegspsychose und zu einer hemmungslosen Militarisierung mit dem Ziel, eine Überlegenheit über die UdSSR zu erlangen und das nukleare Gleichgewicht zu stören.

Wie Juri Andropow feststellte, ist die Absicht, neue US-Raketen in Westeuropa aufzustellen und dieses als Startplatz für einen nuklearen Schlag gegen die UdSSR und ihre Bündnispartner herzurichten, heutzutage die größte Gefahr. Selbstverständlich sieht sich die UdSSR angesichts der zunehmenden Bedrohung zu entsprechenden Gegenmaßnahmen genötigt. Das ist unmißverständlich in einer kürzlichen Erklärung der Sowjetregierung gesagt, und es kam auch bei den sowjetisch-finnischen Verhandlungen zur Sprache. Kurzsichtige Politiker fanden nichts Besseres zu tun, als die nüchterne Warnung Moskaus als Drohung zu bezeichnen. Das war sie aber keineswegs. Moskau ist der Ansicht, daß es noch nicht zu spät ist, der von den USA verschuldeten gefährlichen Entwicklung Einhalt zu gebieten. Die UdSSR vertritt eine völlige Entfernung der Kernwaffen aus Europa. Sie schlägt nochmals vor, die Möglichkeiten, im Hinblick auf die nuklearen Raketen aus der Sackgasse herauszukommen, realistisch zu erwägen, solange noch Zeit ist — sie wird aber immer knapper, weshalb man sie sparsam nutzen muß: in Genf, Madrid, Wien und in allen anderen internationalen Gremien.

Letztthin haben das Pentagon und die NATO ihre militärischen Aktivitäten in Nordeuropa verstärkt, was die Sicherheit der hier gelegenen Länder unweigerlich untergräßt. Auch darin drückt sich der allgemeine politische Kurs der zur aggressiven NATO gehörenden Staaten aus. Die UdSSR und Finnland sind dagegen bemüht, die Erhaltung und Festigung des Friedens in dieser Region tatkräftig zu fördern. Ihrer Ansicht nach muß man

gemeinsam nach Lösungen suchen, um die Region aus der Sphäre der Spannungen und Konflikte garantieren herauszuhalten. Ein Hauptthema der Verhandlungen im Kreml war die Umwandlung Nordeuropas in eine kernwaffenfreie Zone. Der Vorschlag, den Urho Kekkonen vor 20 Jahren machte, ist heute besonders aktuell. Seine Befolgung würde sich günstig auf die Sicherheit der Länder Nordeuropas und auf die Gesamtlage in Europa auswirken. Wie Juri Andropow sagte, pflichtet die UdSSR diesem Gedanken nicht einfach bei, sondern ist bereit, zur Herstellung einer solchen Zone beizusteuren, ihr Garant zu sein und einige sehr wesentliche Maßnahmen mit Bezug auf ihr eigenes an diese Zone grenzendes Landesgebiet zu erwägen.

Die UdSSR ist ferner bereit, mit den interessierteren Staaten über einen kernwaffenfreien Status der Ostsee zu verhandeln. Diese neue Initiative Moskaus hat in der Welt starke Resonanz gefunden. Ministerpräsident Olof Palme (Schweden) hat diesen Schritt positiv beurteilt, und Außenminister Uffe Ellemann-Jensen (Dänemark) hat ihn interessant genannt. In Washington und in anderen NATO-Hauptstädten ist man keinen Fингерbreit vom Konfrontationskurs abgewichen und hat diesen Ausdruck wahrer Friedensliebe der UdSSR verworfen. Die in Moskau vorgebrachten Vorschläge sollen aber Hindernisse gegen das Wettrüsten aufrichten, sie dienen der Stabilisierung in dieser Region und in Europa überhaupt. Das aber läuft dem Kurs Washingtons und der NATO auf eine allseitige Zuspitzung der Situation in Europa und überhaupt auf der Erde zuwider. Durch ihr Verschulden bleiben in vielen Weltgegenden Spannungssherde bestehen. Gehen die aggressiven Kräfte darauf aus, das schwelende Feuer am Brennen zu halten, so setzen sich die UdSSR und Finnland dafür ein, daß die gefährlichen Brandherde ausgeräumt werden und daß das Entstehen neuer verhütet wird. Das ist durch Verhandlungen möglich. Es gibt keine globalen Streitfragen, die sich nicht mit politischen Mitteln in ehrlichen und rechtsgleichen Verhandlungen bereinigen ließen. Davon sind Moskau und Helsinki überzeugt.

Der sowjetisch-finnische Vertrag ist um 20 Jahre verlängert und reicht ins nächste Jahrhundert hinein. Was hat die Menschheit zu Beginn des dritten Jahrtausends zu erwarten? Die UdSSR und Finnland sagen es gleichsam mit ihren Beziehungen: Das einzige Vernünftige ist die friedliche Koexistenz, sind Freundschaft, gute Nachbarschaft und ein allseitiger Ausbau der Zusammenarbeit.

D. POGORSHESKI

In Paris tagte am 9. und 10. Juni der NATO-Rat. Dort trafen sich die Außenminister der NATO-Staaten. Unmittelbar vorher hatten die höchsten Chargen der NATO in Brüssel konferiert.

Auf den Pressekonferenzen zu den traditionellen "Frühjahrstagungen" wurden weidlich Friedensphrasen gedroschen. In den Communiques sowohl der Außen- als auch der Verteidigungsminister heißt es, der Westen strebe nach Frieden, Entspannung und konstruktiven Beziehungen zum Osten. Der Ölzweig der NATO weist jedoch die Dornen der Konfrontation auf. Bei den Frühjahrstagungen sind neue hinzugewachsen.

Journalisten gegenüber machten Repräsentanten der USA kein Hehl daraus, daß Washington von seinen Bündnispartnern eine Drosselung ihres Handels und ihrer Wirtschaftsverbindungen mit den sozialistischen Ländern verlangte. In Brüssel wie in Paris bekämpften die Minister rückhaltlos ihre Bereitschaft, in Europa Cruise Missiles und Pershings 2 zu stationieren, und verpflichteten sich zur Steigerung ihrer militärischen Vorbereitungen mit Nachdruck auf die modernste Technologie, insbesondere die Elektronik.

Die NATO hat 1983 zum Raketenjahr erklärt, und in diesem Falle sind bei ihnen Worte und Taten eins. Unter Berufung auf eine NATO-Größe schrieb die diesen Kreisen nahestehende Wochenschrift "Western World": "Die Vorbereitungen zur Aufstellung der neuen Mittelstreckenraketen der NATO sind in England, Italien und der BRD bereits im Gange." Man baut Startplätze, legt Verbindungswege und drillt Gefechtsbesetzungen.

Die Friedenskräfte Westeuropas haben 1983 aber zum Antiraketenjahr erklärt und beabsichtigen, es mit Massenaktionen gegen den Krieg abzuschließen. Um die Ungehalteneit zu dämpfen, haben die Teilnehmer des Brüsseler und des Pariser Treffens immer wieder das alte NATO-Märchen aufgefischt, daß das Wettrüsten dem Friedenkampf keineswegs widerspreche, daß es ihn im Gegenteil fördere. Am eifrigsten sind Vertreter der US-Regierung. Staatssekretär Shultz hat erklärt, die Aufstellung der neuen Raketen sei "das beste Mittel", den Genfer Dialog erfolgreich zum Abschluß zu bringen.

Die USA und ihre Bündnispartner haben ihn aber in eine Sackgasse hineinkutschiert und wollen die Schuld dafür der UdSSR in die Schuhe schieben. Da heißt es, in Genf sei die UdSSR ständig im Vorteil. Ein Communiqué der Außenminister enthält die Aufforderung an die Sowjetunion, in Genf endlich "ernsthaft" zu diskutieren. Was finden die NATO-Strategen an der sowjetischen

RÜSTUNGS- MARATHON

Stellungnahme denn unernst? Diese beruht auf dem Prinzip der Gleichheit der Partner, das äußerst klar formuliert ist: Moskau will keine einzige Rakete und kein einziges Flugzeug als Träger von Kernwaffen mehr als die NATO haben. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Auf den Brüsseler und den Pariser Pressekonferenzen wurde behauptet, ein Erfolg in Genf werde namentlich durch die Forderung der UdSSR "blockiert", die englischen und die französischen Kernwaffen mitzurechnen. Sie befinden sich doch nicht auf der östlichen, sondern auf der westlichen Waagschale! Jedem unvoreingenommenen Menschen ist klar, daß die UdSSR auf sie gezielte Kernwaffen nicht übersehen kann, nur weil sie nicht amerikanisch sind. Nach offiziellen Angaben macht das Kernpotential nur Frankreichs jetzt 80 Megatonnen, d. h. fast ebensoviel wie 6000 Hiroshima-Bomben, aus. Diese Arsenale werden alljährlich weiter aufgefüllt. Daß Moskau alle Ursache hat, die Berücksichtigung auch der französischen und britischen Kernwaffen zu verlangen, haben sogar die Spitzenpolitiker einiger NATO-Staaten — der kanadische Ministerpräsident Trudeau und sein griechischer Kollege Papandreu — zugegeben.

Kaum ernst zu nehmen ist die Behauptung, man könne diese Arsenale nicht mitrechnen, weil sie "unabhängig" seien und mit der Verteidigung der NATO nichts zu tun hätten. Das reimt sich wieder nicht zusammen. Schon 1974 hieß es im Kommunique einer NATO-Ratstagung in Ottawa: "Frankreichs Kernstreitkräfte stärken das Abschreckungspotential der ganzen Gemeinschaft", und in der soeben erschienenen NATO-Broschüre "Die Verteidigung Europas", mit der die Journalisten im Brüsseler Teil der jetzigen Tagungsfolge bekannt gemacht wurden, steht, Großbritannien stelle "der Gemeinschaft verschiedene Kernwaffen einschließlich Polaris-Raketen zur Verfügung".

Bei der NATO spricht man gern von Menschenrechten und Demokratie. Darin bildete die besagte Tagungsfolge keine Ausnahme. Sie hat nochmals gezeigt, daß die atlantische Demokratie von ganz eigener Art ist. Das Kommunique der Außenminister enthält z. B. einen langen Passus darüber, wie Polen seine Probleme zu lösen habe. Da ist davon die Rede, daß "der Wille des polnischen Volkes respektiert werden" müsse. Wie steht es aber mit der Respektierung des Willens der eigenen Völker?

Die USA und ihre loyalsten Bündnispartner waren sichtlich gereizt über den Beschuß des dänischen Parlaments, daß sich die Regierung dafür einzusetzen müsse, daß die Stationierung der US-Raketen aufzuschieben sei, solange die Genfer Verhandlungen im Gange sind. NATO-Generalsekretär Luns aber hat auf einer der Brüsseler Pressekonferenzen erklärt: "Was das dänische Parlament sagt, hat nicht viel auf sich." Der für die Dänen kränkende Ausspruch wurde später zurechtgebogen — Luns habe sagen wollen, daß Kopenhagen nichts entscheide, weil es in Dänemark keine neuen Kernraketen der USA aufstellen lasse.

Meinungsforschungen zufolge sind die meisten Westeuropäer dagegen, daß bei ihnen US-Raketen aufgestellt werden. Darüber setzt sich die NATO-Führung



Eine Pershing 2. In der BRD wird die Aufstellung dieser neuen US-Raketen vorbereitet

Foto aus: "Der Spiegel" (BRD)

aber hinweg. Die Regierungen einiger Länder, z. B. Englands, haben erklärt, sie dächten nicht daran, auch nur im eigenen Parlament über diese Frage zu debattieren.

Beim Kommentieren der "Frühlingstagung" ist vielen Kommentatoren folgender Widerspruch aufgefallen. Offiziell hält Frankreich zu der von General de Gaulle aufgestellten Doktrin der militärischen Unabhängigkeit — der allseitigen Verteidigung. Auf dem politischen

Kompaß der jetzigen Regierung schlägt der Zeiger aber deutlich nach der atlantischen Seite hin aus.

Erstmals seit 1966, als Frankreich aus der Militärorganisation der NATO austrat, hat ihr Rat wieder in Paris getagt. Die jetzige Führung Frankreichs hat dem Plan beigefügt, in Europa neue US-Kernwaffen zu stationieren. Der belgischen Nachrichtenagentur Belga zufolge wird von Vertretern der offiziellen Kreise Frankreichs die Aufstellung von Pershings 2 und Flügelraketen eine "beschlossene Sache" genannt und hervorgehoben, daß in Genf nur noch davon die Rede sein könne, wie viele aufgestellt werden sollen. Paris fällt immer vermehrtlicher in den überseeischen Schlagern einer "sowjetischen Bedrohung" ein. Als Ministerpräsident Mauroy das Pariser Treffen eröffnete, behauptete er, Moskau habe viel mehr konventionelle Waffen als der Westen, und Außenminister Cheysson redete von einer "Bedrohung" durch die Friedenskräfte.

Das alles hat Luns veranlaßt, Frankreich ein mit allen Rechten ausgestattetes Mitglied der NATO zu nennen, und die erwähnte "Western World", das Pariser Treffen als "Grabgesang" der französischen Doktrin von der allseitigen Verteidigung zu bezeichnen.

Wenn man aber wie im Brüsseler Kommunique erklärt, die Politik der NATO beruhe "auf weitgehender Einmütigkeit", so ist dabei denn doch der Wunsch der Vater des Gedankens. In Brüssel und in Paris sind ziemlich viele Differenzen zutage getreten.

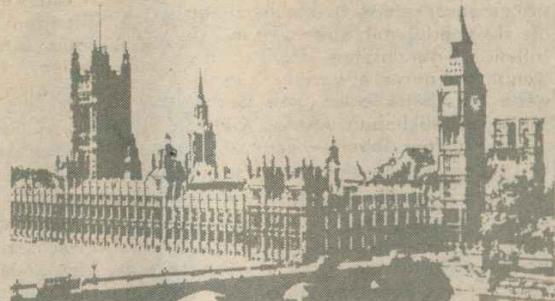
Die Westeuropäer haben die amerikanischen Aufforderungen, die kommerziellen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den sozialistischen Ländern zu drosseln, ziemlich kühl aufgenommen. Sie haben auf den Appell der USA, die militärischen Aufwendungen über die vereinbarten jährlichen 3% hinaus zu erhöhen, einfach nicht reagiert. Zu heftigen Streitigkeiten kam es wegen des unausgewogenen Handels mit Kriegstechnik und Waffen (Washington verkauft seinen Bündnispartnern etwa zehnmal soviel, wie es bei ihnen kauft). Griechenland hat sich in einer Anzahl von Fragen die Stellungnahme vorbehalten. Auf beiden Communiques fehlt die Unterschrift Spaniens, das seinen Beitritt zur Militärorganisation der NATO auf Eis gelegt hat. Die dänischen Minister beriefen sich auf die erwähnte Stellungnahme ihres Parlaments. Die Vertreter Belgiens und Hollands haben abermals erklärt, ihre Regierungen seien zu einem endgültigen Beschuß über die Aufstellung von Marschflugkörpern auf ihrem Boden noch nicht bereit.

W. BOIKOW

Brüssel

WEITERE FÜNF JAHRE

Von unserem Sonderberichterstatter
Sergej GOLAKOW



Am 9. Juni haben in Großbritannien vorfristige Parlamentswahlen stattgefunden. In 650 Wahlkreisen wurden die Wahllokale um 7 Uhr morgens geöffnet, und die Stimmabgabe dauerte bis 10 Uhr abends. Der Tag war sonnig wie selten. Der wolkenlose Himmel gab Anlaß zu Prognosen für die Wahlfreudigkeit. Sie blieben aber trotz des schönen Wetters unerfüllt. Dieses Mal sind um 4% weniger Engländer als bei den vorigen Landeswahlen (1979) zu den Urnen geschritten, von den 42 Millionen Wahlberechtigten nur etwas mehr als 30 Millionen. Die Passivität vieler Wähler ist auf die schwierige wirtschaftliche und politische Lage im Land zurückzuführen. Der nur dreiwöchige Wahlkampf tobte besonders heftig zwischen den wichtigsten politischen Rivalen, deren Zahl größer als in früheren Jahren war. Außer den Tories und den Labouristen trat die Allianz der Liberalen und Sozialdemokraten in die Schranken. Das inkonsistente, widerspruchsvolle Wahlprogramm dieses Blocks machte die Situation noch verworren und erschwerte es dem Mann von der Straße, seine Wahl zu treffen.

Der Wahltag ging zu Ende, da sendeten die wichtigsten TV-Programme die ersten Ergebnisse. Das Fernsehkaleidoskop, in dem die Gesichter der Kommentatoren, der jubilierenden Sieger und der deprimierten Besiegten aufschienen, drehte sich die ganze Nacht und noch bis zur Tagesmitte, als das Endresultat bekannt wurde. Die 650 Sitze im Unterhaus verteilen sich so: Die Tories bekamen etwas über 13 Mio Stimmen oder 397 Sitze, die Labourpartei etwa 8,5 Mio Stimmen und 209 Sitze, die besagte Allianz ebenfalls rund 8 Mio Stimmen, aber nur 23 Sitze, und die übrigen Parteien, für die insgesamt rund 1 Million Wähler stimmten, 21 Sitze.

Ein sonderbares Rechenexample, nicht wahr? Nach einer Berechnung

des "Daily Mirror" brauchte ein Kandidat der Tories, um durchzukommen, durchschnittlich rund 33 000 Stimmen, einer von der Labourpartei 40 000, ein Liberaler 248 000 und ein Sozialdemokrat 549 000 Stimmen. Diesen Nachteil hat das britische Wahlsystem einer relativen Majorität. Danach gilt in jedem Wahlkreis der Abgeordnete als gewählt, der auch nur eine Stimme mehr als einer seiner Rivalen bekommen hat. Eine absolute Mehrheit ist nicht nötig. Wie ungerecht das System ist, sieht man mit bloßem Auge. Die Sieger sind's zufrieden, und kein Wunder. Dieses Mal sind 685 000 Stimmen weniger als voriges Mal für die Tories abgegeben worden, sie haben aber um einige Dutzend Sitze mehr im Parlament als bisher. Jetzt haben sie eine absolute Mehrheit und maßen es sich an, den Willen des ganzen Volkes zum Ausdruck zu bringen. Wie aber die "Sunday Times" konstatiert, "hat die Premierministerin nicht dem Volk, sondern dem ungerechten Wahlsystem die Rückkehr in die Downing Street 10 zu verdanken. Ihre Mehrheit im Parlament hat sich verdreifacht, während der Rückhalt bei den Wählern abgenommen hat."

Diese Diskrepanz ist ein Gebrechen der bürgerlichen Demokratie. Hier ist man daran gewöhnt. Nicht umsonst schreibt die britische Presse, der ich alle diese Zahlen entnommen habe, ohne jede Verlegenheit darüber. Sieht man aber von den Rechenkunststücken ab, so bleibt die Frage offen, wie die Tories siegen konnten, obwohl sie doch sehr unpopuläre Maßnahmen getroffen hatten.

Eine allgemeine Erklärung dafür ist es zweifellos, daß dieses Mal die alte Erfahrung der britischen Bourgeoisie gewirkt hat, die, um mit Lenin zu sprechen, "in der Kunst, die Arbeiter zu betrügen, zu demoralisieren und zu bestechen, in der Welt nicht ihresgleichen findet". Als die Tories den Zeitpunkt der Wahlen aus-

wählten, zogen sie einige für sie taktisch günstige Umstände in Betracht, vor allem die Uneinigkeit in der Opposition, dank der man diese überrumpeln und daran hindern konnte, organisiert und politisch vorbereitet vor die Wähler hinzutreten. Ungefähr drei Wochen vor den Wahlen konnte die Labourpartei in 50 Wahlkreisen noch immer nicht ihre Parlamentsanwärter nennen. Ähnlich, aber durch einen geheimen Kampf zwischen den Sozialdemokraten und den Liberalen erschwert, stand es mit der Allianz dieser beiden Parteien, die mit einer Einheitsliste an den Wahlen teilnahmen. Die im März 1981 durch den Austritt einiger rechtsstehender Politiker aus der Labourpartei entstandene Sozialdemokratische Partei hat der Labourpartei empfindliche Verluste beigebracht. Übrigens haben zwei führende SDP-Leute — William Rodgers und Shirley Williams — ihre Abtrünnigkeit büßen müssen. Sie fielen durch. Günstig für die Tories waren auch die Differenzen in der Labourpartei selbst, die sich sogar mitten im Wahlkampf fühlbar machten, als sich einige vom rechten Flügel bemüßigt fühlten, von wichtigen Punkten des Wahlprogramms Abstand zu nehmen. Diese Meinungsverschiedenheiten machten sich die Massenmedien weidlich zunutze. Die meisten stellten sich unverhohlen hinter die Tories. Für diese kämpften nicht nur ihre getreuen Zeitungen "Daily Express", "Daily Mail" und "Sunday Express", sondern auch Blätter, die sich gewöhnlich lieber in der Mitte halten. Beim Bearbeiten der Bevölkerung leisteten sich alle derart notorisches Falschmeldungen und Überreibungen, daß sogar der konservative "Economist" folgendes feststellen mußte: Die großen Zeitungen hätten sich zu "Agitationsblättchen Mrs. Thatchers" hergegeben.

Das wirtschaftliche Trumpfspiel der Tories war das verlangsamte Anwachsen der Inflation. Das war aber ein sehr zweifelhafter Trumpf, weil er

darauf beruht, daß die Kaufkraft der Werktätigen infolge der Vertiefung der Wirtschaftskrise und des horrenden Anwachsens der Arbeitslosigkeit gesunken ist. Dennoch hat sich die Torypartei mit ihrer gegen die Inflation gerichteten Politik die Sympathie derer erworben, die eigene Geschäfte oder eine gutbezahlte Arbeit haben und aus dieser Politik Nutzen ziehen.

Die Tories, die die Waffe der Sozialdemagogie trefflich zu führen wissen, konnten aus dem "Falkland-Faktor" erhebliches Kapital schlagen. Wie hiesige Kommentatoren feststellen, hat die Zunahme der chauvinistischen Stimmung im Land Margaret Thatcher die Möglichkeit gegeben, ihre Position in Partei und Staat zu untermauern. Das bewaffnete Abenteuer im Südatlantik wurde von den Tories während des ganzen Wahlkampfes als Beispiel für die "fest entschlossene" Haltung der Regierung ihren Pflichten gegenüber gepriesen.

Eine ebenso "fest entschlossene" Haltung haben sie im Hinblick auf die Frage Krieg oder Frieden und auf das nukleare Wettrüsten bewiesen. Margaret Thatcher, die ihren Wahlkampf nach US-Standard führte — sie bereiste fleißig das Land, teilte Händedrücke aus und posierte vor Foto- und Filmkameras —, nannte die Labouristen wegen ihres Appells, zur Entspannungspolitik zurückzukehren, nie anders als Feinde der Nation. Um die Wähler zu schrecken, behauptete Verteidigungsminister Heseltine, ein solcher Kurs könne in Großbritannien zum Verlust von 400 000 Arbeitsplätzen führen. Mrs. Thatcher selbst

sprach andauernd davon, daß das nukleare Potential des Landes aufgestockt werden müsse.

Doch die Versuche einiger hiesiger Zeitungen, den Sieg der Tories als Billigung ihrer nuklearen Strategie hinzu stellen, sind unhaltbar. Die meisten Engländer, zwischen 56 und 58%, sind gegen die Aufstellung der amerikanischen Cruise Missiles in England und gegen die Ausrüstung der britischen U-Boot-Flotte mit dem Trident-System. Davon zeugen alle kürzlichen Meinungsumfragen und das Anwachsen der Antikriegsbewegung, die Menschen verschiedener politischer und anderer Anschaulungen umfaßt. Sie ist heute ein einflußreicher Faktor, über den sich die neue Regierung, deren Zusammensetzung am Tag nach den Wahlen bekanntgegeben wurde, nicht hinwegsetzen kann.

Wie erwartet, ist das Hauptopfer der Umstellungen im Kabinett Francis Pym, der in der vorigen Regierung Außenminister war. Hier war schon lange von Differenzen zwischen ihm und der Premierministerin in mehreren Fragen die Rede. Jetzt hat Geoffrey Howe, der bisherige Finanzminister, den Posten inne. Die Umstellungen betreffen auch andere Ministerposten. Laut "Sunday Times" zeugen sie schließlich alle "von der Entschlossenheit Margaret Thatchers, einen Kabinettskern aus ihren getreuen Anhängern zu bilden, die ihre Posten ausschließlich ihr zu danken haben".

"Die Premierministerin hat, wie sie es wollte, ihre Macht gefestigt", schreibt der "Observer" im Leitartikel vom Sonntag. "Hoffen wir, daß sie von ihr mit Behutsamkeit, Weitblick und Flexibilität Gebrauch machen wird, die sie früher manchmal vermissen ließ."

London

Londoner Kundgebung gegen die volksfeindliche Wirtschaftspolitik der Tories

Foto: TASS



AN ZWEI FRONTEN

Das Weiße Haus unternahm eine neue folgenschwere Provokation gegen Nikaragua. In Washington wurde die Schließung von allen 6 Konsulaten sowie die Ausweisung von 21 nikaraguanischen Diplomaten bekanntgegeben. Zum Vorwand wurde die kürzliche Ausweisung von drei US-Botschaftsmitarbeitern — der politischen Berater Pfeifel, der ersten und zweiten Botschaftssekretäre Greig und Rodriguez — genommen. Sie wurden vom Sicherheitsdienst Nikaraguas staatsfeindlicher Tätigkeit, unter anderem eines vorbereiteten Mordanschlags auf den nikaraguanischen Außenminister, überführt. Den mit Diplomaten-Pässen getarnten Spionen und Terroristen widerfuhr also Recht.

Wenn die Reagan-Administration das Völkerrecht achtet, hätte sie auf die "Repressalien" verzichtet und würde trotz ihrer Feindlichkeit zur sandinistischen Regierung versuchen, ähnliche Umtriebe zu unterbinden. Washington will aber vorsätzlich die auch ohnehin äußerst komplizierten Beziehungen zu Nikaragua verschlechtern und nach dem Prinzip "je schlechter, um so besser" vorgehen.

Ein anderes und konkreteres Ziel dieses "großangelegten diplomatischen Krieges" ist es, die in Honduras verbrochenen Somozistas und das honduranische Militär zu weiteren nikaraguanfeindlichen Aktivitäten zu ermuntern. Von der Verschlechterung der nikaraguanisch-amerikanischen Beziehungen erhofft sich die Reagan-Administration, daß sich die Konterrevolution sicherer fühlen und die honduranischen Behörden noch rücksichtsloser verhalten werden.

Und nicht zufällig drangen dieser Tage etwa 600 Somozistas, unter denen sich auch honduranische Militärangehörige befanden, in Nikaragua ein. In Managua wurde dieser Aggressionsakt, dem am 2. Juni ein Grenzdurchbruch von 1500 Banditen vorangegangen war, als eine "Kampfoperation im von Honduras entfesselten Krieg" verurteilt.

Die Ausweisung der nikaraguanischen Diplomaten und die daran angeknüpften bewaffneten Umtriebe gegen Nikaragua sind ein Zusatzbeweis dafür, daß die US-Administration ihren Kurs in Mittelamerika gleich an zwei Fronten — an der diplomatischen und militärischen — verhärten will.

OHNE JUBEL

- ZUNEHMENDE ENTTÄUSCHUNG IN DER PS
- UNTERNEHMER ERPRESSEN WEITER
- WIRD DER "ATLANTISMUS" HELFEN?

Wie die Pariser Presse sarkastisch vermerkte, beging die Französische Sozialistische Partei (PS) ihr zweijähriges Amtsjubiläum ohne Pauken und Trompeten. "Vertrauenskrise", "Pessimismus" und "Ernüchterung" beherrschten die Stimmung in der Partei selbst und unter den Wählern.

Mit seltener Einmütigkeit registrieren öffentliche Umfragen den Schwund der Popularität der PS-Führer und die zunehmende Unzufriedenheit mit ihrem heutigen Kurs. Ein Beweis dafür sind die von linken Gewerkschaften unterstützten Streiks der Werktätigen gegen das Sinken der Reallöhne und gegen Entlassungen, ferner die Aktionen der über die EG-Agrarpolitik empörten Bauern.

Kurz, der diesjährige Frühling war heiß für das Kabinett Mauroy. Die Motive und Ziele der Äußerungen von Unmut und Protest sind vielfältig und mitunter widersprüchlich. So schreibt die Presse offen, die stürmischen Aktionen der Studenten im Pariser Quartier Latin seien von den Oppositionsparteien zu dem Zweck provoziert worden, die Lage zu destabilisieren und die in den sozialen Schichten, auf die sich die Regierungskoalition stützt, ohnehin starke Unsicherheit noch zu erhöhen.

Die Ursachen für das schwindende Vertrauen zur PS und zur Regierung sowie für die zunehmende Scheidung der Geister in der Wählerschaft sind in der Politik der Partei selbst zu suchen. Vor den Wahlen versprachen die PS-Führer, die Forderungen ihrer sozial außerordentlich bunten Wählerschaft zu erfüllen. Nun ist die Zeit gekommen, die Wechsel einzulösen. Aber die für die Sozialdemokratie typische Kluft zwischen Wort und Tat tritt immer deutlicher zutage. Überdies hat die Krise, die sich inzwischen vertieft hat, der Regierung so manche Manövriermöglichkeit genommen.

PS-Führer zeigen sich alarmiert über die Unzufriedenheit der Werktätigen mit dem Regierungskurs. Der Sekretär der Partei, Jean Popere, meint besorgt, das Volk unterstütze seine Partei immer weniger. Eine Niederlage der Regierung der Linken sei unvermeidlich, wenn sie über den

wirtschaftlichen Schwierigkeiten ihre politischen Verpflichtungen vergesse. In der Tat knüpften die Werktätigen nicht wenig Hoffnungen an die Politik der Veränderungen. In der ersten Zeit führte die Regierung Mauroy einige Reformen durch: Die Mindestlöhne und -beihilfen wurden erhöht, die Arbeitswoche wurde verkürzt, der Urlaub verlängert, das Rentenalter herabgesetzt, die Gewerkschaften erhielten größere Rechte in den Betrieben, man begann mit der Nationalisierung.

Diese Maßnahmen hatten jedoch nur eine begrenzte Wirkung. Im Juni 1982 verhängte die Regierung einen Lohnstop, während die Preise weiter stiegen. Die im März d. J. vollführte scharfe Wende zu einem rigorosen "Sparregime" gefährdet die Ertragschancen vieler Jahre. Wie die Presse schreibt, ist schon 1983 ein Nachlassen der Kaufkraft der Werktätigen zu erwarten. Fügt man dem die Steuererhöhung, die Arbeitslosigkeit (2 Millionen), die unaufhaltbare Teuerung, die Ende des Jahres schätzungsweise rd. 10% betragen wird, hinzu, so läßt sich der Massenunmut verstehen.

Unter diesen Umständen wirken die pathetischen Aufrufe Jean Popere zu strenger Sparsamkeit nicht sehr glaubwürdig. Die Wochenschrift "Revolution" meint, daß einige PS-Führer, darunter Popere, jede Gelegenheit ergreifen, um die Französische Kommunistische Partei verbal "links zu überholen". Bekanntlich vertritt die FKP die Interessen der Werktätigen am konsequentesten. In Popere's Äußerungen sehen Pariser Kommentatoren eine Art Abläffventil für die Unzufriedenheit der einfachen Parteimitglieder.

Unruhig sind auch die "neuen Mittelschichten", die soziale Hauptstütze der PS. Diese heterogene Gruppe, ein Produkt des staatsmonopolistischen Kapitalismus, spielt in Frankreich jetzt eine sehr wichtige politische Rolle. Die Angestellten, das ingenieurtechnische Personal und die Lehrer wählten bei den Wahlen von 1981 in der Hoffnung auf eine sicherere, stabile Zukunft sozialistisch.

Diese ist jedoch nicht eingetreten. Von den wachsenden Steuern, der Arbeitslosigkeit, die jetzt auch in diesen Schichten um sich greift, und der unsicheren Situation getrieben, stoßen sie zu jenen, die "über den französischen Sozialismus enttäuscht" sind. Gerade die "neuen Mittelschichten", die sich zum Teil von der PS abgewandt haben, sind eine Reserve der Opposition.

Trotz aller Zugeständnisse und ihrer Kompromißbereitschaft konnte die PS auch nicht die einflußreichen Finanz- und Geschäftskreise für sich gewinnen. Sie zeigen eine immer größere Unzufriedenheit mit den Reformen und damit, daß die PS ihrer Meinung nach unfähig ist, die wachsenden sozialen Spannungen im Lande zu neutralisieren. Die Schwerpunkte der Wirtschaftsmacht sind der Kontrolle der Regierung nach wie vor entzogen. Die Unternehmer zeigen kein Interesse an Investitionen in die



Der Dollar beschwört die Gefahr einer abermaligen, der in den letzten zwei Jahren vierten Franc-Abwertung herauf

Wirtschaft. Schon seit mehr als zwei Jahren schrumpfen die Privatinvestitionen. Das Unternehmertum stellt die Regierung vor die Wahl: Entweder sie läßt dem Kapital volle Handlungsfreiheit, oder die Unternehmer werden die Produktion weiter drosseln.

Das erschwert die Wirtschaftslage. Im vorigen Jahr gingen die Investitionen in die Industrie um 5% zurück, im laufenden Jahr wird eine weitere Kürzung von 3% erwartet. Das französische Industriepotential wird einfach abgebaut. Das

Haushaltsdefizit ist enorm, die Außen Schulden haben die horrende Summe von 380 Md. Franc erreicht. Infolgedessen kann Frankreich immer mehr von den USA und der BRD unter Druck gesetzt werden.

Wie muß da die Strategie beschaffen sein? Welche Rolle hat die PS zu spielen? Über diese Fragen wird in den höchsten Partei- und Regierungskreisen heftig diskutiert, sie werden im Mittelpunkt des für den Oktober anberaumten PS-Kongresses stehen. Die Vorbereitungen darauf sind schon in vollem Gange.

Auf dem vorangegangenen PS-Kongreß vor zwei Jahren herrschte die Euphorie über den Sieg, und so ließ man die Differenzen innerhalb der Partei einfach links liegen. Jetzt, da das Vertrauen zur Politik der Sozialisten ernst erschüttert worden ist, entbrennen die Streitereien erneut. Die unterschiedlichen Strömungen und Fraktionen ringen angesichts der bevorstehenden Wahlen um Punkte. Auch die persönlichen Rivalitäten der führenden PS-Politiker haben sich verstärkt.

Am akutesten polemisiert man in der PS über die sozialökonomischen Probleme. Die Mehrheit in der Führung, an deren Spitze der erste Sekretär Lionel Jospin steht, vertritt die Auffassung, als "Präsidentenpartei" müsse die PS den heutigen Kurs vorbehaltlos unterstützen. Gemeint ist die Fortsetzung der unpopulären "Sparpolitik", die als Delors-Plan (nach dem gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzminister benannt) bekannt ist. Regierungschef Mauroy versichert, das sei für Frankreich die einzige mögliche Politik. Es könnte sich keinen Kurs erlauben, der von der Politik seiner EG-Partner und der USA abweiche; ein anderer Kurs wäre für Paris glatter Selbstmord.

Dem sekundieren die Gesinnungsgegnern des Landwirtschaftsministers Michel Rocard. Sie gehen noch weiter, indem sie vorschlagen, die programmatischen Postulate der PS zu verwerfen und die Wirtschaft je nach den Verhältnissen zu verwalten. Von ihrem Standpunkt waren die Reflexionen über den Sozialismus, den Klassenkampf und die Reformen eine für eine Oppositionspartei typische "ideologische Vereinfachung". Noch beharrlicher wird diese These vom Politologen Maurice Duverger wiederholt, der den höchsten PS-Kreisen nahesteht und sich für einen Verzicht auf alle Reformen und Änderungen bis zu den nächsten Parlamentswahlen 1986 einsetzt. Er schlägt vor, einen "verwaltungstechnischen Sozialismus" auf das Banner der PS zu schreiben. Im Grunde geht es darum, klassische bürgerlich-reformistische Methoden, gegen die sich

die französischen Sozialisten erst vor kurzem scharf wandten, zu übernehmen.

Die Anhänger des Delors-Plans hoffen sehr auf die Wirtschaftsstrategie der USA und der BRD. Wie sie meinen, würde bei einer Konjunkturbelebung in diesen Ländern auch die lahme französische Wirtschaft ein wenig zu Kräften kommen. Aber in den beiden letzten Jahren haben sich solche Hoffnungen nicht bewahrheitet. Die US-Banken halten ihre hohen Zinssätze aufrecht, der Dollar und die D-Mark sind in Offensive gegen den Franc. All das zusammen zeigt, daß die internationalen Finanz- und Geschäftskreise ebensowenig wie die französischen Unternehmer beabsichtigen, in ihrem Druck auf die PS-Regierung nachzulassen. Das Treffen in Williamsburg bestätigte das. Was den Delors-Plan angeht, so steht er, wie die Presse schreibt, kurz vor dem Zusammenbruch, weil der Dollar weiterhin im Kurs steigt. Die Zeitung "Le Quotidien de Paris" sagt eine weitere, die vierte Abwertung des Franc in den zwei letzten Jahren voraus.

Eine linke Strömung, deren Exponent Ex-Minister Chevenement ist, kritisiert scharf die PS-Führung. Nach den Municipalwahlen kehrte Chevenement der Regierung den Rücken, weil er mit ihrem innen- und außenpolitischen Kurs unzufrieden war; er erklärte, die Konzeption, auf der die Wirtschaftspolitik der Regierung beruhe, habe mit Sozialismus nichts zu tun. Diese Worte lösten einen Sturm in der Partei aus. Jospin erklärte, sie widerspiegeln nicht die Meinung der Mehrheit, und warf dem Ex-Minister vor, er wolle das Vertrauen in die Politik der Sozialisten unterminieren.

Wie Chevenements Anhänger glauben, hat Frankreich genügend Möglichkeiten, um einen unabhängigen wirtschaftlichen Kurs zu steuern, den Inlandsverbrauch zu erweitern, die Industrie zu modernisieren und den USA und der BRD die Stirn zu bieten. Sie schlagen vor, sich mehr auf den nationalisierten Sektor und die Planung zu stützen, in der Außenpolitik aber einen unabhängigen Kurs zu steuern und zu verhindern, daß Frankreich in den Bannkreis der Washingtoner Strategie einbezogen wird.

Wie die Entwicklung zeigt, sind solche Warnungen äußerst aktuell. In Williamsburg unterzeichnete Frankreich ein Dokument zu militärischen und politischen Problemen, das von Strategen in Washington aufgesetzt worden war. Anders gesagt, orientiert sich Paris auf die NATO-Pläne für die Stationierung von Nuklearraketen in Europa und schließt sich darüber hinaus, wie die Presse betont, der "globalen Strategie" der NATO unter der Ägide der USA an.

Versuche, Frankreich auf diesen Weg abzudrängen, wurden auch früher wiederholt unternommen. Unter Georges Pompidou schlug Henry Kissinger 1973 vor, die wirtschaftlichen und strategischen Probleme des Westens zu einem "globalen Paket" zusammenzufassen. Damals hielt Frankreich dem Druck stand. Heute gibt Paris nach.

Äußerungen offizieller Sprecher, bei der Unterzeichnung der Deklaration von Williamsburg seien Vorbehalte gemacht worden, können kaum jemanden täuschen. Sie sind nach Ansicht der französischen Presse für das Inland bestimmt und sollen die alarmierte Öffentlichkeit schwächen. In diesem Zusammenhang bemerkt "Le Quotidien de Paris" hämisch: Schön wäre es doch, nicht so ganz auf die Amerikaner eingestellt zu wirken, damit nicht der Eindruck entstehe, die wahrgesetzten Reden der Sozialisten von einst seien in Vergessenheit geraten. Williamsburg bekräftigte nur, wie illusorisch die Berufungen auf die "Unabhängigkeit" sind, zu denen man in Paris so gern Zuflucht nimmt. Das Politbüro der FKP betonte in ihrer Erklärung die Gefahren des von den USA aufgezwungenen "globalen Herangehens", das Frankreichs Handlungsfreiheit auf internationaler Ebene einschränken könnte.

Eine gewisse Orientierung auf die NATO ist die logische Folge der von den Sozialisten nach ihrem Machtantritt vorgenommenen Überprüfung des unabhängigen Kurses in den internationalen Angelegenheiten. Paris geht Schritt für Schritt immer weiter von den Positionen ab, die ihm in den letzten gut 15 Jahren einen würdigen Platz in der Weltgemeinschaft sicherten. An die Stelle der flammenden Aufrufe der PS, mit der Teilung der Welt in Blöcke Schluß zu machen, ist die Unterstützung der "atlantischen Solidarität" getreten. Auch in anderen Fragen, ob Naher Osten, Afrika oder Lateinamerika, sprechen und handeln die französischen Sozialisten mit einem Seitenblick auf die Reagan-Administration. Scharfsichtige politische Beobachter stellen die Frage, ob sich die PS-Führer und Regierungsmitglieder nicht nach den Zeiten der Vierten Republik zurücksehnen, als Paris nur ein "Juniopartner" Washingtons in den internationalen Angelegenheiten war.

Der nächste Kongreß der Sozialisten ist nicht mehr fern. Wird die PS-Führung es vermögen, Realismus und Verantwortung an den Tag zu legen und eine Linie vorzuschlagen, die den ureigensten nationalen Interessen Frankreichs entspricht?

V. SEMJONOW

UNÜBERWINDBARE KRAFT DER EINHEIT

Am 12. Juni gelangte die 19. Versammlung der Staats- und Regierungschefs der zur Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) gehörenden Länder in Addis Abeba zum erfolgreichen Abschluß. Ihr wichtigstes Ergebnis ist, daß sie diese Organisation, zu der alle unabhängigen Staaten Afrikas (mit Ausnahme der RSA) gehören, aus einer langwierigen, gefährlichen Krise herausgeführt hat.

Kluger Kompromiß

Es war das Symptom einer schweren Krankheit der OAU, daß sie im Laufe des vorigen Jahres erstmalig seit ihrem Entstehen vor 20 Jahren außerstande war, das jährliche Gipfeltreffen einzuberufen. Es sollte in Tripolis, der Hauptstadt Libyens, stattfinden, da aber das Zweidrittelquorum nicht zustande kam, mußte sie zweimal, im August und im November, aufgeschoben werden. Faktisch wurde sie von 19 sogenannten gemäßigten Ländern mit Marokko an der Spitze verhindert. Sie fochten den Beschuß an, die Arabische DR Sahara, die frühere spanische Kolonie Westsahara, in die OAU aufzunehmen, und bestanden darauf, daß Tschad von der Regierung Habre, die durch den Bürgerkrieg zur Macht kam, in der Versammlung repräsentiert werden soll.

Man sollte meinen, daß die Bereinigung dieser Streitfragen aufgeschoben, die Versammlung abgehalten und die Plätze der DR Sahara und Tschads frei gelassen werden könnten. Solche Fälle waren bei der OAU schon vorgekommen. Die 19 "Gemäßigten" lehnten die vorgeschlagenen Ausgleichvarianten aber hartnäckig ab. Die Atmosphäre erhitzte sich immer mehr, und der repräsentativen und maßgeblichsten Organisation Afrikas drohte eine Spaltung. Viele im Westen freuten sich schon auf den Zerfall der OAU, die so viel zur Befreiung Afrikas beigetragen und in zwei Jahrzehnten zu den weltpolitischen Kardinalfragen eine grundsätzliche antiimperialistische Haltung eingenommen hatte. Haben die Länder Afrikas ihre Differenzen auch nicht ganz beilegen können, so haben sie jedenfalls einen wenn auch diffizilen, so doch vernünftigen Kompromiß gefunden. Sie haben die Tagung aus Tripolis nach

Addis Abeba verlegt, wo das Sekretariat der OAU seinen Sitz hat. Die DR Sahara hat eingewilligt, der Versammlung fernzubleiben, und Libyen hat seine Einwände dagegen fallenlassen, daß die Regierung Habre Tschad repräsentiert. Diese Entscheidungen haben zur Überwindung der Schwierigkeiten, zur Abhaltung der 19. Versammlung und dazu beigetragen, einen Ausweg aus der Krise zu finden, die die OAU lahmlegte und zu sprengen drohte.

Wer war aber besonders an einem Scheitern der 19. Versammlung und der ganzen OAU interessiert, wer versuchte, die Geschehnisse insgeheim zu manipulieren? Zweifellos waren die Regieanweisungen, die in Tripolis befolgt wurden und schließlich in Addis Abeba durchgefallen sind, nicht in Afrika verfaßt worden.

Beispielloses Dokument

In der Presse des Westens und Afrikas war ein Schreiben veröffentlicht, aus dem die skrupellose Einmischung fremder Kräfte in die Angelegenheiten der OAU sowie die Versuche ersichtlich sind, die 19. Versammlung zu vereiteln. Es handelt sich um ein "Geheimschreiben" Washingtons vom August v. J. an die Staatschefs mehrerer, natürlich "gemäßigter" Länder Afrikas. Darin wurde nicht nur Unmut über die damals erst geplante Einberufung der Versammlung nach Tripolis geäußert und der libysche Staatschef Ghaddafi, der OAU-Vorsitzender werden sollte, schändlich verleumdet, sondern ausgesprochen zynisch empfohlen, was zu tun sei, um die OAU-Versammlung zu vereiteln.

Da heißt es z. B., falls die Versammlung in Tripolis stattfinde und Ghaddafi OAU-Vorsitzender werde, könne "uns" (d. h. die USA) "sein unberechenbares Verhalten daran hindern, mit ihm als dem Vorsitzenden der OAU zusammenzuarbeiten". So, so! Voriges Jahr wurde in den USA eine beispiellose Hetze gegen Libyen und Ghaddafi selbst aufgezogen. Ihm war auch schon früher nachgesagt worden, daß er bei allen Geschehnissen in Afrika, die den USA nicht paßten, seine Hand im Spiel gehabt habe: beim Aufstand in der zairischen Provinz Shaba



TASS-Foto: Die Afrika-Halle in Addis Abeba

sowie bei den Umstürzen in Mauretanien, Liberia und Ghana. Voriges Jahr wurde die grundfalsche Beschuldigung gegen ihn erhoben, daß er eine Terroristengruppe für ein Attentat auf den US-Präsidenten in die USA eingeschleust habe, obwohl die amerikanischen Geheimdienste keinerlei Spuren einer solchen Gruppe gefunden hatten.

Aber kommen wir auf das "Geheimschreiben" Washingtons zurück. Darin hieß es, sollte Ghaddafi dennoch Vorsitzender der OAU werden, so wäre es unbedingt notwendig, daß niemand ihr Generalsekretär wird, der unfähig sei, den Dialog mit "dem übrigen Teil der Weltgemeinschaft" (lies: mit den USA) "zu führen". In dem Schreiben wird die Aufnahme der DR Sahara in die OAU "ein schwerer Fehler" genannt. Es sei daran erinnert, daß von 50 Ländern Afrikas 26, d. h. eine Mehrheit der OAU-Mitglieder, diese Republik bereits anerkannt haben.

Es kommt aber noch schöner. Die amerikanischen Schutzwölfe der Rassisten der RSA haben Afrika gewarnt, daß "die OAU dem Volk Namibias einen Bärenstreich erwiese, falls sie einen überreiften Beschuß fassen sollte, der die jetzigen Verhandlungen nur erschweren könnte". Das hört sich ja so an, als ob die USA ernsthaft über eine Befreiung Namibias verhandeln würden! Nur wer der scheinheiligen Politik der jetzigen US-Regierung rückhaltlosen Glauben schenkt, kann so etwas annehmen.

Und schließlich wird in dem Meisterstück der Briefschreibekunst unverblümt der in der diplomatischen Praxis beispiellose Rat erteilt, "falls nötig, das Gipfeltreffen zu verlassen", d. h. es Washington zuliebe zu sprengen und die OAU auffliegen zu lassen.

Das Schreiben hat in der Presse viel von sich reden gemacht. Das State Department wurde mit Anfragen überschüttet, ob der Inhalt den offiziellen Standpunkt der USA wiedergebe. Die Antwort entsprach ganz der Oberheblichkeit der Leute, die gegenwärtig die Politik der USA prägen.

Es hieß darin: "Die USA haben wie jedes andere Land das Recht, andere mit ihrer Meinung, ganz gleich, zu welcher Frage, bekannt zu machen." Haben sie aber das Recht, sich in fremde, in ausgesprochen innere Angelegenheiten der OAU einzumischen, dort Zwistigkeiten zu stiften und auf einen Zerfall dieser Organisation hinzuarbeiten? Natürlich nicht! Niemand hat ihnen die Befugnis dazu erteilt.

Beschlüsse der Versammlung

Im verflossenen Jahr haben die Länder Afrikas viel gelernt. Sie sind sich mehr darüber klar geworden, wie nötig sie eine gesamtafrikanische Organisation und die Einheit brauchen. Die Imperialisten legen es darauf an, die Schwierigkeiten und Probleme der nationalen Freiheitsbewegung und der OAU auszuschlagen. Durch ihr Verschulden ist die Weltlage heute so gespannt, besonders in den verschiedenen Regionen der Entwicklungswelt. Die herrschenden Kreise der westlichen Staaten, vor allem der USA, wollen sich die gespannte Lage und die Konfliktsituationen zunutze machen, um sich, koste es, was es wolle, in die Diskussionen einzuschaalten, zu denen es in den Organisationen der Entwicklungsländer, auch in der OAU, kommt, in ihren Feindschaft und Entfremdung auszulösen, sie zu entzweien und Staaten verschiedener politischer Orientierung gegeneinander aufzuhetzen.

Die OAU ist ziemlich bunt zusammengesetzt, und das ist auch nur natürlich. Das Geschick der ihr angehörenden Staaten war zur Zeit ihrer kolonialen Abhängigkeit verschieden und ist es auch jetzt. Ihre Ansichten über Tagesprobleme und ihr Urteil über die Entwicklungsmöglichkeiten und -ausichten unterscheiden sich wesentlich voneinander. Ausschlaggebend aber ist das, was sie zu einer Familie vereint. Es ist der Schutz ihrer Unabhängigkeit vor den Anschlägen der Imperialisten.

Der Erfolg der 19. OAU-Versammlung hat bestätigt, daß die afrikanische Einheit nicht tot oder überholt ist und daß die unabhängigen Länder Afrikas ihren anti-imperialistischen, antirassistischen und antikolonialen Kampf nicht aufgegeben haben. Sie sind sich ihrer Stellung und Rolle im weltweiten Befreiungskampf bewußt, den der US-Imperialismus abzuwürgen sucht, um die ganze Welt seinen Hegemonieabsichten, dem Diktat der Krösse aus Übersee und dem Wunsch und Willen des Weißen Hauses zu unterwerfen.

Die Beschlüsse der Versammlung fußen auf einem realistischen Urteil über die heutige Lage innerhalb und außerhalb

Afrikas. Sie gehen davon aus, daß im Süden Afrikas mit Rückendeckung des Westens noch immer das denkbar grausamste, unmenschlichste, reaktionärste Regime der Rassendiskriminierung und Apartheid besteht. Noch ist Namibia nicht aus der widerrechtlichen Okkupation befreit, noch wird es vom Militärklüngel der RSA unaufhörlich als Bereitstellungsraum für Aggressionsakte gegen Nachbarstaaten mißbraucht. Schon trägt man sich mit dem Gedanken, fast ganz Afrika zu einem militärstrategischen Aufmarschgebiet der USA zu machen, schon wird die amerikanische Militärpräsenz im Nordwesten, Nordosten und Süden des Kontinents ausgedehnt, werden in Marokko, Somalia, Kenia, Ägypten und im Sudan Militärstützpunkte der USA angelegt, wird die Militarisierung des Indik und des Mittelmeers forciert, stellt man Projekte dafür auf, den Südatlantik in die Wirkungssphäre des aggressiven NATO-Blocks einzubeziehen oder dort eine Art NATO-Zweigstelle unter Teilnahme der RSA zu bilden. Noch ist dem Imperialismus mit seinen neokolonialistischen Umtrieben nicht die Entscheidungsschlacht geliefert.

Die Teilnehmer der Versammlung haben die scheinheiligen Warnungen Washingtons nicht beachtet und einstimmig ihre Forderung nach sofortiger Befreiung Namibias durch freie Wahlen unter Aufsicht und Kontrolle der UNO begrüßt. Sie haben dagegen Stellung genommen, daß die Rassisten der RSA und ihre westlichen Schutzwölfe die Verwirklichung des UNO-Plans für Namibia immer wieder aufschieben, und haben damit die fruchtbare Betätigung der "Kontaktgruppe" klargemacht, die aus den USA, aus England, der BRD, Frankreich und Kanada besteht; ebenso die Versuche der USA und der RSA, die Befreiung Namibias vom Abzug der kubanischen Truppen aus Angola abhängig zu machen. Sie haben diese Versuche als hanebüchene Einmischung in die inneren Angelegenheiten des souveränen Angola gewertet. Übrigens ist die Unhaltbarkeit der Einstellung der USA und der RSA außer von der OAU auch von der UNO, namentlich von deren Generalsekretär, anerkannt worden.

Die Versammlungsteilnehmer haben erneut gefordert, daß gegen die RSA die von der UNO vorgesehenen umfassenden Sanktionen ergriffen werden. Sie haben es strikt verurteilt, daß die USA und einige ihrer Bündnispartner im Sicherheitsrat eine diesbezügliche Beschußfassung verhindert haben.

In speziellen Resolutionen sind die unaufhörlichen Aggressionsakte der RSA gegen Angola sowie die Bandenüberfälle

der Rassisten auf Mocambique und Lesotho, die Menschenopfer zur Folge hatten und ebenso die Diversions- und Terrorakte verurteilt worden, mit denen das Apartheidregime die Lage in den Nachbarländern und in der Region überhaupt zu destabilisieren sucht. Diese Akte sind mit Recht als Bedrohung des Friedens und der Sicherheit qualifiziert worden.

Das gesamtafrikanische Gipfeltreffen hat die blutigen Repressalien der Rassisten innerhalb der RSA und in Namibia gebrandmarkt und dazu aufgerufen, die SWAPO und den Afrikanischen Nationalkongreß des südlichen Afrikas ausgiebiger zu unterstützen. Zum OAU-Vorsitzenden für die nächste Amtszeit ist Mengistu Haile Mariam, der Staatschef Äthiopiens, gewählt worden.

In den Resolutionen über den Nahen Osten und das Palästina-Problem ist der sofortige Abzug der Truppen Israels aus dem Libanon und aus allen anderen besetzten Gebieten nachdrücklich gefordert und der gerechte Kampf des palästinensischen Volkes für Selbstbestimmung und für die Gründung eines eigenen unabhängigen Staates einmütig unterstützt worden.

Sehr eingehend befaßte sich die Versammlung mit Fragen, die einen Ausbau der wechselseitig vorteilhaften Zusammenarbeit der Staaten Afrikas und ihre Beteiligung am Kampf für eine neue Weltwirtschaftsordnung betreffen. Man kann sagen, daß die 19. OAU-Versammlung eine feste Brücke zwischen Addis Abeba und Delhi geschlagen hat, wo unlängst auf der VII. Konferenz der Staats- und Regierungschefs der nichtpaktgebundenen Länder ausführlich über diese Fragen diskutiert wurde. Für die unabhängigen Staaten Afrikas, die noch immer Rohstoffe exportieren und auf dem kapitalistischen Weltmarkt Fertigerzeugnisse kaufen, ist eine gerechte und demokratische Umstrukturierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen ebenso wichtig wie für die Entwicklungsländer anderer Erdeite.

Angesichts dieser brennenden Probleme müssen die Differenzen in der OAU zurücktreten, und das haben sie in Addis Abeba denn auch getan. Es ging ja um die Unabhängigkeit und Zukunft Afrikas, um sein Wohlergehen und seine Einheit. Die imperialistischen Provokateure und Ränkeschmiede, die nichts so sehr wollen wie die OAU untergraben und sprengen, haben im Kampf mit den Kräften des Friedens und der nationalen Befreiung wieder eine Runde verloren. Gewonnen haben die Völker Afrikas, sie müssen ihren Erfolg aber noch untermauern.

W. MIDZEW

ZEITZÜNDER

- ENTGEGEN DEM WÄHLERWILLEN
- RISIKO-MINISTERIEN FÜR SOZIALE DEMOKRATEN
- UNPOPULÄRER KURS

Erst anderthalb Monate nach den vorfristigen Parlamentswahlen konnte eine neue Regierung Portugals gebildet werden. Ihr steht der Vorsitzende der Sozialistischen Partei, Mario Soares, vor, der in den 9 Jahren seit der antifaschistischen nationaldemokratischen Revolution vom 25. April 1974 zum dritten Mal Ministerpräsident geworden ist.

Das neue Kabinett, basierend auf einem "Zentrumsblock" (Sozialisten und Sozialdemokraten), wurde am 9. Juni vereidigt und soll demnächst dem Parlament sein

Programm vorlegen. Dessen Bestätigung dürfte kaum auf Schwierigkeiten stoßen, da der neue Regierungsblock in der Versammlung der Republik die absolute Mehrheit hat (Sozialisten: 101 Sitze, Sozialdemokraten: 75 Sitze). Von den insgesamt 250 Sitzen im Parlament entfallen weitere 44 auf das Wahlbündnis für die Einheit des Volkes und 30 auf das rechte "Demokratisch-Soziale Zentrum".

Aber daß der Zentrumsblock die Mehrheit hat, verspricht der Regierung keineswegs ein wolkenloses Glück. Trotz

ihres sozialistisch-sozialdemokratischen Etiketts will sie eine Politik des Großkapi-
tals betreiben, worauf das Regierungsab-
kommen zwischen beiden Parteien
schließen läßt.

Um ihre große Mehrheit zu sichern, machten die Sozialisten den Sozialdemokraten, die vor nicht allzulanger Zeit die Hauptkraft des Blocks "Demokratische Allianz" bildeten, große Zugeständnisse. Das war der Block, der das Land in den letzten mehr als drei Jahren regierte und in eine tiefe Krise hineinmanövrierte. Somit handelte die Führung der Sozialisten entgegen dem Willen der Wähler, die die Politik der früheren rechtszen-
tristischen Regierungen verurteilten und ihnen ihr Vertrauen entzogen hatten.

Die Führung der Sozialisten setzte sich über die Warnungen der Kommunisten, der aktiven Mitglieder der Portugiesischen Demokratischen Bewegung, des linken Flügels in ihrer eigenen Partei und schließlich auch der unabhängigen Linken hinweg, die sich um das einen Aufruf zum Zusammenschluß aller fortschrittlichen Kräfte des Landes enthaltende "Dokument 199" gruppieren.

Nach Ansicht der linken Sozialisten ist die Allianz von Sozialisten und Sozialde-
mokraten ein Zeitzünder, der in aller-

ITALIEN

RAKETEN, MAFIA UND POLITIK

- TOURISTEN MIT STRAMMER HALTUNG
- RUIN STATT AUFBLÜHEN
- ZWECKLÜGE

Als Anfang Mai auf dem in Bau befindlichen Raketenstützpunkt bei Comiso die erste Gruppe von US-Militärs eintraf, gab es bei der Bevölkerung — ganz anders als bei der Landung der Alliierten auf Sizilien 1943 — keinen Jubel.

Die "Verteidiger" wurden 30 km vor Comiso an der Küste untergebracht. Ihnen wurden kleine "Kriegslisten" eingeschärft: nur Civil zu fragen, sich nicht unnötig in die Öffentlichkeit zu wagen, und wenn, dann als "Touristen".

Zugleich werden die Sizilianer von der amerikanischen und der italienischen Propaganda psychologisch bearbeitet. Den Ton gab im August 1981 das staatliche italienische Fernsehen mit einer Fälschung an. Zur Rechtfertigung der Anlegung des Stützpunktes in Comiso stellte es den fruchtbaren Boden, der reiche Ernten an Frühgemüse und -obst liefert, als eine öde, sterile Gegend hin.

Empört sagte damals der Bürgermeister

von Comiso, der Sozialist Salvatore Catalano: "Kommen Sie her und schauen Sie, wie reich unsere Gegend an verschiedenen Nutzpflanzen und wie dicht bevölkert sie ist. Wir sind gegen die Stationierung von Euroraketen nicht nur in Comiso, sondern auch in Italien und ganz Europa." Nun mehr hält sich Catalano an die Linie der Italienischen Sozialistischen Partei, deren Vertreter den "Doppelbeschuß" der NATO und die "Null-Lösung" Regangs unterstützen, und sieht die Unterbringung von 112 Flügelraketen in Comiso als beschlossene Sache an.

Für ein Städtchen mit 27 000 Einwohnern, dessen Lebensweise sich in Jahrhunderten herausgebildet hat, wird die Ankunft von 10 000 Yankees auf dem Raketenstützpunkt ernste Probleme bedeuten. Ohne vor Ausgaben zurückzuschrecken, haben die US-Quartiermeister schon die Mietpreise in die Höhe getrieben. Seit der Ankunft der GIs gibt es dort nun Drogen und Prostituierte, hat

sich der Schmuggel intensiviert. Die sizilianische Mafia, die früher kein Interesse für die Provinz Ragusa, wo Comiso liegt, zeigte, hat 3500 ha Boden aufgekauft und mit dem massiven Bau von Villen angefangen, der hohe Profite verspricht.

Die Bearbeitung der Öffentlichkeit verstärkte sich im Zusammenhang mit den Ende Juni bevorstehenden Parlamentswahlen. Zugleich werden in Comiso Gemeindewahlen abgehalten. Die Stadtältere malen die "Vorteile" aus, die der Stützpunkt verspreche, verschweigen jedoch, daß der materielle Schaden der Bauern, denen ihr fruchtbare Boden weggenommen werden soll, viel größer sein wird. Die Einwohner von Comiso werden sogar als eine träge Masse mit ausgesprochener Abneigung gegen die Antiraketenbewegung hingestellt. Dabei haben die Petition an die italienische Regierung, den Bau des Stützpunktes zu stoppen, 13 000 Stadtinwohner unterschrieben. Und dies bei einer Bevölkerung von 27 000.

Das propagandistische Trommelfeuer der beiden Hauptpartner der ehemaligen Regierungskoalition ist völlig koordiniert mit den Bemühungen der Amerikaner, die befürchten, die Stadtältere von Comiso könnten wechseln, die Stadt und ihre Umgebung zu einer kernwaffenfreien Zone erklärt werden. Um das zu verhindern, scheuen die Behörden nicht einmal eine Verletzung der italienischen Gesetze. Vor kurzem eröffneten die Amerikaner

nächster Zeit zum Scheitern der Regierungspolitik führen und so der Sozialistischen Partei selbst einen Schlag versetzen kann. Gerade sie trägt ja die Verantwortung für die Politik des ganzen Kabinetts. Die Sozialisten könnten aber auch zu einer rechten Politik genötigt werden, was den Linksradikalismus und die extremrechten Strömungen verstärken würde.

Dafür begrüßt die Rechtspresse die Bildung einer neuen zentralistischen Koalition, weil sie darin einen Erfolg der Sozialdemokraten sieht, die die Interessen der Unternehmer vertreten. Die Wochenschrift "Tempo" (Lissabon) nannte die Bildung der neuen Regierung sogar "ein historisches Ereignis im Leben der Nation".

Wie aus Lissabon verlautet, beabsichtigt die neue Regierung, dem Privatkapital Zutritt zum Bank- und Versicherungswesen und zu den profitabelsten Zweigen zu gewähren, die bisher nur von nationalisierten Unternehmen abgedeckt wurden. Die Sozialistische Partei machte Zugeständnisse auch im Hinblick auf die Agrarreform, die den Genossenschaftssektor zu untergraben drohen, und im Bereich der Arbeitsgesetze, was das Streikrecht der Werktäglichen be-

scheiden und die Bedingungen für den Abschluß von Kollektivverträgen für sie verschlechtern muß.

In Portugal schreibt man jetzt viel über die Notwendigkeit, zu einer "nationalen Rekonstruktion" überzugehen. Nach der Haltung der Regierung zu urteilen, soll sie auf rein kapitalistische Weise erreicht werden, was den Werktäglichen und Klein-eigentümern nur noch neue Entbehrungen, den Großkapitalisten, -kaufleuten und -grundbesitzern dagegen hohe Vorteile verheißen.

Die Zusammensetzung der Regierung zeigt, daß die Sozialisten in vieler Hinsicht ihrem Partner nachgeben mußten. Von 16 Ministerposten gehören nur 8 den Sozialisten, 7 weitere den Sozialdemokraten und einer (Finanzen) einem "Unabhängigen". Zugleich gelang es der Sozialistischen Partei, den Sozialdemokratischen Ministerien zuzuschlieben, die zwar wichtig, aber für die Sozialdemokraten auch riskant sind. So wurde der Führer der Sozialdemokraten und Stellvertretende Ministerpräsident, Carlos Alberto Mota Pinto, Verteidigungsminister. Der Umstand, daß er seinerzeit den extremrechten Präsidentschaftskandidaten Soares Carneiro unterstützte, kann unter den linken Offizieren, die an der Revolu-

tion vom 25. April teilnahmen, böses Blut machen, aber die Sozialisten hätten dann nichts damit zu tun. Die Posten des Ministers für Arbeit und Soziales, für Volksbildung, für Handel und Tourismus sowie für Landwirtschaft fielen ebenfalls Sozialdemokraten zu, denen sicherlich ein schwieriger Kampf gegen die Gewerkschaften bevorsteht. Anders gesagt, besetzen die Sozialdemokraten "konfliktgeladene" Ministerstühle, und die Sozialisten werden es leichter haben, den Partnern die Schuld an der Zuspitzung der sozialen Situation zuzuschreiben.

Für eine solche Zuspitzung bestehen schon jetzt alle Voraussetzungen. Beim feierlichen Amtsantritt mußte Ministerpräsident Soares eingestehen, daß sich im Lande eine außerordentlich schwierige Wirtschaftslage ergeben habe; er verwies speziell darauf, daß Portugal in diesem Jahr allein 1,2 Md. Dollar Zinsen für frühere auswärtige Anleihen zahlen müsse. Insgesamt beträgt das Defizit der Zahlungsbilanz 3 Md. Dollar. Zur Lösung der bestehenden Probleme müsse man, hob Soares hervor, rigorose "Sparmaßnahmen" treffen. Wie lange aber wird die Regierung imstande sein, einen derart unpopulären Kurs durchzudrücken?

E. KOWALOW



Bei einer Demonstration in Comiso

Foto: TASS

ihr eigenes Büro zur Einstellung von Arbeitskräften für den Stützpunkt. Das Büro schickte an alle erwachsenen Einwohner von Comiso — d. h. an alle Wahlberechtigten — Arbeitsangebote auf einem Vordruck der US-Luftstreitkräfte.

Neben Fragen wie: "Welche Art Arbeit möchten Sie leisten?" sollen die so Angesprochenen "fünf Referenzpersonen" nennen. Mitte Mai gab es rd. 2000 Personen, die auf dem Stützpunkt zu arbeiten wünschten, hauptsächlich Jugendliche. "Seltsam" war nur, daß die Bittsteller immer wieder dieselben Perso-

nen als Bürgen für politische Zuverlässigkeit nannten: Sekretäre der örtlichen Sektionen der Christlich-Demokratischen, der Sozialistischen, der Sozialdemokratischen Partei, ferner den Bürgermeister von Comiso (Sozialistische Partei).

So sieht es in einem Randgebiet Italiens aus. Und die Hauptstadt dort wiederholt man beharrlich: Die Stationierung von Euroraketen in Comiso sei ein konkreter Beitrag Italiens zur Erzielung einer Vereinbarung (!) bei den sowjetisch-amerikanischen START-Verhandlungen. Unermüdlich sagen italienische amtliche Sprecher, der Verzicht der NATO auf US-Raketen in Westeuropa würde der UdSSR jeden "Anreiz" für die Verhandlungen nehmen. Man darf wohl fragen: Ist es nicht eher so, daß die

übermäßige Nachgiebigkeit gewisser westeuropäischer Staatsmänner den USA den Anreiz genommen hat, die Verhandlungen in Genf konstruktiv fortzuführen?

Es werden notorisches Lügen und Behauptungen kolportiert, etwa die Erklärung des politischen Sekretärs der italienischen Sozialistischen Partei, Craxi, auf dem XVI. Kongreß der Sozialistischen Internationale, die UdSSR stelle alle Wochen eine SS-20-Rakete auf. Immer wieder hört man Stimmen, die die UdSSR auffordern, "neue, überzeugende Vorschläge" einzubringen, damit in Genf ein Fortschritt erzielt werden könnte.

Natürlich färbt da der Wahlkampf ab. Doch fordert die verantwortungsvolle Stellung der Politiker, die so etwas behaupten, elementare Kenntnisse und ein elementares Anstandsgefühl. Es ist wohlbekannt, daß die UdSSR keine "Anreize" für eine Vereinbarung braucht. In der Ende Mai veröffentlichten Erklärung der Sowjetregierung wurde erneut klipp und klar die konstruktive Position der UdSSR zur Frage einer Begrenzung der Kernwaffen mittlerer Reichweite in Europa dargelegt. In der Erklärung wird auch konkret dazu aufgefordert, sorgfältig die Folgen zu erwägen, die die Realisierung der Pläne der USA und ihrer NATO-Bündnispartner im Zusammenhang mit der Stationierung neuer US-Raketen in Westeuropa nach sich ziehen würde.

L. SAMOCHWALOW

WIEDER SO?

Das Foto, das wir dem Bulletin der Nationalen Befreiungsfront "Farabundo Martí", "Venceremos", entnahmen, zeigt US-Militärberater in El Salvador und Präsident Reagan, der sie dorthin entsandt hat. Westlichen Pressemeldungen zufolge sind es bislang 55 Berater. Noch ist die Kongreßentscheidung in Kraft, die der Administration untersagt, mehr Militärexperten nach El Salvador zu entsenden.

Doch die "New York Times" konstatierte: "Amerikanische Offiziere mit El Salvador-Erfahrungen meinen, daß jene Berater, über die die USA jetzt verfügen, nicht imstande seien, die Aufgabe der Ausbildung der salvadorianischen Armee zu bewältigen." Die Offiziere meinen: Damit die salvadorianische Armee die erforderliche Kampfkraft zur Partisanenbekämpfung erreicht, wären 150 bis 200 Berater notwendig. Einige Militärs aber verlangen die Präsenz von 500 oder sogar 1000 US-Spezialisten in El Salvador.

Bekanntlich durchliefen die USA in Vietnam fünf Stadien. Erst die Wirtschaftshilfe für die Saigonner Clique, dann die Militärhilfe mit Rüstungsgütern und Munition. Danach wurden Experten zur Wartung der Rüstungsgüter sowie zur Ausbildung von Soldaten der Saigoner Armee entsandt. Auf sie folgten bald Militärberater, die sich unmittelbar an der Planung und Führung der



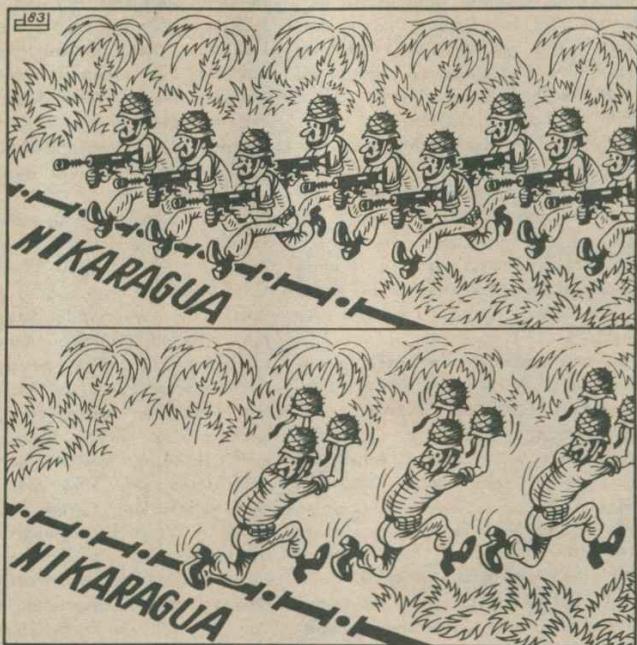
Militäroperationen beteiligten. Und schließlich als letztes Stadium die Entsendung von Einheiten der regulären US-Truppen nach Südviетnam, deren Zahl bald eine halbe Million erreichte.

Jetzt sucht das Weiße Haus neben der Anhebung der Mittel für El Salvador die Zahl seiner Militärberater zu vergrößern.

Der Befehlshaber des südlichen Militärkreises der USA, Generalleutnant Wallace Nutting, der kürzlich in den Ruhestand trat, behauptete: Um der "marxistischen Expansion in Mittelamerika" ein Ende zu bereiten, werde eine bedeutende Verstärkung der US-Militärhilfe und der Zahl der Militärberater in El Salvador, zudem ohne irgendwelche Auflagen, sowie möglicherweise auch die Bereitschaft erforderlich, US-Truppen einzusetzen.

Also wiederum Stadium 1, 2, 3...

A. WLADIMIROV



Die Überfälle der Somozistas: hin und zurück

Zeichnung: W. Tschakiridis

GEFÄHRLICHE GÄSTE

Der atomwaffenbestückte Flugzeugträger "Karl Vinson" will schon bald Anker vor der Westküste Australiens werfen, wo sich der Marinestützpunkt Freemantle befindet.

Die Hotelbesitzer, die ein Radrogramm mit der Bitte erhielten, Plätze für die eintreffenden US-Militärangehörigen zu reservieren, erfuhren von dem bevorstehenden Besuch des US-Kriegsschiffes eher als die australischen Behörden.

Doch das ist nicht weiter verwunderlich. Fühlen sich ja die US-Krieger auch außerhalb der USA wie zu Hause. Hierbei führen sie sich so auf, als sei der Besuch ausländischer Häfen von Schiffen unter dem Sternenbanner, bestückt mit Atomwaffen (das gestand kürzlich der ehemalige US-Präsident Carter in einem Interview für die japanische Zeitung "Asahi" ein), eine große Ehre für die örtliche Bevölkerung.

Während die Labor-Regierung Australiens den Vorschlag zur Schaffung einer kernwaffenfreien Zone im Südwestpazifik unterbrei-

WOHLGESONNENE NICHTEINM

"Wir werden dafür sorgen, daß Polizei der Nationalsozialismus weiter- gen. A lebt!" rief der "Führer" der Verän. Neonaziorganisation "Nationaler Fischer Sozialisten", Ex-Bundeswehrleut- "Führer" nan Kühnen aus. Er verkündete das bei einer Zusammenroftung, Um die er als "Heerschau der national- und sozialrevolutionären Kräfte" faschis. bezeichnete, im BRD-Kuort Bad profes. Bergzabern. Die Polizei griff nicht speziell ein...

Statt dessen löste eine Gegendemonstration der Antifaschisten den gerechten Zorn der Behörden aus. Die Polizei stürzte sich auf die Demonstranten, ließ scharfe Hunde auf sie los, einige Personen wurden verletzt.

Kühnen war begeistert. "Es sei denn, wir kommen an die Macht und stecken sie in die entsprechenden Lager", drohte er den Antifaschisten. "Heute schützt die

tet, sind die USA bemüht, ihre militärische Präsenz in der Region zu verstärken. Admiral Foley, Befehlshaber der US-Pazifik-Flotte sagte bei einem kürzlichen Besuch der australischen Stadt Perth,

TS UM

ischen Atlantiker könnten die Gewißheit der gegensehen. Sie haben keine Reserve, die eine von wert ist. Diese hat Madame Marie-Garand, die einst als Präsident Georges engagierte.

sch in Williamsburg die Erklärung gab, die Madame mitteilt, daß Frankreich Fakelträger braucht, um den Franzosen und sich ganz Europa den zeigen. Diesen Glau- Madame Garand auch ammern eines Pariser des "Instituts für vermitteln. Gestern einer Jeanne den Scheiterhaufen hie sie das Publikum überzeugen, daß die Raketenraketen für die Jugend nötig seien und

die "Sowjets" mit ihren Friedensschalmeien gefährliche Pläne hegten.

Diese und andere Garandismen, die an die nicht gerade heroischen Zeiten des kalten Krieges erinnern, waren ein wahrer Ohrenschmaus für die anwesenden französischen und amerikanischen Politiker sowie für NATO-Generalsekretär Joseph Luns, der dank seinem Hünenwuchs und einem ebenso großen Atlantismus alle wie ein Felsen überragte.

Die Auftritte der Madame wie die üblichen Beschwörungen der Rechten wären die Aufmerksamkeit nicht wert, wenn da nicht ein Umsstand wäre: Die Regierung der Sozialisten unterstützte das Symposium. Die Teilnahme von Verteidigungsminister Charles Hervé demonstrierte, daß die Führung der französischen Sozialisten absolut nichts dagegen hat, an einer Treubekundung für den NATO-Kurs teilzunehmen.

L. MAKAREWITSCH

HOFFEN UND HARREN ...

Ja, schwer ist die Arbeit der Journalisten... Was muß man nicht alles über sich ergehen lassen, nur um einige Zeilen zu schinden! Solche Seufzer waren von Korrespondenten der Auslandsresse zu vernehmen — nach einer Pressekonferenz des "Premierministers" der "Koalitionsregierung des demokratischen Kampuchea", Son Sann, in Tokio.

Die meisten waren in der Hoffnung gekommen, der "Premier" werde ein weiteres Mal einen Dreckkübel über den "Präsidenten" des gleichen, nur für Bankabrechnungen existierenden "demokratischen Kampuchea", Ex-Prinz Sihanouk, stülpen, der den Journalisten Anlässe für so manche pikante Notizen gegeben hat. Einige hatten gehofft, Son Sann werde das bereits in der zuvor abgefaßten Erklärung tun, und dann bleibe Zeit, um noch ein Glas Bier in irgendeiner Bar zu kippen.

Aber nein! Eine ganze Stunde wiederholte der "Premier" mit zitternder Stimme in gebrochenem Englisch Aufrufe zu wirtschaftlichem, diplomatischem und militärischem Druck auf Vietnam, wobei er sich unfehlbar bei der Regierung Japans und "anderen Freunden" für die Hilfe bedankte und mit "Erfolgen" prahlte. Die Ungeduldigsten rutschten schon auf den Stühlen herum und verfluchten den Quasselkopf. Allerdings blieb noch die Hoffnung auf die Fragen und Antworten. Sobald der Klubvorsitzende die Mikrophone im Saal eingeschaltet hatte, fragte der Reuter-Korrespondent direkt: "Was denken Sie von Sihanouks Absicht, das Amt des Präsidenten aufzugeben?" Der "Premier" wandte sich. Er wollte offenbar etwas sagen, doch schwieg er dann lieber... Auch ohnehin sind die Streitigkeiten zwischen den gewaltsam zusammengetriebenen Pol-Pot-Anhängern, den Sihanouk-Leuten und den Anhängern Son Sanns in aller Munde.

"Ich kritisiere den Prinzen nicht... All das gehört der Vergangenheit an..." Unter Begleitung dieser Worte verzog sich die erste Welle der Enttäuschten. Diejenigen mit dem größten Sitzfleisch beniedelten sie sehr und seufzten wieder wegen des schweren Loses der Journalisten ... Tokio

Eigenbericht

EIN MINISTER SIEHT ROT

RSA-Verteidigungsminister Magnus Malan machen "rote" Panzer zu schaffen. "Sie haben Pretoria von allen Seiten eingekreist!" Das war der Sinn seines Auftritts im RSA-Parlament. Rot macht Malan wahnsinnig. "Die Sowjetunion", behauptete der

Minister, "verfolgt eine Politik der Destabilisierung des gesamten südlichen Afrika und verstärkt dort die Streitkräfte, um die RSA-Regierung zu stürzen."

Malans Informationsstand verriet seine enge Bekanntschaft mit den Führern der RSA-Spionage, die in der Fabrikation von Zahlenangaben Routine haben. Malan bewarf die Abgeordneten mit Hunderten von Prozenten und Millionen Rand. Er weiß alles. Um wieviel die Zahl der "roten" Truppen, Panzer und Flugzeuge in Afrika zugenommen habe. Für ihn ist offenbar selbst der Betrag kein Geheimnis, den jeder "rote" Spezialist in Angola monatlich für den Kinobesuch ausgibt.

Die Zahlen machten auf die Abgeordneten den nötigen Eindruck. Der Boden war gedüngt. Ging es ja um die Anhebung des RSA-Rüstungshaushaltes, darum, im kommenden Finanzjahr über 3 Md. Rand für die Armee auszugeben.

Obrigens hätte Malan seine Informiertheit auch nicht zu zeigen brauchen. Die Oppositionsparteien in der RSA haben ohnehin nichts gegen die militaristische Politik des Botha-Regimes. Sie ziehen es vor, die Klappe zu halten. Warum riskieren? Kann ja in der Atmosphäre des "Kleinkrieges" (eine Charakterisierung Pretorias) gegen jede afrikanischen Nachbarstaaten jene Differenz mit den Militärs als "Landesverrat" diffamiert werden. Mit allen sich daraus ergebenden Folgen.

T. SEWASTJANOWA



...wenn aber in der BRD Neonazibanden marschieren, schützt die Polizei diese zuverlässig.

Foto aus:
"Unsere Zeit" (BRD)

Kein Wunder, daß sich in einer solchen Atmosphäre seine Organisation schnell "vermehrt". In vier Monaten wurden 15 "Kameradschaften" und 34 "Stützpunkte" in verschiedenen Landesteilen gebildet. Bei wohlwollender Nichteinmischung der Behörden.

W. ROSEN

Sold durchbringen, wird die Nachricht vom Besuch des US-Flugzeugträgers sicherlich erfreuen. Doch ob die einfachen Australier deren Gefühle teilen werden?

W. GODYNA

UNG

unserer Veranstaltung... Larin zeigt sich eine des sozialen, politischen", freute sich der

kontranten auseinander, die gegen die Zusammenrottungen setzt die BRD-Polizei ...wenn aber in der BRD Neonazibanden marschieren, schützt die Polizei diese zuverlässig.



e Kriegsschiffe würden in Zukunft ebenso häufig australische und Kneipenbesitzer der US-Krieger ihren

„AUFHETZEN UND DEMONTIEREN...“

Wie Washington den konterrevolutionären Putsch in Polen vorbereitete

Washingtons Politik gegenüber den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft ist durch höchste Aggressivität und Heimtücke gekennzeichnet. Im Arsenal der Mittel der derzeitigen US-Administration sind alle nur denkbaren Sanktionen, Embargos, der Nuklearraketenknüppel, Lügen- und Hetzpropaganda und die Einmischung in die inneren Angelegenheiten bis hin zum Hochpäppeln einer "Fünften Kolonne", wie das z. B. in Polen geschah. Im Grunde wird dem Sozialismus ein Ultimatum gestellt: Wenn er seine Positionen nicht aufgibt, wird die internationale Entwicklung auf einen Krieg zusteuern.

Nach dem Fiasco der Konterrevolution in der CSSR von 1968 wurde Polen in der antisozialistischen Strategie Washingtons Objekt Nr. 1. Besonderes Interesse an Polen kam z. B. in der Tatsache zum Ausdruck, daß der damalige US-Präsident Carter seinen ersten offiziellen Auslandsbesuch im Jahre 1977 Warschau abstattete. Er wurde vom Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski begleitet, unter dessen Führung die praktische Ausarbeitung der "polnischen Richtung" des Schlages gegen den Sozialismus erfolgte.

Brzezinski, Sohn eines Diplomaten des bürgerlichen Polen, träumte seinerzeit davon, polnischer Präsident zu werden. Er emigrierte in die USA und wurde zu einem eingeschworenen Feind des sozialistischen Polen, wobei er sich an allen Intrigen des Imperialismus gegen seine frühere Heimat beteiligte. Brzezinski suchte auf jede Weise die US-Administration zu bewegen, die antisozialistischen Kräfte in Polen zur Konfrontation mit der UdSSR zu nutzen. Er verlangte eine energischere Infiltration Polens und dessen aktive Beeinflussung. Ende der 70er Jahre betonte Brzezinski, der "engere Kontakte Polens mit dem Westen" anstrebe, immer wieder die "Möglichkeit, größere Freiheit und günstige Veränderungen" in Polen zu erreichen.

In konzentrierter Form wurde die US-Politik gegenüber Polen von Brzezinski in einem Geheimbericht dargelegt, dessen Hauptthesen der spanischen Zeitschrift "Tiempo" (veröffentlicht in der Februar-Nummer) bekannt wurden. Dieses Dokument zeigt, daß die USA bereits 1978 planten, einen Umsturz in diesem Land zu inszenieren. Am 17. März 1978 sandte Brzezinski seinen Bericht über die Politik Washingtons gegenüber der VR Polen an das Weiße Haus (James Carter), an das State Department (Cyrus Vance), an das Pentagon (Harold Brown) und an das CIA-Hauptquartier (Admiral

Stansfield Turner). Im Schlußteil des Dokuments wurden die Regierungsdienste angewiesen, dem Nationalen Sicherheitsrat ihre Erwägungen zu einem konterrevolutionären Umsturz in Polen vorzulegen.

Wenn man die Materialien des Brzezinski-Berichts studiert, fällt dessen offener Diversionscharakter auf. "Wir sind zum Schluß gekommen, daß Polen das verletzlichste Glied in Osteuropa ist..., auf das die ganze Aufmerksamkeit der USA und ihrer Verbündeten konzentriert werden sollte", schreibt Brzezinski. "Alles, was uns zur Verfügung steht, muß eingesetzt werden, um in Polen eine prowestliche Politik und Wirtschaftsorientierung durchzusetzen. Unsere Anstrengungen müssen darauf gerichtet sein, zur Destabilisierung in Polen beizutragen."

Viele Beobachter stimmen darin überein, daß, obwohl Brzezinski jetzt kein Staatsamt mehr bekleidet, die Hauptpunkte seines Plans dem jetzigen Kurs Washingtons gegenüber Polen zugrunde liegen. Im Frühjahr 1981 verlangte Präsident Reagan faktisch von der polnischen Regierung Handlungsfreiheit für die antisozialistischen Kräfte, wobei er mit, Wirtschaftssanktionen drohte. Daraufhin nahm der US-Kongreß eine Resolution an, in der man versuchte, Polen die amerikanischen Bedingungen für eine Lösung der Probleme des Landes aufzuzwingen. Diese Resolution ist eine direkte Ermunterung der antisozialistischen Elemente, ihre volks- und staatsfeindliche Tätigkeit zu aktivieren.

Nach der Verhängung des Ausnahmestandes in Polen überschüttete das Weiße Haus die polnischen Behörden mit Drohungen. In Washington wurde sogar die Bildung einer "Arbeitsgruppe" zu Polen unter John D. Scanlan bekanntgegeben, der nach Angaben des Nachschlagewerkes "Who is who in CIA" nicht nur für das State Department, sondern auch für die CIA tätig ist.

Die Reagan-Administration verweigerte Polen Nahrungsmittelhilfe, untersagte den polnischen Diplomaten Reisen in den USA, organisierte einen Boykott der polnisch-amerikanischen Seetransporte, verbot der polnischen Fischereiflotte den Fang vor Alaska und der Fluggesellschaft LOT das Überfliegen der USA. Der US-Präsident hob die Meistbegünstigungsklausel gegenüber der VR Polen auf, d. h., er erhöhte die Zölle für Industriewaren, an deren Export Polen besonders interessiert ist, um seine Schulden gegenüber dem Westen zu tilgen. Infolgedessen ging der polnische

Export in die USA von 427 Mio Dollar (1979) auf 200 Mio Dollar (1982) zurück.

Die Provokateure versuchten, langfristig zu planen. Mit allen Mitteln sollte Polen eine Politik der hohen Verschuldung im Westen für den Ankauf von Importtechnologie zur Ankurbelung der Wirtschaft aufgezwungen werden, hieß es in Brzezinskis Bericht. Und erläuternd dazu: Diese Politik sieht auf dem Papier ermunternd aus, doch in der Praxis führt sie dazu, daß die VR Polen 90% ihrer Exporterlöse wird abführen müssen, um ihre Schulden abzutragen, die bis 1980 insgesamt 20 Md. Dollar erreichen werden. Und dann werde wirtschaftlicher Druck Warschau nötigen, dem Westen Zugeständnisse zu machen.

Leider glückte dieser Diversionsakt der Weltfinanzkreise weitgehend. Im Grunde lief alles nach dem Brzezinski-Plan. Doch trotzdem ging Washingtons Rechnung mit der wirtschaftlichen Erpressung nicht auf. Die Hilfe der sozialistischen Bruderländer rettete Polen in der gefährlichsten Zeit vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch, erklärte Wojciech Jaruzelski am 23. Juli 1982 in Warschau in einem Interview für die japanische Zeitung "Nihon Keizai Shimbun". "Diese Hilfe", betonte er, "war von unschätzbar großer Bedeutung für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft. Hierbei sei besonders die Rolle der Sowjetunion betont. Kein Land außer ihr hätte uns eine solche konkrete wirtschaftliche Hilfe in so kurzer Zeit geleistet.

Wir ziehen die Lehren aus den Erfahrungen der letzten ein, zwei Jahre und planen deshalb eine Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern. Diese Zusammenarbeit ist keine vorübergehende Erscheinung, sondern erstreckt sich auf einen sehr langen Zeitraum."

Im Brzezinski-Plan war eine Variante für die Inszenierung eines "antikommunistischen Aufstandes" in Polen vorgesehen. "Diese Variante", wird in dem Bericht erläutert, "ist die wünschenswerteste, und die amerikanischen Dienste müssen alles tun, um die Entwicklung der Ereignisse in ebendieser Richtung vorzutreiben."

Bekanntlich ließen die USA, dem Brzezinski-Plan folgend, den polnischen konterrevolutionären Kräften Millionen Dollar zukommen. In den USA wurde eine Spendenaktion "zur Hilfe für die hungernden Polen" organisiert. Diese Spenden dienten dann der Organisierung von Diversions- und Spionage. Wie der Direktor des "Hilfsfonds", Tom Kahn, mitteilte, wurden 250 000 Dollar ausgege-

ben, um Druckanlagen, Farben, Papier und Schreibmaschinen anzukaufen und konterrevolutionären Propagandazentren zuzuspielen. Über Van Stefanski, einen mit der CIA liierten Bankier aus Cleveland, wurde eine halbe Million Dollar für den Schußwaffenankauf verausgabt. 1981 wurde bei München, getarnt als "Gewerkschaftsschule", ein Ausbildungszentrum für Diversanten eröffnet. Emigranten erhielten dort eine dreimonatige Ausbildung von amerikanischen und bundesdeutschen Instrukteuren.

Von der Vorbereitung eines bewaffneten Putsches nach dem Brzezinski-Plan zeugte eine Anleitung, die die polnischen Sicherheitsorgane im Dezember 1981 in der Verwaltung des "Solidarnosc"-Komites der Region Mazowsze fanden. Dort hieß es, bei Verhängung des Ausnahmestandes solle offener Terror entfesselt werden: Bahnen seien zu zerstören, Verkehrswesen und Versorgung zu destabilisieren, Anlagen zu vernichten und Befriede anzünden.

Brzezinskis Geheimplan sah noch eine andere Variante des Kampfes gegen den Sozialismus vor — "die schleichende Konterrevolution." Dabei wird der Gängungsprozeß langwierig und kompliziert sein", hieß es in dem Bericht. "Die aussichtsreichste Taktik besteht in konsequenter Maßnahmen zur Stärkung der



Bei dem auf fünf Jahre festgelegten Programm zur Erforschung des Erdinneren wurde in der VRP bereits eine Bohrtiefe von 6000 m erreicht. Unsere Bilder: Bohrturm für Tiefbohrungen; Kollektiv der Bohrmannschaft.

Fotos: ZAF-TASS

Opposition und zur Schwächung der kommunistischen Partei."

Hierfür, schreibt Brzezinski, sei es notwendig, die Umwandlung Polens in eine Gesellschaft zu fördern, die sich weitgehend vom sowjetischen Modell unterscheide. Das könnte zur Entwicklung eines analogen Prozesses in anderen sozialistischen Ländern beitragen. Auf jeden Fall würde das deren Politik und Wirtschaftslage komplizieren. Brzezinski appelliert, die antikommunistische Bearbeitung der polnischen Öffentlichkeit zu verstärken. "Die Propaganda muß auf die Unvereinbarkeit der Interessen Polens mit dem kommunistischen Modell konzentriert sein."

Versuche, all diese Zielsetzungen zu verwirklichen, lassen sich deutlich bei einer Analyse des Zusammenwirkens des CIA-Rundfunksenders "Free Europe" (RFE) und der antikommunistischen Kräfte in Polen verfolgen. Im August 1980 ging RFE dazu über, rund um die Uhr nach Polen zu senden. Instruktionen wurden ausgestrahlt, welche Forderungen an die Behörden gestellt, wie die Streikkomitees gestärkt werden sollten usw. Als RFE eine Hetzkampagne zur Untergrabung des Ansehens der Milizorgane einleitete, begannen die KSS-KOR-Anhänger, Flugblätter mit Attacken gegen die Sicherheitsorgane zu verbreiten.

Brzezinskis Geheimplan übergang auch nicht die Frage, wer die konterrevolutionären Pläne des Imperialismus ausführen sollte.

"Die polnische Opposition, unterstützt von der katholischen Kirche", heißt es in dem Brzezinski-Papier, "muß sich vor allem aus Menschen rekrutieren, die prowestlich eingestellt sind und Erfahrun-



gen im Kampf gegen die bestehende Ordnung haben. Die aus halboffiziellen und illegalen Gruppierungen gebildete Opposition vermag eine liberale Bewegung des Volkswiderstandes zu bilden, wobei sie Arbeiter, Bauern, Intelligenz und Studenten für sich gewinnt. Zu einflußreichen Oppositionellen muß enger Kontakt hergestellt werden."

Eine besondere Rolle bei der Ausführung der Pläne der Konterrevolution sollte laut Brzezinski die Jugend spielen. Er schrieb: "Kontakte mit Jugendgruppen, die das Streben bekunden, mit dem Westen zusammenzuarbeiten, schaffen eine gute Grundlage für die Verwirklichung unserer Pläne. Von Interesse sind Gruppierungen junger Anarchisten, die Aktivitäten innerhalb wie außerhalb Polens entwickeln."

"Alles, was uns zur Verfügung steht, muß zur Durchsetzung einer prowestlichen Politik und Wirtschaftsorientierung in Polen eingesetzt werden", rief Brzezinski auf. "Unsere Anstrengungen müssen darauf gerichtet sein, zur Destabilisierung in Polen beizutragen."

Im Brzezinski-Plan zeigten sich deutlich die Gangstermethoden der US-Politik. In ihm kann man unschwer eine Vielzahl von Beweisen entdecken, die die USA der groben Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens überführen. Nicht durch Schuld des Weißen Hauses scheiterten dessen politische und wirtschaftliche Diversionsakte und die ideologische Aggression gegen das polnische Volk. "Die polnischen inneren Angelegenheiten werden, so wie bisher, nur von Polen geregelt werden. Das sozialistische Polen kann stets auf die moralische, politische und ökonomische Unterstützung der sozialistischen Brüderländer rechnen", hieß es in der Prager Politischen Deklaration.

"Die Imperialisten geben ihre Pläne für einen Wirtschaftskrieg gegen die sozialistischen Länder und für eine Einmischung in deren innere Angelegenheiten nicht auf; sie hoffen, deren Gesellschaftsordnung erschüttern zu können, sie versuchen, militärische Oberlegenheit über die UdSSR und über alle Länder der sozialistischen Gemeinschaft zu erlangen", sagte Juri Andropow in dem Bericht "Der sechzigste Gründungstag der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken". "Diese Pläne sind natürlich zum Scheitern verurteilt. Niemand ist imstande, die historische Entwicklung rückgängig zu machen. Die Versuche, den Sozialismus 'zu erdrosseln', schlügen sogar in jener Zeit fehl, als der Sowjetstaat erst auf eigenen Füßen zu stehen begann und das einzige sozialistische Land in der Welt war. Um so weniger wird jetzt etwas daraus werden."

Die Imperialisten sollten das endlich begreifen.

B. BANNOW

FRIEDE DEINEM HERDE

Von unserem Sonderberichterstatter
Boris PIITSCHIK

"Land der Berge und Berg der Sprachen" — so nennen die Einwohner Dagestan liebenvoll ihre Heimat. In dieser kleinen autonomen Sowjetrepublik leben an die 30 Völkerstaaten, die ihre Besonderheiten, die Züge ihres nationalen Charakters, ihre Sprache und Traditionen bewahren, einträglich zusammen und nehmen aktiv an der schöpferischen Arbeit des ganzen großen Sowjetlandes teil.

Am Sulak

Die Bergstraße macht unerwartet eine steile Wendung, und wir sind plötzlich am Ufer eines türkisfarbenen Sees. Der Stausee des Wasserkraftwerkes Tschirkei ist Reiseführern zufolge 42 qkm groß. Erst vom Kamm des Staudamms aus werden einem die enormen Dimensionen dieses trotz seiner Größe eleganten Bauwerkes von 233 m Höhe deutlich. Die Menschen vor der Maschinenhalle und unser Auto unten scheinen winzig zu sein.

Der Sulak-Fluß, an dem dieses Großobjekt der kaukasischen Energiewirtschaft entstand, gilt für den Bau wirtschaftlicher und leistungsfähiger Wasserkraftwerke als besonders geeignet. Zu seinem Einzugsgebiet gehören 114 Gletscher, Quellen des besonders im Sommer so kostbaren Naß. Der Fluß fließt in den Bergen, und die Berge sind bekanntlich stets eine Bewährungsprobe für die Menschen. Wiederholte mußten sich auch die Erbauer der Sulak-Kaskade bewähren. Am WKW Tschirkei verursachte ein Erdbeben auf dem Höhepunkt der Arbeiten einen 150 m tiefen Spalt im Felsen. Auf dem Bauplatz des WKW Miatli rutschte eine Felsmasse von fast zwei Mio Kubikmetern um 40 m von dem Berg gegenüber der künftigen Bogenstaumauer herunter. Im ersten Fall mußte eine überaus komplizierte Zementierung des Staudammfundaments vorgenommen, im zweiten ein neuer Standort für den Kraftwerksbau gesucht werden.

Der feste Wille der dagestanischen Bauleute und ihrer Helfer aus anderen Republiken (an der Kaskade arbeiten Vertreter von 50 Nationalitäten) hat tiefe Wurzeln. In den ersten Jahren der Sowjetmacht riet W. I. Le-

nin den Kommunisten des Kaukasus, große Vorhaben zur Elektrifizierung, Bewässerung, Nutzung der Wasserkraft und der enormen Reichtümer der Region in Angriff zu nehmen. Auf diesen Brief antwortend, erklärte die erste dagestanische Konferenz der Kommunisten am 30. November 1921: "Genosse Lenin, der selbst nie hier war, hat mit seinem Genius den einzigen richtigen Weg erfaßt..."

Natürlich setzte sich die Elektrifizierung Dagestans wie alles Neue in der Region nur mühsam durch. Im März 1925 richteten die dagestanischen Behörden an das Staatlische Plankomitee, an Gleb Krshishawski, die Bitte, noch einmal zu überprüfen, ob es nicht möglich sei, aus den damaligen bescheidenen Mitteln des Staates zumindest etwas Geld zur Fortführung der Energievorhaben bereitzustellen. "Auf unseren kleinen Bergeseln", schrieben die Dagestaner nach Moskau, "auf unsren unter den Bergwinden schwankenden Stieren, auf den durchständigen Hunger ausgezehrten Muskeln unserer Armen kann man nicht weit kommen, und deshalb brauchen wir mehr als alle anderen die Elektrifizierung."

Das WKW Tschirkei arbeitet bereits einige Jahre mit seiner vollen Leistung von 1 Mio kW. Und der gesamte damals als phantastisch geltende GOELRO-Plan beinhaltete den Bau von 30 Kraftwerken mit einer Gesamtleistung von 1,75 Mio kW.

Tausende Bauleute sind schon von hier den Sulak hinuntergezogen, wobei sie den Betriebsarbeitern neben dem Wasserkraftwerk die Ortschaft Dubki zurückließen. Umgeben von einem Eichenhain auf dem Chadum-Berg gibt es da mehrgeschossige Häuser, Schulen, Kinderkrippen und -gärten, Geschäfte, Gaststätten, ein Schwimmbekken...

Seit der Inbetriebnahme des WKW Tschirkei gibt Dagestan, das noch vor wenig mehr als einem halben Jahrhundert abends in völlige Finsternis versank, jetzt großzügig Strom an die Nachbarvölker des Kaukasus und an die Ukraine ab. Und auch in Dagestan selbst werden viele Probleme der Bewässerung, der Wasserversorgung der Städte, der Fischerei, des Tourismus und der Freizeitgestaltung erfolgreich gelöst. Die Errichtung der Kaskade wirkt sich segensreich auf die Veränderung der klimatischen Bedingungen einer großen Region aus.

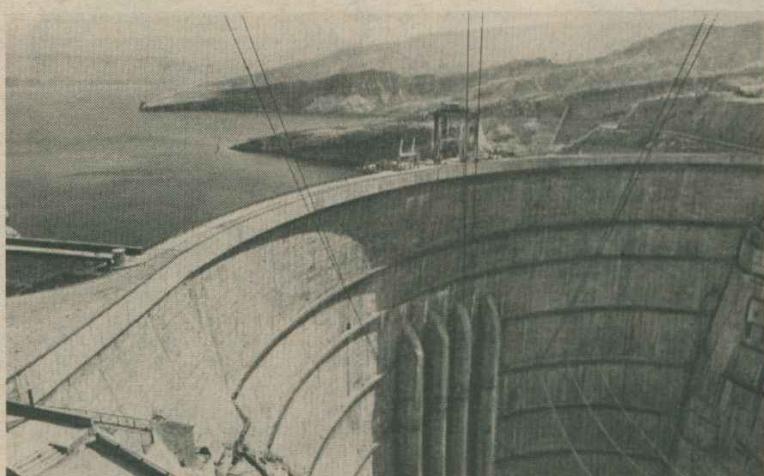
Das Leben schmücken

In Dagestan sagt man: "Weinstöcke pflanzen heißt das Leben schmücken." Doch Weinstöcke in Dagestan zu pflanzen bedeutet, ein großes gesamtstaatliches Programm zu erfüllen. Obgleich die Dagestanische ASSR nur 0,3% der Fläche der Russischen Föderation ausmacht, liefert sie bereits jetzt über 30% des gesamten Weins der RSFSR. Und die Pläne sind noch umfassender.

Für den Laien ist der Weinbau nur die Ernte saftpraller Trauben. Doch damit solche Trauben wachsen, arbeitet der Winzer vom zeitigen Frühjahr bis zum späten Herbst. Erst

Das künstliche Meer am gigantischen Staudamm des Wasserkraftwerkes Tschirkei

Foto: TASS



MÖRDER AUS PRETORIA

Die Menschheit hat schon unzählige Verbrechen miterleben müssen. Erinnern wir uns nur an Song My, an Sabra und Shatila, an die Dörfer in El Salvador, die von Mordkommandos dem Erdoden gleichgemacht wurden. Erinnern wir uns schließlich, daß seit 1976 allein "auf gerichtlichen Beschuß" über tausend Menschen in der RSA hingerichtet wurden. Und doch hat die Hinrichtung der drei afrikanischen Patrioten, die die rassistischen Henker im Morgengrauen des 9. Juni vollzogen, die Welt besonders empört.

Warum? Vor allem, weil dieses Verbrechen demonstrativ, bei offener Mißachtung der Weltöffentlichkeit verübt wurde. Und nicht allein der Öffentlichkeit. Am Vorabend der Hinrichtung appellierte ein so angesehenes Organ wie der UNO-Sicherheitsrat an die RSA-Behörden, die Urteilstvollstreckung der drei Afrikaner auszusetzen. Dieser Appell erfolgte einstimmig, was im Sicherheitsrat nicht häufig der Fall ist. Für den Aufruf stimmten alle Ratsmitglieder, darunter die Vertreter der Westmächte, deren Haltung man in Pretoria eigentlich hätte berücksichtigen sollen.

Und dort wurde deren Haltung berücksichtigt — doch nicht jene, die durch die Abstimmung im Rat zur Schau gestellt wurde, sondern die wahre Position, die täglich und ständig ihre praktische Verkörperung findet. In jener politischen, wirtschaftlichen, ja und mit Verlaub gesagt moralischen Unterstützung, die der Westen dem Rassistenregime ständig erweist. Kein anderer als US-Präsident Reagan persönlich proklamierte die RSA offiziell zum "befreundeten Land" mit allen sich daraus ergebenden Privilegien für die Rassisten. Die zunehmenden Profite der US-Konzerne, die sich dort an der Sklavenarbeit der Afrikaner bereichern, die so dringend benötigten Rohstoffe und schließlich die strategische Lage Südafrikas diktieren Washington diesen Kurs. Doch nicht nur... Deutlich wird auch die Seelenverwandtschaft, denn die Innen- und Außenpolitik der Reagan-Administration ist von rassistischer Mißachtung der Farbigen, der nichtweißen Völker durchdrungen. Kein Wunder, daß da die Henker von Pretoria meinten, Apartheidgegner ungestraft hinrichten zu können.

Doch nein, nicht ungestraft. Die Massenproteste, die in den letzten Tagen die RSA aufwühlten, machen das ganz deutlich. Und das ganze unabhängige Afrika wird dieses Verbrechen nicht verzeihen.

D. ANTONOW

gegen Ende des Sommers kann geerntet werden. In Gedshuch, in dem Sowchos, den die stellvertretende Vorsitzende des Dagestanischen Friedenskomitees, Firjusa Burlakowa, leitet, ist das die Norm: Jeder bringt mindestens 1300 kg Trauben täglich ein...

Der Sowchos hat die Wirtschaft mit den im Kaukasus berühmten Weronzow-Weinkellern übernommen. Natürlich sind die Dimensionen heute andere, die Weinstöcke haben um ein Vielfaches zugenommen, und die Lagerräume wurden ausgebaut. Im Sowchos werden Weine vieler Marken gekeltert, doch besonders stolz ist man auf den "Dagestan", einen rubin- bis dunkelgranaaffarbenen Wein.

Die Weinbauern trinken in der Regel selbst sehr wenig, doch sprechen können sie endlos über den Wein...

Um davon etwas für die Nachwelt zu bewahren, begeisterte sich Firjusa vor einigen Jahren für den Gedanken, im Sowchos ein Museum einzurichten. Sogar den Platz dafür bestimmte sie: Sobald das neue Kulturhaus fertiggestellt sein wird, soll das alte Klubgebäude dafür dienen. Doch bis dahin behielt sie ihren Plan für sich. Nur die Söhne wunderten sich: Warum bringt die Mutter auf einmal insgeheim uralte Sachen mit nach Hause und stapelt sie im Schuppen? Alte Lederstiefel der Bergbewohner, riesige spangrune Kupferteller, auf denen den Hochzeitsgästen früher Chalwa gereicht wurde, und vieles andere. In der Erntezeit rollen unzählige Autos direkt von den Pflanzungen auf das Werksgelände

und laden die sonnigen Trauben Tonne für Tonne am Anfang des Förderbandes ab — darunter auch der Wagen des Sowchos-Veteranen Gamsat Mirsajew. Den letzten Krieg erlebte er als 15jähriger. Als junger Mann im Dorf rackerte er sich damals entsetzlich ab. Er erinnert sich, wie er auf dem klappigen Traktor arbeitete, jedes Mal solange, bis er am Steuer erschöpft einschlief. Erinnert sich, wie er einmal die ganze Nacht über in der Steppe fürchterlich geweint hat, weil er die erschöpften Stiere nicht hochbekommen konnte. Jetzt ist Gamsat das Oberhaupt einer großen Familie. Mit eigenen Händen hat der alte Darginer ein zweistöckiges Haus errichtet...

"Der Mensch kann alles, wenn man ihn nicht dabei stört. Und der Krieg? Nur Wahnsinnige können vergessen, welche Leiden er bringt. Wir in Dagestan haben mehr Grabdenkmäler für die Gefallenen im Großen Vaterländischen Krieg als wir Häuser hatten, als diese jungen Leute in den Krieg zogen."

...Im neuen Kulturhaus herrscht Hochbetrieb. Fast fertiggestellt ist auch das Museum. Dokumente der ersten Revolutionsjahre... Bilder jener, die einst dieser Region Ruhm brachten, und jener, die jetzt vortrefflich arbeiten. Die Mechanisatoren haben ihren eigenen Stand gestaltet — wie die Maschinen und der elektrische Strom den Charakter der landwirtschaftlichen Produktion veränderten. Das Kollektiv des Krankenhauses zeigt, wie in Gedshuch das heutige hochentwickelte Gesundheitswesen entstanden ist. Neben einem Schrank mit zahlreichen Sporttrophäen des Kollektivs hängen

Zeichnungen aus dem Kindergarten. Schon mehrere Jahre brauchen die Mütter dort nichts mehr zu bezahlen.

Die Bergbewohner begrüßen sich mit den Worten: "Frieden deinem Herde." Diesen Gruß hörten wir auf der 4. Republikkonferenz der Friedensanhänger, Ende Mai in Machatschkala. Diese Worte waren das Leitmotiv des Berichts der Vorsitzenden des Republikfriedenskomitees, der Volksdichterin Fasa Alijewa, gerichtet nicht nur an ihre Landsleute, sondern an alle Menschen der Erde.

Aufgerufen von dieser Konferenz, werden die Werktätigen der Bergrepublik am Ufer des Kaspischen Meeres am 22. Juni zur Friedenswacht heraustreten. Beim Bau des WKK Miatli werden der Bergsteiger Telekaw Telekajew, ein Konferenzdelegierter, zusammen mit seinen Kollegen auf Friedenswacht stehen, im Sowchos Gedshuch, bei der Gerstenernte der Fahrer und Veteran Gamsat Mirsajew und seine Freunde. Sie widmen ihre Arbeit zwei Ereignissen: dem Ruhm der sowjetischen Soldaten im Großen Vaterländischen Krieg sowie der Prager Weltversammlung für Frieden und Leben, gegen Atomkrieg. Die Friedenswacht an einem solchen Tag ist eine Brücke vom schrecklichen Leid des Krieges gegen den Hitlerfaschismus in das Heute, das getragen ist von der großen Sorge der Völker angesichts einer neuen, noch entsetzlicheren Bedrohung. Doch zugleich zeigt sie die Gewißheit der sowjetischen Menschen, daß die Kräfte des Schöpfertums letztlich über die Kräfte der Zerstörung triumphieren werden.

Machatschkala-Moskau

TOKIOTER NATO-ANBETER

Für das Verhalten Premierminister Nakasone in Williamsburg hatten die japanischen Zeitungen und Zeitschriften eine ganze Palette von Wertungen: von scharfer Kritik bis zu begeisterten Elogen. Bei aller Unterschiedlichkeit der Wertungen sind sich die Kommentatoren aber darüber einig, daß Tokio einen politischen Schritt von großer Tragweite getan hat.

Kurz vor der Abreise der japanischen Delegation in die USA veröffentlichten dortige Zeitungen eine Reihe Erklärungen von Diplomaten und Handelsvertretern der USA, worin sie Japan wegen "ungeeigneter Anstrengungen im Verteidigungsbereich" und einer "aggressiven Handelspolitik, die Millionen Amerikaner um ihre Arbeit bringt", kritisierten. Die ebenfalls damals veröffentlichten Ergebnisse öffentlicher Meinungsumfragen in den USA zeigten: Die Forderungen nach protektionistischen Maßnahmen gegen die japanischen Waren werden immer lauter. Eine solche Artillerievorbereitung kündigte heftige Diskussionen in Williamsburg an. Aber trotz der alten Leier von japanischer Handelsaggression hörte Nakasone gleich bei seinen ersten Schritten über den grünen Rasen Williamsburgs ganz andere Töne.

Nach dem Abspielen der Hymnen schmetterte ein Orchester der US-Marineinfanterie plötzlich einen bravurösen Marsch der kaiserlichen Kriegsflotte. Für die Japaner ist dieses Stück eine Visitenkarte des Militarismus. Nur Neofaschisten wagen, ihn bei ihren Zusammenrottungen öffentlich zu spielen. Das war ein recht seltsames Geschenk für den ehemaligen Offizier der kaiserlichen Kriegsflotte Nakasone zu seinem 65. Geburtstag. Journalisten aus seiner Begleitung interpretierten es als Aufforderung an Japan, sich in Reagans Strategie des kalten Krieges noch aktiver einzuschalten. Verlauf und Ausgang der Konferenz zeigten: Die Aufforderung war gehört worden.

Nach Ansicht von Beobachtern trug der japanische Premierminister sehr viel dazu bei, daß der Schwerpunkt der Verhandlungen von den unlösbarsten Handels- und Wirtschaftsproblemen auf die militär-politischen Probleme verlegt wurde. Sein Enthusiasmus wird nicht nur aus seinem Wunsch heraus erklärt, Reagan, den Nakasone als seinen persönlichen Freund betrachtet, zu helfen, auch nicht aus dem begreiflichen Wunsch, einer Kritik wegen der Handelspolitik der japanischen Firmen auszuweichen. Wie mir ein japanischer Journalist sagte, gehe es Nakasone um die Festigung seiner Position in der Liberal-Demokratischen Partei, und so bemühe er

sich um das Image des ersten Premierministers der Nachkriegszeit, der es fertiggebracht habe, mit den westlichen Spitzengenossen von gleich zu gleich zu sprechen und das Außenpolitische Prestige Japans hoch genug zu heben.

Bei bilateralen Treffen mit den Regierungschefs der westeuropäischen Länder setzte sich Nakasone dafür ein, in Westeuropa amerikanische Pershing 2 und Flügelraketen mit Kernsprengköpfen zu stationieren. Nakasone war es, der darauf bestand, den Satz über die "Unteilbarkeit der Sicherheit unserer Länder, die auf globaler Basis betrachtet werden muß", in die politische Deklaration aufzunehmen.

Darüber hinaus versuchte Nakasone, wie auch angenommen worden war, sich als Sachwalter der Entwicklungsländer, darunter der ASEAN-Staaten, und sogar Chinas aufzuspielen. Ebenfalls wie angenommen, rief Nakasone hartnäckig zur Bekämpfung der protektionistischen Tendenz im Welthandel auf. Und doch befand die japanische Presse vor allem, daß Nakasone sich für neue US-Raketen in Europa einsetze, und den Umstand, daß das "globale Herangehen" an die militärischen Probleme nunmehr rechtsgültig sei.

Die "Asahi" schreibt: "Warum benahm sich Japan als folgsamer Bannerträger der USA und trug zur Annahme stark politisch gefärbter Erklärungen bei? Ministerpräsident Nakasone spielte die Hauptrolle in der politischen Show, zu der Ronald Reagan das Drehbuch geschrieben hatte." "Tokyo Shimbun": "Alles sah so aus, als schürte Japan die antisowjetischen Stimmungen in den westeuropäischen Ländern. Nakasone traf eine gefährliche politische Wahl, indem er die Verbindungen zu den NATO-Mitgliedern festigte." Die Zeitung "Sankei" schrieb im Artikel "Epochales Ereignis" begeistert: "Man kann sagen, daß auf dem Treffen die politische Struktur eines kollektiven Sicherheitssystems der sieben entwickelten Nationen geschaffen wurde. Das ist eine historische Leistung, da erstmalig die Kontakte zwischen Japan und der NATO im Sicherheitsbereich offiziell bekanntgegeben wurden."

Genau! Von dem Wunsch Tokios, sich vor den Streitwagen der NATO einspannen zu lassen, weiß man nicht erst seit gestern. Bei seiner Januarreise durch die westeuropäischen Hauptstädte sondierte Außenminister Abe, meint der Pariser "Monde", wie sich die NATO-Länder zu einem Japan als assoziiertes Mitglied verhalten würden. Abe wollte ferner die Einrichtung eines Konsulta-

tionsmechanismus erreichen. Damals sorgte die französische Regierung dafür, daß der "Sondierung" ein Ende gesetzt wurde. Doch sollte man die Beharrlichkeit der Japaner beim Verfolgen einmal gesetzter Ziele nicht unterschätzen. Im April verlautete in Tokio, dem Nationalen Verteidigungsamt sei von Paris offeriert worden, in Tokio regelmäßig Konsultationen abzuhalten, ähnlich denen, wie sie zwischen Diplomaten der NATO-Staaten und den dort akkreditierten japanischen NATO-Experten in Brüssel stattfinden. Apropos Experten. Die japanische Botschaft in Brüssel werde, wie mir meine Kollegen erzählten, von einem ehemaligen Beamten der Geheimpolizei geleitet. Seine Hauptaufgabe bestehe darin, die Spionagetätigkeit gegen die sozialistischen Länder mit einer ebensolchen Tätigkeit der Geheimdienste der NATO-Länder zu koordinieren und die Informationen auszutauschen. Ein weiterer Strich. Die Kampfausbildung der japanischen Seestreitkräfte erfolgt nach Programmen für die NATO und die ANZUS. Beim RIMPAC-Manöver üben Schiffe der japanischen "Selbstverteidigungskräfte" zusammen mit Flottenverbänden der USA, Australiens und Kanadas gemeinsame Kampfhandlungen, wie sie im "Alliierten Ausbildungsprogramm" vorgesehen sind. Ins Gewicht fällt, daß die japanischen Streitkräfte bereits einige NATO-Standardwaffen und -ausrüstungen im Arsenal haben. Nun sei nach Ansicht der "Sankei" "die politische Struktur eines kollektiven Sicherheitssystems" geschaffen worden.

Formen der eventuellen Zusammenarbeit der NATO mit Japan lassen sich kaum voraussagen, doch ist es klar, daß die USA das Ziel verfolgen, ihren Traum von einem unter ihrer Kontrolle stehenden Superblock zu realisieren. Ihm würden die Teilnehmerstaaten sowohl multilaterale Blöcke vom Schlag der NATO als auch bilaterale "Sicherheitsverträge" wie des amerikanisch-japanischen und des amerikanisch-südkoreanischen angehören. Die Weltkarte in ein Mosaik zu verwandeln, dessen einzelne Teile dicht an die Grenzen der sozialistischen Staaten geschoben werden: Dazu tat man in Williamsburg einen weiteren Schritt.

Die Folgen der offiziellen Einbeziehung Tokios in die NATO-Strategie können mehrere Aspekte haben. Ein japanischer Aspekt: Die Grundlagen der geltenden Verfassung, die den Verzicht auf die Anwendung von Militärgewalt proklamiert und eine Teilnahme des Landes an militärischen Anstrengungen gemeinsam mit anderen Ländern ablehnt, weiterhin zu untergraben. Dann wird das Fragezeichen, das immer häufiger hinter die drei "kernwaffenfreien Prinzipien" der Regierung gesetzt wird, noch dicker. Ein asiatisch-fernöstlicher Aspekt: Zu erwar-

ten sind eine Erweiterung der militärischen Zusammenarbeit der USA mit Südkorea und das weitere Drängen darauf, daß die ASEAN zu einem mit Washington und Tokio verbundenen Militärblock ausgebaut werde.

In diesem Zusammenhang noch ein paar Tatsachen. Die bevorstehende Stationierung von 50 F-16-Jagdbombern, die Kernwaffen befördern können, auf Misawa. Die Verstärkung des auf japanische Häfen gestützten US-Flottenverbandes mit dem Linienschiff "New Jersey", das Tomahawk-Raketen an Bord hat, und dem neuesten nuklearen Flugzeugträger "Karl Vinson". Die Erklärungen darüber, daß "unter außerordentlichen Umständen" die Seestraßen, die sowjetische Schiffe passieren, vermint und blockiert werden.



Der "unversenkbarer Träger" der Tokioter Falken droht das Schiff mit der Aufschrift "Japans Verfassung" zu torpedieren

Aus: "Akahata" (Japan)

Schließlich zirkulieren unter den Tokioter Journalisten Gerüchte über die Möglichkeit, daß auch in Japan — bald nach der geplanten Stationierung in Westeuropa — bodengestützte Flügelraketen aufgestellt werden sollen.

Bei seinem Washington-Besuch im Januar versprach Nakasone, Japan zu einem "unversenkbaren Flugzeugträger" zu machen. In Williamsburg nahm er Kurs auf Annäherung an das NATO-Geschwader, das dem amerikanischen Flaggschiff folgt. Was verspricht dem japanischen Staatschiff das Treiben in den unbekannten Gewässern des Atlantismus, wird es die gefährlichen Klippen umfahren können und sich nicht in irgendeinem "Dreieck" verlieren? Diese Fragen stellen jetzt Politiker, Vertreter der Öffentlichkeit, Journalisten, Wissenschaftler, alle denkenden Japaner.

J. TAWROWSKI
Eigenbericht

NAMIBIA

OHNE AUFSCHUB

Das war nicht zu überhören. Bombeneinschläge gehen nicht in aller Stille vor sich. Die Explosionen in den Arbeitervierteln von Matola (Mosambik), 20 Meilen von der Hauptstadt Maputo entfernt, waren auch im Wolkenkratzer am New Yorker East River zu vernehmen. Sie bildeten die dramatische Einleitung zu Sitzungen des Sicherheitsrats, auf denen die RSA, schuldig an dem jüngsten Verbrechen, gemeinsam mit ihren freiwilligen Helfershelfern auf die Anklagebank kam.

Die Sitzungen befaßten sich mit der Lage in dem von den RSA-Rassisten widerrechtlich besetzten Namibia. Der Rahmen der Debatte erwies sich jedoch als sehr viel breiter, weil die Bedrohung der unabhängigen afrikanischen Staaten durch das Rassistenregime immer bedrohlicher wird, je weiter man die Entscheidung des Namibia-Problems hinauszögert.

Die UNO hat ihre Haltung zum Namibia-Problem eindeutig klargelegt. Dazu gibt es vielerlei Beschlüsse, denn die Namibia-Frage wurde vom Sicherheitsrat mehrfach behandelt. Seit 1964 befaßten sich damit alle Tagungen der Vollversammlung, zwei Sonder- und eine außerordentliche Tagung, die Pariser Konferenz von 1981 zur Ausarbeitung von Sanktionen gegen die RSA, die kürzliche internationale Konferenz in Paris zur Unterstützung des Unabhängigkeitskampfes des namibischen Volkes und die Konferenz der Nichtpaktgebundenen in Delhi. Der Sinn dieser Beschlüsse besteht in der Beseitigung des kolonialen Herrschaftssystems und der Machtübergabe an die wahren Repräsentanten des namibischen Volkes in Gestalt der SWAPO.

Erinnern wir, daß die Vollversammlung 1966 das Mandat der RSA für die Verwaltung Namibias annullierte und damit ihre weitere Präsenz in diesem Land als widerrechtlich anerkannte.

Das UNO-Mitglied RSA ignorierte den Willen der Weltgemeinschaft weiter, den sie in der Resolution 435 des Sicherheitsrats für die Gewährung der Unabhängigkeit Namibias bekundet hatte. Sie impliziert die Unterzeichnung eines Abkommens über die Feuerstellung zwischen den südafrikanischen Besat-

zungstruppen und der SWAPO, den Einsatz militärischer und ziviler UNO-Kontingente für Beistand in der Übergangszeit, freie und gerechte Wahlen unter UNO-Beobachtung und -Kontrolle und den Verzicht auf jegliche innere Regelung, die dem namibischen Volk vom südafrikanischen Regime ausgewählte Marionetten aufzwingen könnten.

Die Initiative zur Ausführung der Resolution 435 übernahm die sogenannte Kontaktgruppe aus 5 westlichen Staaten (USA, Großbritannien, Frankreich, BRD und Kanada). Ihre Tätigkeit lief jedoch allmählich auf eine Revision der von der UNO vorgeschlagenen politischen Regelung hinaus. Die Gruppe versuchte eindeutig, das Problem auf ihre Weise, genauer unter Umgehung der UNO, zu lösen.

Gegen Ende 1980 wurde eine Konferenz in Genf vorgeschlagen, um zu einer endgültigen Übereinstimmung zu gelangen. Bei der Begrüßung der Delegationen in Genf hob der UNO-Generalsekretär hervor, "unser Hauptziel hier ist ein Abkommen, um den gesamten Prozeß im März 1981 in Bewegung zu bringen, so daß die Unabhängigkeit Namibias 1981 erreicht werden könnte". Der SWAPO-Vorsitzende Sam Nujoma erklärte seine Bereitschaft zur Unterzeichnung des Abkommens über die Feuerstellung und die sofortige Ausführung des UNO-Plans. Das geschah jedoch nicht. Am 7. Verhandlungstag teilte der RSA-Vertreter mit, sein Land sei nicht zur Verwirklichung des Plans bereit, und das Treffen wurde abgebrochen. Gleichzeitig ging die RSA zu unprovokierten Angriffen gegen die Volksrepublik Angola über.

Angesichts dieser Herausforderung verlangten die afrikanischen Staaten die Einberufung des Sicherheitsrats sowie Sanktionen gegen die RSA, wie sie in Kapitel 7 der UNO-Charta vorgesehen sind. Der Versuch, Pretoria wegen des bewußten Abbruchs der Verhandlungen und des Angriffs auf einen souveränen Staat zu verurteilen, blieb wegen des Vetos dreier westlicher Mitgliedsländer der "Kontaktgruppe" erfolglos. Es ist wohl

nicht verwunderlich, daß die RSA diese Handreichung nutzte, um ihre Einmischung auszudehnen, und im August 1981 eine großangelegte Invasion gegen Angola startete. Seither stehen die südlichen Landesteile der Republik unter ständiger Besetzung.

All das geschah kurz nach dem Amtsantritt der neuen US-Administration. Washington gab die neue Phase seiner Zusammenarbeit mit dem südafrikanischen Regime im Rahmen der sogenannten konstruktiven Beteiligung und einer Erneuerung des UNO-Plans für Namibia bekannt. Neue Begriffe wie Ergänzung der Resolution 435 tauchten auf. Der RSA wurde das faktische Votorecht in bezug auf die Ausarbeitung der Grundlagen der künftigen Verfassung eingeräumt und ein Wahlsystem nach dem Prinzip "eine Person — zwei Stimmen" vorgeschlagen, das darauf abzielte, den Einfluß der SWAPO auf ein Mindestmaß zu begrenzen und die Möglichkeiten der weißen Gemeinde bei den Wahlen zu stärken.

Mitte 1982 konnte die "Kontaktgruppe" erneut mitteilen, die RSA habe einer Kompromißlösung zugestimmt. Doch auch diesmal wandte sich die RSA auf Betreiben Washingtons erneut von den übernommenen Verpflichtungen ab. In seiner Rede in Nairobi im November v. J. verkündete der Vizepräsident der USA, der "Abzug der kubanischen Truppen aus Angola bei einem gleichzeitigen Abzug der RSA aus Namibia ist die Hauptvoraussetzung für eine Regelung". Die berüchtigte "Verknüpfung" wurde zum Vorwand, der den Rassisten erlaubte, von Verhandlungen abzurücken.

Ein wichtiges Ergebnis der jetzigen Sicherheitsratssitzung war, daß die

sozialistische Ländergemeinschaft, die "Frontstaaten" im Süden Afrikas und die nichtpaktgebundenen Länder die Versuche der "Kontaktgruppe", das Problem auf ihre Weise zu lösen, durchkreuzen konnten. Die UNO hat die Namibia-Frage wieder.

Unter dem Strich lassen sich drei Standpunkte ausmachen, die während der tagelangen Diskussionen zutage traten. Der erste ist die Einstellung Pretorias, dessen Vertreter erklärte: "Die RSA hat niemals der Ansicht der UNO zugestimmt, daß die Präsenz der RSA in diesem Gebiet (Namibia) widerrechtlich sei."

Der zweite Standpunkt wurde von den Mitgliedern der "Kontaktgruppe" verkündet. Sie predigten erneut "Geduld" ("Ungeduld könnte lediglich zu neuen Hindernissen führen", versicherte der Vertreter der BRD).

Der dritte Standpunkt wurde einmütig von den übrigen Sitzungsteilnehmern zum Ausdruck gebracht. Sie verurteilten entschieden die Politik Pretorias und ihres Hauptverbündeten Washington sowie die eigenmächtige Einmischung der "Kontaktgruppe". Der Vertreter Benins äußerte dazu, das "einzig echte Resultat ihrer Arbeit in diesen fünf Jahren ... besteht darin, daß die 'Kontaktgruppe' Südafrika geholfen hat, Zeit zur Stärkung seiner Positionen und zur besseren Ausbeutung der riesigen Reichtümer Namibias zu gewinnen". Ebenso entschieden verurteilten die Sitzungsteilnehmer die "Verknüpfung" der Frage des Abzugs der südafri-

kanischen Truppen aus Namibia mit der Präsenz des auf Ersuchen der Regierung Angolas dort stehenden kubanischen Kontingents. Die Haltlosigkeit von "Verknüpfungen" und Vorbedingungen wurde vom Vertreter Afghanistans deutlich gemacht, der betonte, erstens sei die Namibia-Frage im wahrsten Sinne des Wortes ein Problem der Entkolonialisierung. Sie im Zusammenhang mit der Konfrontation zwischen Ost und West darzustellen, wäre ein vergeblicher Versuch, die Bedeutung des Rechts aller Völker auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit herabzusetzen. Zweitens stelle gemäß der in der Resolution der 29. Vollversammlung enthaltenen Definition der Aggression die andauernde Okkupation Namibias durch Streitkräfte des rassistischen Südafrika einen offenkundigen Akt der Aggression dar.

Ferner hoben die Redner hervor, ein weiteres Zögern oder Unentschlossenheit gegenüber den Machenschaften der RSA würden lediglich zu einer weiteren Eskalation der Gewalt und des Blutvergießens, zur Verewigung des Apartheidsystems und zur Konservierung der Überbleibsel des Kolonialismus führen.

In seiner Resolution beauftragte der Sicherheitsrat den Generalsekretär zu Konsultationen mit den interessierten Seiten, um eine Feiereinstellung und die schnellstmögliche Erfüllung der Resolution 435 zu erreichen. Spätestens am 31. August soll der Generalsekretär ein Papier über die Ergebnisse der Konsultationen vorlegen. Der Sicherheitsrat entschloß sich in der gegenwärtigen Phase nicht zu Sanktionen, worauf viele gedrängt hatten. Der Grund dafür ist klar: Jeder entschiedene Schritt würde unweigerlich auf das Veto der Gönner der Rassisten stoßen. Wandlungen sind jedoch auch hier erkennbar. Der Vertreter Angolas betonte in der Debatte, gegenwärtig entwickle sich ein echter gemeinsamer politischer Wille zur friedlichen Beilegung der Namibia-Frage, und die besorgniserregende Ohnmacht der Weltgemeinschaft weiche einer neuen Entschlossenheit des Sicherheitsrats, gemäß dem ihm von der UNO-Charta auferlegten Mandat die erforderlichen Maßnahmen zur Wiederherstellung des Friedens im südlichen Teil Afrikas zu ergreifen.

J. GUDKOW
Eigenbericht

New York

DISKUSSION MIT DEM LESER

Die Sowjetunion zählt, wenn ich mich nicht irre, 100 Völker und Sprachen. Aber die erste Rolle spielt bei Ihnen doch die russische Sprache. Verletzt das nicht das nationale Empfinden der nichtrussischen Völker? Ich meine, ein Georgier z. B. wird sich stets als Georgier fühlen, und wenn er ausschließlich russisch sprechen müßte.

Jean Claude MASSIN
Paris, Frankreich



Es diskutiert
das Mitglied
des NZ-Redaktions-
kollegiums
Albert PIN

Zunächst zu den Zahlen, Herr Massin. In der UdSSR werden 128–132 Sprachen gesprochen. Die Differenz darf nicht verwundern, denn absolut genaue Angaben über die Anzahl der Sprachen gibt es weder in unserem noch in anderen multinationalen Staaten. Die Gründe sind unterschiedlich. Manchmal haben zwei Völker ein und dieselbe Sprache, wie z. B. die Kabardiner und die Tscherkessen oder die Karatschaier und die Balkaren (Völkerschaften im Nordkaukasus). Ferner ist man sich nicht immer darüber einig, was Sprache und was Mundart ist. Einige Fachleute betrachten z. B. gewisse "kleine" Sprachen Dagestans als Dialekte. Häufig gehen die Meinungen auch bei der Bestimmung der Anzahl der Völker in der UdSSR auseinander. Bei uns leben ja auch Angehörige von Nationen anderer Länder. Deshalb sprechen die Fachleute von etwa 130 Völkern und 130 Sprachen in der UdSSR.

Die Gleichheit aller unserer Völker und folglich auch ihrer Sprachen ist in der UdSSR garantiert. Nicht nur in allen Unions- und Autonomen Republiken, sondern auch in den Autonomen Gebieten und Autonomen Kreisen erscheinen Zeitungen und Zeitschriften in der Sprache der Hauptnationalität, sendet der Rundfunk in dieser Sprache und werden Bücher gedruckt. Der Unterricht erfolgt ebenfalls in der nationalen Sprache. Während der Sowjetmacht wurde das Schriftsystem vieler Völker vervollkommen, für einige haben Sprachwissenschaftler sogar erstmalig ein neues Schriftsystem geschaffen. Unter ihnen waren die Eskimos, die in mehreren Siedlungen des Autonomen Kreises Tschukotka und auf der Wrangel-Insel leben. Dieses Schriftsystem wurde auf der Basis jenes Dialekts geschaffen, den die Mehrheit dieser "kleinen" Völkergeschäft spricht. Gegenwärtig gibt es Fibeln, Lehr- und andere Bücher in der Eskimosprache.

So ist es nur logisch, daß die überwiegende Mehrheit der UdSSR-Bevölkerung (1979: über 93%) die Sprache ihrer Nationalität als ihre Muttersprache ansieht. Zugleich beherrschen immer mehr Menschen gegenwärtig auch eine zweite Sprache, am häufigsten Russisch, das kraft der Lebensbedürfnisse unseres gesamten gewaltigen Landes als Sprache des Verkehrs zwischen seinen einzelnen Völkern dient. Gemäß der Volkszählung 1979 beherrschen über 60% der nichtrussischen Bevölkerung der UdSSR das Russische. Übrigens war es als Sprache der zahlenmäßig stärksten Nation seit langem ein Mittel des wirtschaftlichen und kulturellen Austausches zwischen den verschiedenen Nationalitäten unseres Landes.

In der UdSSR wird die Beherrschung des Russischen neben der Muttersprache zu einer objektiven Notwendigkeit und einem Bedürfnis jedes Staatsbürgers. Ohne Russisch ist es unmöglich, an den geistigen Werten der sowjetischen und der Weltkultur, an den Leistungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu partizipieren. Das Russische erlangt besonders jetzt große Bedeutung, da die Wirtschaft der UdSSR einen einheitlichen volkswirtschaftlichen Komplex bildet. Die Verbreitung der russischen Sprache festigt die Freundschaft und Brüderlichkeit aller UdSSR-Völker und fördert die Konsolidierung des Sowjetvolkes als historische Menschengemeinschaft. Selbstverständlich verletzt das in keiner Weise die nationalen Gefühle der anderen Nationen und Völkerschaften. Der Wunsch, Russisch zu sprechen, verstärkt sich in unserem ganzen Lande. Mit der Schaffung von Bedingungen, die das Erlernen der russischen Sprache in den nationalen Republiken erleichtern, befähigt sich ein Beschuß, den vor kurzem das ZK der KPdSU und der Ministerrat der UdSSR angenommen haben.

Alle Sprachen sind wie gesagt gleichberechtigt. Aber welche Sprache die Sowjetbürger auch sprechen, welcher Nationalität sie auch angehören mögen, sie empfinden sich als ein einheitliches Volk, dem gemeinsamen Heimatland treu verbunden. Besonders deutlich zeigte sich das in den harten Jahren des Großen Vaterländischen Krieges. Davon zeugen auch die ganze Geschichte des multinationalen Sowjetstaates, der beispiellose Aufstieg der einst rückständigen nationalen Randgebiete des zaristischen

Rußland und ihre beschleunigte Entwicklung unter brüderlicher Hilfe des russischen und der anderen Völker des Landes.

Als Journalist habe ich die ganze UdSSR bereist. Ich traf Geologen aus Aserbaidschan im erdöltreichen sumpfigen Westsibirien, Ingenieure aus der Ukraine beim Verlegen einer Gasleitung in Turkmenien, Energetiker aus Moskau und Leningrad beim Bau von Wasserkraftwerken in Tadschikistan. Viele dieser Menschen, die sich an einem Großvorhaben beteiligen wollten, ließen sich in einer für sie früher fremden Gegend nieder und schlossen sie ins Herz.

All das ist für uns ganz natürlich. Auch die Liebe zur engeren Heimat, die Treue zu unserem gemeinsamen Vaterland und die Achtung vor den anderen Völkern sind für uns Tradition. Der große russische Dichter Nikolai Gogol antwortete auf die Frage, ob er sich als Ukrainer oder als Russe fühle: "Ich weiß selber nicht, welche Seele ich habe, ob ukrainisch oder russisch. Was ich jedoch weiß, ist, daß ich weder dem Kleinrussen vor dem Russen noch dem Russen vor dem Kleinrussen den Vorrang geben würde. Dazu sind beide Naturen von Gott viel zu sehr begnadet. Jede der beiden besitzt etwas, was die andere nicht hat — ein deutliches Zeichen dafür, daß sie einander ergänzen müssen."

Die Russen, die Georgier und die Angehörigen der anderen Nationen gedenken z. B. voller Achtung Fürst Bagratjons, eines Helden des Vaterländischen Krieges von 1812. Ein Nachkomme der georgischen Herrscher, vereinigte er in seinem Herzen die Liebe zu seinem Georgien und die Treue zum gemeinsamen Vaterland aller Völker des russischen Staates. Der machtvolle Elan, der das russische Volk in die Schlacht gegen Napoleons Horden warf, teilte sich ihm mit. Er blieb ein Sohn Georgiens, war aber zugleich auch ein Sohn Rußlands. Und das war kein Widerspruch.

Die Wechselbeziehung zwischen Nationalen und Internationalen ist gewiß sehr kompliziert und vielgestaltig. Auch in unserem Staat sind Äußerungen nationaler Überheblichkeit und einzelne einseitige Auslegungen der nationalen Geschichte nicht ausgeschlossen, es gibt noch geistig unreife Menschen mit nationalistisch gefärbtem engem Gesichtskreis. Wenn Sie sich, Herr Massin, für das Wesen der Entwicklung unseres multinationalen Staates interessieren: Es ist das die Liebe zum eigenen Volk, zum Land der Väter, die bei den Sowjetbürgern mit einem immer tieferen Gefühl der Zugehörigkeit zum Sowjetvolk verschmilzt. So entsteht jener sowjetische Patriotismus, der sich auf den Internationalismus, auf die Idee der Gleichheit und unverbrüchlichen Zusammengehörigkeit aller Nationen und Völkergeschäften der UdSSR stützt.

Zweck heiligt Mittel



Die Führung der Demokratischen Partei der USA, die mit der Vorbereitung auf die Präsidentschaftswahlen 1984 begonnen hat, plante eine große TV-Sendung, die Mittel für den Partefonds aufbringen sollte. Der Vorstand der Republikaner bereitete eine Gegenattacke vor. Er sandte an seine Mitglieder ein Rundschreiben, in dem diese aufgefordert wurden, während der Sendung der Demokraten ständig beim Fernsehstudio anzurufen, um durch eine Blockade der Leitungen deren Anhänger daran zu hindern, ihre finanzielle Unterstützung für die Demokratische Partei bekanntzugeben. Die Demokraten protestierten bei Präsident Reagan und dem Vorsitzenden des Nationalen Komitees der Republikanischen Partei.

Mit Gottvertrauen

Laut DPA aus Tokio lebt Yasuaki Sato, Mitarbeiter eines japanischen Autowerkes, zusammen mit Frau und drei Kindern jetzt schon sieben Monate in einem "atombombensicheren" Bunker. Er baute sich in den Bergen bei Nihonmatsu seine 90 Quadratmeter große Festung. Die 15 cm dicken Befonwände würden, wie er meint, vor der Radioaktivität schützen. Im Bunker wurde ein Mikrocomputer aufgestellt, der das

Epizentrum der Nuklearexplosion und die Strahlung anzeigen soll. Außen wurden Fernsehkameras zur Beobachtung angebracht. Und doch betet Sato täglich um Frieden...

Zurück ins Mittelalter!

Die französische Zeitschrift "Monde diplomatique" brachte einen Artikel über die ungleiche Stellung der Frauen in Pakistan. "Eine Vorstellung von der hier herrschenden Atmosphäre", schreibt das Blatt, "vermitteln einige Fragen, die im Konsultativrat (der von Zia ul-Haq eingerichtet wurde und das Parlament ersetzt) erörtert werden: Soll man den Frauen verbieten, Auto zu fahren? Sollen die Frauen weiterhin das Wahlrecht haben? Sollen Fotos von Frauen in den Zeitungen erscheinen? (Die Regierung hat bereits die Veröffentlichung von Filmstarfotos verboten). Soll man Frauen die Teilnahme an Sportveranstaltungen untersagen? (Die Regierung unterband die Teilnahme der Sportlerinnen an den Asienspielen 1982 in Delhi.) Ein Professor der islamischen Theologie schlug vor, die Frauen sollten verpflichtet werden, den Schleier zu tragen und ihr ganzes Leben lang zu Hause zu sitzen.

Mit Marschmusik



Im Entwurf für den US-Haushalt 1984 ordnete

Präsident Reagan der BRD-Ilustrierten "Quick" zufolge an, die Mittel für den Unterhalt der 101 Militärorchester von 90 auf 100 Mio Dollar anzuheben. Die Subventionen für die Zivilorchester klassischer Musik kürzte er um 10%.

Kokainprofite



Mehrere Jahre lang hatte Michael Ready, Kontrolleur des Gepäckdienstes auf dem Londoner Flughafen Heathrow, Schmuggler geholfen, Kokain aus Südamerika nach Großbritannien einzuschmuggeln, meldet die "Times". Er ließ die Rauschgiftkoffer unkontrolliert passieren. Der Wert des mit seiner Hilfe eingeschleusten Kokains wird auf einige Millionen Pfund Sterling geschätzt. Dafür kasasierte er insgesamt 17 000 Pfund Sterling.

Ohne Kommentar

Bekanntmachung der Tagesordnung einer Konferenz der Königlichen Ärztesellschaft in London: "9.15 Uhr Mitteilung "Alkohol im Blut"; 10.15 Mitteilung "Alkohol in der Leber"; 11.15 Mitteilung "Alkohol in der Bauchspeicheldrüse"; 11.45 Mitteilung "Alkohol im Herz", 12.15 Mitteilung "Alkoholismus"; 12.45 Eröffnung der Bar.

Wie auf

der Leinwand

Der japanische Schauspieler Koji Fujiyama spielte oft Gangsterrollen in Film und Fernsehen. Fujiyama, "in seine Rolle schlüpft",

"vergaß" neulich, ein paar Uhren aus einem Juweliergeschäft in Kawasaki zu bezahlen. Der Geschäftsinhaber, der vor dem Fernseher saß, als gerade ein Film mit Fujiyama in der Rolle eines Bandenchefs lief, erkannte in ihm den verdächtigen "Käufer" in seinem Laden. Die Polizei nahm den Mimen fest. Der Nachrichtenagentur Kyodo Tsushin zufolge gab er eine sehr einfache Erklärung für seine Tat: "Ich war ohne Arbeit und brauchte Geld."

Notbremsung

"Mir blieb nichts anderes übrig", erklärte Marcel Laan, Mitglied der niederländischen Landesvereinigung aktiver Nichtraucher, nachdem er im Zug die Notbremse gezogen hatte. Mitreisende, die trotz seiner wiederholten eindringlichen Ermahnungen im Nichtraucherabteil ruachten, hätten ihn zu dem Verzweiflungsschritt getrieben.

Unglaublich



Im Westen tauchte kürzlich ein neues Mittel gegen Dickleibigkeit auf, gemeinsam entwickelt von Firmen aus der Schweiz und der BRD. Wie Laboranalysen ergaben, helfen diese Pillen, das Extrakt einer Algenart, keineswegs beim Abspecken, sondern im Gegenteil... Als das bekannt wurde, hatten die Firmen aus dem Verkauf des Elixiers bereits über 10 Mio französische Franc einkassiert.

Zeichnungen: V. Rosanzew

PRESSEKONFERENZ

DES ANTIZIONISTISCHEN KOMITEES DER SOWJETISCHEN ÖFFENTLICHKEIT

Wie bereits berichtet, hielt das Antizionistische Komitee der sowjetischen Öffentlichkeit am 6. Juni 1983 im Pressezentrum des UdSSR-Außenministeriums eine Pressekonferenz ab. Die Fragen der sowjetischen und ausländischen Journalisten beantworteten: der Vorsitzende des Komitees, Generaloberst, zweifacher Held der Sowjetunion, Chef der Offizierslehrgänge "Wystrel", Mitglied der Zentralen Revisionskommission der KPdSU, D. Dragunski; der erste stellvertretende Vorsitzende, Verdienter Wissenschaftler der RSFSR, Prof. Dr. sc. jur. S. Siws; der stellvertretende Vorsitzende, Dr. jur. M. Krupkin; der stellvertretende Vorsitzende, Mitglied des Schriftstellerverbands der UdSSR, J. Kolesnikow; der stellvertretende Vorsitzende, Abteilungsleiter der "Literurnaja gazeta", Dr. sc. oec. I. Belajew; das Vorstandsmitglied des Komitees, Akademiemitglied, Held der sozialistischen Arbeit, Lenin- und Staatspreisträger, M. Kabatschnik; das Vorstandsmitglied des Komitees, Schleifer im Moskauer Werk für Rechenanlagen, Deputierter des Obersten Sowjets der UdSSR, V. Puschkarjow; das Vorstandsmitglied des Komitees, Chefredakteur der Zeitschrift "Komunistas", Deputierter des Obersten Sowjets der Litauischen SSR, G. Zimanas. Geleitet wurde die Pressekonferenz vom stellvertretenden Leiter der Presseabteilung im UdSSR-Außenministerium, V. Kamenew.

Wir bringen im folgenden eine ausführliche Darlegung.

D. Dragunski. Verehrte Genossen, meine Damen und Herren! Gut ein Monat ist vergangen, seit eine Gründungsversammlung das Antizionistische Komitee der sowjetischen Öffentlichkeit gebildet und seine Mitglieder gewählt hat. Anderthalb Monate sind wirklich eine knappe Zeit, aber unsere Arbeit, die Tatsache der Gründung des Komitees selbst, hat in der sowjetischen Öffentlichkeit und den Massenmedien starken Widerhall gefunden. Die Gründung des Antizionistischen Komitees der sowjetischen Öffentlichkeit löste auch im Ausland ein bestimmtes Interesse aus.

Wir haben in diesem Zeitraum über 500 Briefe sowjetischer Bürger erhalten, in denen die genannte Initiative wärmstens unterstützt wird. Nicht wenige Briefe kamen aus dem Ausland. Sowjetische und ausländische Journalisten haben sich an uns gewandt. Deshalb beschlossen wir die heutige Zusammenkunft mit Ihnen, auf der wir uns dazu äußern wollen, warum und wie unsere gesellschaftliche Organisation gegründet wurde, welche Ziele und Aufgaben sie hat, und um ferner auf alle Ihre Fragen zu antworten.

Womit begann es? Damit, daß Ende März/Anfang April eine Gruppe sowjetischer Öffentlichkeitsvertreter in der Presse dazu aufrief, aktiven Anteil an der politischen Entlarvung des Zionismus zu nehmen, der antisowjetischen Propaganda der Zionisten entschieder entgegenzutreten, die Wirksamkeit unserer Aktivitäten zu erhöhen und dazu auf ehrenamtlicher Basis ein Antizionistisches Komitee der sowjetischen Öffentlichkeit zu gründen.

Angesprochen waren Arbeiter, Kolchosbauern, Geistesschaffende, die Wissenschaftler, Literaten, Künstler, Journalisten und alle Bürger der unterschiedlichen Nationalitäten. Buchstäblich einen Tag nach der Veröffentlichung dieses Aufrufs gingen Briefe und Telegramme ein. Er wurde sehr begrüßt, ich würde sagen, wir stießen eigentlich auf wahrhafte Begeisterung. Das alles diente als Anstoß, die Gründungsversammlung abzuhalten. Wir konnten mit voller Verantwortung konstatieren, daß wir ein Mandat der Öffentlichkeit erhalten hatten, die öffentliche Meinung fand in dieser breiten Unterstützung ihren Ausdruck. Damit hatten wir das Recht, uns Komitee der sowjetischen Öffentlichkeit zu nennen, im Namen und im Auftrag der breiten sowjetischen Öffentlichkeit zu sprechen und zu handeln.

Sie könnten fragen, warum wir gerade jetzt zu dem Schluß kamen, ein Antizionistisches Komitee der sowjetischen Öffentlichkeit müsse gebildet werden. Der Kampf gegen den Zionismus als einer gefährlichen Abart der bürgerlichen Ideologie wurde bereits Anfang des Jahrhunderts von W. I. Lenin geführt. Das

sowjetische Volk sah im Zionismus immer eine Ideologie, die den Anspruch der nationalen Exklusivität, des "auserwählten Volkes" in sich trug, folgerichtig eine chauvinistische und rassistische Ideologie.

Inzwischen aber ist es dazu gekommen, daß der Imperialismus (und vor allem seine reaktionären Kreise in den USA) den internationalen Zionismus immer intensiver und umfangreicher zu seinen friedensbedrohenden Zielen benutzt. Bekanntlich hat sich die Weltlage wesentlich verschlechtert. Auf Betreiben Washingtons unternehmen die modernen Kreuzzügler des Antikommunismus immer neue Angriffe. Nicht die letzte Rolle bei dieser globalen Offensive auf die Stellungen von Frieden und Fortschritt wird dem internationalen Zionismus und dem politischen Abenteuerum der Regierungskreise Israels beigegeben. Verlogene, propagandistische, eindeutig verleumderische Aktionen der ideologischen und politischen Abenteurer des internationalen Zionismus gehören zum psychologischen Krieg des Westens gegen die UdSSR.

Das vergangene Jahr hat besonders deutlich gemacht, daß der Zionismus — seine menschenfeindliche Ideologie und Praxis — in seiner Entwicklung immer eindeutiger die Ideen und Methoden des zerschlagenen Hitlerfaschismus wiederbelebt. Die Vorgänge in Libanon (heute ist es genau ein Jahr seit dem Beginn der blutigen Aggression Israels gegen Libanon) haben der ganzen Welt vor Augen geführt, daß sich die Verbrechen Begins und seiner Stürmer kaum von den Greueln der Nazis unterscheiden. Das alles hat uns zu der Erklärung veranlaßt, daß es an der Zeit sei, den Kampf gegen den internationalen Zionismus sehr viel organisierter zu führen und seiner antisowjetischen Propaganda klar entgegenzutreten.

"Daily World" (USA): Die Zionisten in den USA versuchen, die Kritik an Israel mit Antisemitismus gleichzusetzen. Ihr Hauptobjekt ist in dieser Hinsicht die Sowjetunion. Sie wollen die UdSSR als einen antisemtischen Staat hinstellen. Bitte, kommentieren Sie das.

D. Dragunski: Diese Methode der westlichen, zionistischen und prozionistischen Propaganda ist für das System der Desinformation und der Verleumdungen über die Sowjetunion typisch. Es ist gut bekannt, daß die sowjetischen Menschen entschieden gegen jegliche Form von Chauvinismus und Nationalismus, gegen nationalistische Auswüchse wie Antisemitismus oder Zionismus auftreten.

Die Verbrechen der israelischen Militärclique haben, und auch das ist gut bekannt, die aufrichtigen Menschen in aller Welt — Juden wie Nichtjuden — empört. Auch in Israel selbst hat es Massendemonstrationen gegeben. Wie ist das also, sind solche Protestkundgebungen ebenfalls ein Ausdruck des Antisemitismus?

Die Behauptung, die Initiative zur Gründung des Antizionistischen Komitees der sowjetischen Öffentlichkeit ergebe sich aus einer antijüdischen Politik, ist absurd. Die Legende von einer angeblich vorhandenen jüdischen Frage in der UdSSR wird bekanntlich dazu benutzt, um die Standardthese, ich würde sagen, einen der wichtigsten Pfeiler der Ideologie des Zionismus vom "immerwährenden Antisemitismus", zu untermauern.

Unser Komitee wird gegen die Vernebelung des Verstands, gegen das Bemühen, im Bewußtsein einzelner Menschen nationalistische Vorurteile zu wecken, auftreten und tut das bereits. Deshalb führen wir unseren Kampf, um die Menschen vor der zehrenden zionistischen Infektion zu schützen.

"Trud": Aus welchen Mitteln wird die Arbeit des Antizionistischen Komitees finanziert?

M. Krupkin: Das Komitee ist ein Organ der Öffentlichkeit. Demgemäß setzen sich seine Mittel ebenfalls aus Spenden und Subventionen sowjetischer Massenorganisationen, wissenschaftlicher, künstlerischer und Bildungseinrichtungen und -vereinigungen sowie aus Beiträgen einzelner Bürger zusammen.

"Iswestija": Ich möchte bitten, ausführlicher auf die Frage einzugehen, warum die Bekämpfung des Zionismus gerade jetzt, heute besonders akut wird?

G. Zimanas: Die reaktionäre, aggressive Zielsetzung des Zionismus offenbart sich heute deutlicher denn je. Entstanden Ende des vorigen Jahrhunderts als Ideologie der jüdischen Großbourgeoisie, wurde der Zionismus in unseren Tagen zur offiziellen Doktrin des Staates Israel und bestimmt dessen aggressive Eroberungspolitik im Nahen Osten im Interesse des US-Imperialismus. Die Politik des Zionismus — des wirklichen Schuldigen an den Aggressionskriegen und dem Völkermord in Sabra und Shatila — mit ihrem pathologischen Haß gegen alles sowjetische muß einen anekeln. Die aufdringlichen und frechen Anmaßungen der zionistischen Ätherdiveranten, die provokatorisch behaupten, fast "alle" zwei Millionen sowjetischen Juden träumen nur davon, nach Israel auszureisen, die übrigen 269 Millionen Bürger der UdSSR aber seien einzigt damit beschäftigt, ihre jüdischen Mitbürger zu "knebeln" und zu "verfolgen", lösen bei den sowjetischen Menschen Empörung aus.

Jede Abart von Nationalismus ist schädlich und gefährlich, sei es nun Zionismus oder Antisemitismus, deutscher Rassismus oder die Rassenpolitik der weißen Minderheit in der Republik Südafrika. Alles Gerede von einer Oberlegenheit der weißen, schwarzen oder gelben Rasse über alle anderen ist verbrecherisch. Es wird jedoch für die Menschheit besonders gefährlich, wenn es zur offiziellen Ideologie eines reaktionären Regimes wird, das sich auf den internationalen Imperialismus stützt und seine Ziele mit Waffengewalt durchsetzen will.

Den Zionisten paßt es nicht, daß alle sowjetischen Bürger, darunter auch die sowjetischen Juden, ihre im Oktober 1917 erkämpfte und um den Preis von 20 Millionen Söhnen und Töchtern aller unserer Völker verteidigte sowjetische Gesellschaftsordnung, ihre Heimat lieben. Die Zionisten hassen die Sowjetunion, weil sie sie bei der Durchsetzung ihrer Pläne stört. Das ist der Grund für die Unvereinbarkeit von Zionismus und sowjetischem Patriotismus sowie dem sozialistischen Internationalismus der Bürger der UdSSR.

"Golos Rodiny": Was können Sie zu der Verringerung der Ausreisen aus der UdSSR sagen?

"Los Angeles Times" (USA): Sind Sie der Ansicht, daß der Wunsch sowjetischer Juden, nach Israel oder in ein anderes Land auszureisen, einem Verrat gleichkommt? Wenn ja, dann warum?

S. Siws: Ich werde versuchen diese beiden Fragen zusammen zu beantworten. Sehen Sie, Genossen, meine

Damen und Herren, wir haben es seit langem mit einer Zahlenakrobatik zu tun, von der die zionistische Propaganda weitgehend Gebrauch macht. Mal heißt es, aus der Sowjetunion wollten 50 000 ausreisen, mal sind es 700 000. Vor kurzem fand ich in einem Buch eine Zahl, die ich mir gemerkt habe: 383 528 Ausreisewillige. Natürlich erhebt sich die Frage, woher diese Zahlen stammen? Hier handelt es sich nicht um die tatsächliche Anzahl der Personen, die einen Ausreiseantrag stellen oder gestellt haben, sondern um jene Zahlen, die von zionistischen, mit Verlaub zu sagen, Demographen geplant werden. Sagen wir, es werden 100 000 Aufforderungen geschickt — sofort wird erklärt, 100 000 Personen wollen ausreisen. Wie das vor sich geht? Unter dem Vorwand der "Familienzusammenführung" werden solche Aufforderungen an Menschen geschickt, die niemals Verwandte in Israel hatten. Manchmal gehen sie sogar an überhaupt nicht existierende sowjetische Bürger oder mehrere an eine Person. Buchstäblich in den letzten Wochen, solange das Komitee besteht, senden uns sowjetische Bürger voller Empörung Briefe, denen sie so eine "offizielle" Aufforderung beilegen. Offiziell in welcher Hinsicht? Sie haben den roten Stempel eines Rechtsanwalts und ein Begleitschreiben des israelischen Außenministeriums, in dem von der humanitären Einstellung zur Familienzusammenführung die Rede ist und sogar Verwandte genannt werden, die es gar nicht gibt. Das ist die eine Seite der Sache.

Hier ihr anderer Aspekt: Wir wissen tatsächlich, daß es in jüngster Zeit, in diesem und im vergangenen Jahr, zu einer wesentlichen Verringerung der Ausreisen gekommen ist. Ich betone: zu einer Verringerung der Anzahl der Personen, die einen Ausreiseantrag stellen.

Im Laufe der Nachkriegsjahre war das Hauptmotiv, das sowjetische Bürger jüdischer Nationalität zur Ausreise veranlaßte, das Motiv der Familienzusammenführung. Sie wissen ja, daß während des Krieges viele jüdische Familien getrennt wurden, und das war die Ursache für die Anträge zur Zusammenführung. Die Zusammenführung aber ist im großen und ganzen abgeschlossen, und deshalb kommt es natürlich zu einer Senkung der Ausreisezahlen.

Aber ich glaube, daß außerdem immer weniger Personen auf die zionistischen Verlockungen hereinfallen, zu Opfern der zionistischen Propaganda werden und unser Land deshalb verlassen.

Da nun greift die westliche prozionistische Propaganda zu der Verleumdung, die sowjetischen Behörden begrenzen die Ausreise oder stellen sie ganz ein. Manche Leute haben sogar versucht, die wesentlich verringerten Ausreisen mit der Gründung unseres Komitees in Zusammenhang zu bringen. Ich muß noch hinzufügen, daß die Entscheidung über die Ausreise Angelegenheit kompetenter Staatsorgane ist. Unser Komitee kann den sowjetischen Bürgern natürlich die Dinge nur erläutern, ihnen helfen, sich über die Verlogenheit, die Giftigkeit der zionistischen Propaganda klarzuwerden und sie davor zu bewahren.

Ich spreche davon insbesondere deshalb, weil unser Komitee bereits alarmierte, bittere und verzweifelte Briefe von Personen aus dem Ausland, von ehemaligen sowjetischen Bürgern, erhält.

Ich glaube, es lohnt sich, aus einigen diesen Briefen zu zitieren. Hier ein Brief, den wir aus Westberlin von der ehemaligen sowjetischen Bürgerin Ljubow Winkow erhalten haben: "Sehr verehrte und teure Genossen Initiatoren der Gründung der ehrenamtlichen Organisation Antizionistisches Komitee! In der 'Prawda' habe ich mit tiefer Befriedigung Ihren Aufruf gelesen, ich beglückwünsche Sie zur Gründung des Komitees und wünsche Ihrer Arbeit Erfolg... Ich bin ein Opfer der zionistischen Propaganda, elf Jahre sehne ich mich im

Ausland nach meiner geliebten und einzigen sowjetischen Heimat... Ich bin jetzt 59 Jahre alt. Ich bin Ärztin... Ich habe mich in Israel und hier herumgequält... Ich habe das viehische Antlitz des Zionismus gesehen... Leid und Tränen, Qualen und Erniedrigungen, völlige Isolierung, Einsamkeit in einer fremden, gräßlichen Welt. Was mir geschah, ist das Ergebnis der raffinierten zionistischen Propaganda. Die Zionisten haben sich in mein Leben gedrängt und es kaputt gemacht."

Ein weiterer Brief. Er kommt — sehen Sie die vielen Stempel — aus Brooklyn, New York. Darin heißt es: "Wir sind der zionistischen Propaganda auf den Leim gegangen und haben einen selbstmörderischen Schritt gefan... Wir waren einfach Idioten, haben nicht begriffen, worauf wir uns einlassen, als wir unsere einzige Heimat verließen." Ich werde Ihnen nicht alles vorlesen, hier gibt es bittere, sehr bittere Seiten. "Wir sind tief unglücklich, wir stecken im zehnten Kreis der Hölle" — solche Worte werden in dem Brief gebraucht, der im Auftrag mehrerer Familien unterschrieben wurde. Die Briefschreiber äußern ihre Überzeugung, daß "das Antizionistische Komitee die sowjetischen Juden vor den Anschlägen des Zionismus und überhaupt des Imperialismus schützen und dazu beitragen wird... gerechterweise die Menschen nicht gehen zu lassen und sie nicht ihrem Unglück auszuliefern".

Sehen Sie, hier geht es schon darum, daß die Erlaubnis zur Ausreise aus der Sowjetunion bedeutet, Menschen ihrem Unglück auszuliefern.

Auf dem Zettel mit der zweiten Frage ist das Wort "Verrat" unterstrichen. Ich denke, Sie werden aus meiner Antwort entnommen haben: Wenn es um eine Zusammenführung von Familienangehörigen geht, wenn wirklich ein Vater und seine Kinder, die er während des Krieges verloren hat oder die ihn verloren haben, vereint werden, dann ist das kein Verrat.

Wenn es aber so ist, daß jemand der verlogenen zionistischen Propaganda ins Netz gegangen ist, dann würde ich als Jurist sagen, daß das eine antipatriotische Tat ist, die nicht unseren moralischen Prinzipien entspricht.

"Sowjetskaja Rossija": Beteiligen sich an der Arbeit des Antizionistischen Komitees Angehörige verschiedener Nationalitäten?

V. Puschkarjow: Der Appell an Bürger verschiedener Nationalitäten zur Teilnahme an der Arbeit des Komitees, war bereits in dem Aufruf an die sowjetische Öffentlichkeit enthalten, und sehr viele haben sich darauf gemeldet. Bei der Gründungsversammlung wurden Russen, Juden, Ukrainer und Angehörige anderer Nationalitäten in das Komitee gewählt. Die Entlarvung des Zionismus, seiner extrem nationalistischen und chauvinistischen Ideologie, der Praxis des Raubs und Völkermords der herrschenden Kreise Israels im Nahen Osten ist die internationalistische Pflicht aller ehrlichen Menschen.

Dem Antizionistischen Komitee gehören namhafte Wissenschaftler unseres Landes an: die Akademiemitglieder M. Kabatschnik und T. Oiserman, das korrespondierende Mitglied der AdW der UdSSR W. Kudrjawzew; namhafte Kulturschaffende: der Volkskünstler der UdSSR, Held der sozialistischen Arbeit M. Blanter und die Volkskünstlerin der UdSSR, Helden der sozialistischen Arbeit A. Stepanowa; die Filmregisseurin, Staatspreisträgerin T. Liosnowa; Vertreter von Arbeitskollektiven Moskaus und des Moskauer Gebiets: der Vorsitzende des Kolchos "XXII. Parteitag der KPdSU", Rayon Kolomna, Held der sozialistischen Arbeit A. Marinitsch und die Geflügelzüchterin der Geflügelzuchtvereinigung Brażewo, Helden der sozialistischen Arbeit G. Golubewa. Komiteemitglieder sind die bekannten Schriftsteller G. Gofman, Z. Solodarj, J. Kolesnikow, der Dichter A. Dementjew.

Sender "Frieden und Fortschritt": Ein Leitmotiv bei der provokatorischen Zusammenrottung "Zum Schutz der sowjetischen Juden" im März d. J. in Jerusalem war die Behauptung von der Diskriminierung der sowjetischen Juden in Bildung und Wissenschaft. Was können Sie dazu sagen?

M. Kabatschnik: Die zionistische Propaganda hat sich stets durch Unverschämtheit ausgezeichnet und die größten Unterstellungen nie gescheut. Ich beginne damit, daß bei uns in der Sowjetunion die allgemeine Oberschulbildung besteht, die für alle Kinder Pflicht ist, unabhängig von Nationalität, von Geschlecht oder Wohlstand. Alle Kinder erhalten Bildung. Auch die jüdischen. Das bedeutet, daß es hier keinerlei Diskriminierung gibt und auch nicht geben kann. Wenn wir zur nächsten Bildungsstufe übergehen, der Fach- und Hochschulbildung, von was für einer Diskriminierung kann man da reden, wenn die sowjetischen Juden in ihrem Bildungsstand einen der vordersten Plätze unter den anderen Nationalitäten der Sowjetunion belegen. Weiter kann man durchaus behaupten, daß der Bildungsstand der sowjetischen Juden im Vergleich zum Bildungsstand der Juden in allen anderen Ländern am höchsten ist.

Nehmen wir den höchsten Stand. Unter den sowjetischen Juden sind sehr viele hervorragende Wissenschaftler, die in das höchste wissenschaftliche Organ der Sowjetunion, die Akademie der Wissenschaften, gewählt wurden. Das war in allen Jahren der Sowjetmacht so. Ich entsinne mich, daß 1920 der ausgezeichnete Physiker, das Haupt der sowjetischen Physikerschule A. Ioffe zum Akademiemitglied gewählt wurde, bald darauf A. Frumkin, Haupt der sowjetischen Schule der Elektrochemie, ein glänzender Wissenschaftler von Weltruf, und eine ganze Reihe anderer. Nach dem Vaterländischen Krieg kann ich vielerlei Namen nennen — sagen wir den Physiker V. Ginsburg, den Kristallographen B. Wainstein, den Physiker I. Frank und seinen Bruder, den Biophysiker G. Frank, den Biochemiker A. Braunstein, den Physiker A. Migdal. Diese Aufzählung könnte ich fortsetzen. Die Akademiemitglieder J. Seldowitsch und J. Chariton sind obendrein dreifache Helden der sozialistischen Arbeit. Und das alles nennt die zionistische Propaganda Diskriminierung! Das Gleiche gilt auch für die Professoren und Dozenten der Hoch- und Fachschulen.

"Cable News Network" (USA): Der Staat Israel besitzt ein Existenzrecht. Jede Regierung, die eine der nazistischen analogen Politik betreibt, darf kein Existenzrecht besitzen. Wird Ihr Komitee die Sowjetregierung dazu auffordern, die Politik gegenüber dem Staat Israel zu ändern, wird Ihr Komitee die Sowjetregierung auffordern, jene Elemente in der arabischen Welt zu unterstützen, die der Ansicht sind, der Staat Israel dürfe nicht existieren?

S. Siws: Wenn ich Ihre Frage richtig verstanden habe, sieht sie so aus: Wir sprechen heute davon, daß die Regierung Israels die gleichen Methoden anwendet, wie die Nazis sie angewendet haben. Gleichzeitig besteht der mehrfach geäußerte offizielle Standpunkt der Sowjetregierung darin, daß der Staat Israel Existenzrecht besitzt. Wenn es aber ein nazistischer Staat ist, dann hat er kein Existenzrecht. Habe ich Sie richtig verstanden? Lassen Sie uns doch die zwei Seiten der Frage trennen. Bei der Gründung des Staates Israel bestätigte der Außenminister der UdSSR Andrej Gromyko in der UNO den offiziellen Standpunkt der Sowjetregierung, den unsere gesamte Öffentlichkeit unterstützt, und wiederholte das vor kurzem auf einer Pressekonferenz in diesem Raum: Ja, der Staat Israel hat ein Existenzrecht.

Gleichzeitig sprechen wir davon, daß die herrschenden Kreise Israels, die israelische Militärclique, und das

zeigte sich besonders bei der barbarischen Aggression gegen Libanon, die gleichen Verbrechen verübt und verüben, die seinerzeit die Naziokkupanten begangen haben. Besteht etwa keine Obereinstimmung in den gegenwärtigen Methoden der Regierung Begin mit den Methoden der Nazis, die für sich "Lebensraum" erkämpfen wollten?

Internationale Kommissionen, denen der Erzbischof von Stockholm und der Berater des britischen Königshauses John Plaists-Mills sowie die belgische Professorin Paulette Pierse-Mathy angehörten, haben bei mehrfachen Untersuchungen festgestellt, daß die Verbrechen der israelischen Militärclique den Verbrechen der Nazis analog sind. Und mehrfach wurde die Frage nach der Verantwortung derer aufgeworfen, die diese Verbrechen inspiriert und verübt haben.

Wir sprechen nicht von einer Besiegung Israels. Es geht um die Verantwortung seiner herrschenden Kreise, um die Beendigung der aggressiven, expansivistischen Politik, die den Frieden im Nahen Osten bedroht und den Interessen der Israelis selbst widerspricht.

Moskauer Rundfunk: Werden die beim Antizionistischen Komitee eingegangenen Briefe veröffentlicht werden?

M. Krupkin: Unser Komitee hat sehr viele Briefe erhalten. Einige von ihnen wurden dieser Tage in der "Iswestija" publiziert, einen Teil, ich betone, nur einen kleinen Teil, haben wir in die Broschüre "Zustimmung des Sowjetvolkes" aufgenommen.

UPI(USA): Was können Sie zu der jetzigen Rolle des Jüdischen Autonomen Gebiets mit dem Zentrum in Birobidshan sagen?

I. Beljajew: Wir haben es mit einem erfolgreichen Versuch der Gründung und Entwicklung eines Jüdischen Autonomen Gebiets im östlichen Teil der Sowjetunion, in der Region Chabarowsk, zu tun. Für die Teilnehmer der Pressekonferenz dürfte es nützlich sein zu erfahren, daß seit seinem 50jährigen Bestehen kein einziger Jude von dort nach Israel ausreiste.

G. Zimanas: Vor einiger Zeit war ich mit einer Gruppe von Genossen im Jüdischen Autonomen Gebiet. Mein stärkster Eindruck war das freundschaftliche Verhältnis zwischen Juden und Nichtjuden. Der Erste Sekretär des Gebietsparteikomitees ist der Nationalität nach Jude, viele Betriebsdirektoren sind Juden, alle offiziellen Einrichtungen sind in russischer und jiddischer Sprache beschildert.

Die Bevölkerung des Gebiets bildet eine Familie. Das Gebiet kann nicht nur auf seine wirtschaftlichen Erfolge stolz sein, sondern auch auf seine kulturellen Leistungen. Dort gibt es ein jüdisches Theater, das häufig in verschiedenen Städten der Sowjetunion Gastspiele gibt.

Dänisches Fernsehen: Wenn ich recht verstanden habe, behaupten Sie, Antizionismus und Antisemitismus seien zwei verschiedene Begriffe, aber schließen Sie aus, daß Antizionismus als bequeme Tarnung für Antisemitismus dienen könnte?

S. Siws: Wir haben in der heutigen Pressekonferenz bereits entschieden und kategorisch wiederholt und sind bereit, es immer wieder zu sagen, daß alle sowjetischen Menschen, die gesamte sowjetische Öffentlichkeit entschieden, kategorisch gegen Chauvinismus, Nationalismus, gegen jegliche nationalistische Auswüchse — Antisemitismus und Zionismus — sind. Sie wissen sehr gut, daß die zionistische Propaganda versucht, jede Äußerung sowohl gegen die Ideologie als auch gegen die politische Praxis des Zionismus als Antisemitismus auszulegen.

"Komsomolskaja prawda": Im Zusammenhang mit einigen Einzelheiten, die um den Nazihenker Barbie ans Licht kamen, wäre es interessant zu wissen, ob Ihnen

Fakten von Kontakten zwischen Naziverbrechern und Zionisten bekannt sind.

J. Kolesnikow: Selbstverständlich. Und ich will darauf eingehen. Ich war während des Krieges mit einem Sonderauftrag des sowjetischen Oberkommandos im tiefen Hinterland der Nazitruppen. Ich habe gesehen, was sich in den besetzten Gebieten abspielte.

Adolf Hitler hatte seinen SS-Gruppenführern und Gauleitern, seinen Generälen und anderen Henkern die sehr lakonische, aber erschöpfende Anweisung gegeben: Ein einziger Jude darf übrigbleiben... Aber nur als Ausstellungsstück! Man muß feststellen, daß die Nazihenker diesen teuflischen Befehl ihres Führers präzis, methodisch, skrupelös ausführten.

Ich möchte hier bemerken, daß das sowjetische Oberkommando während des ganzen Krieges der Rettung von Menschen beliebiger Nationalität und Glaubensbekenntnis, darunter auch der Juden, vor dem ihnen drohenden Untergang in der faschistischen Sklaverei erstrangige Bedeutung beimaß. Unsere tapferen Illegalen und Partisanen retteten häufig unter Einsatz ihres eigenen Lebens diese unglücklichen Menschen.

Und in dieser unerhört schweren Zeit, als alle aufrichtigen Menschen der Erde nur daran dachten, wie sich die braune Pest am schnellsten besiegen läßt, wie die Menschheit von dem Nazismus zu retten ist, beschäftigten sich die Führer des internationalen Zionismus, die sich das Recht anmaßen, sich "Beschützer der Juden" zu nennen, durchaus nicht mit dem Schutz der Juden. Sie beunruhigte nicht das Schicksal ihrer Stammesgenossen, die in Hitlers Todeslagern schmachteten und umkamen. Die Oberhäupter des Zionismus beunruhigte lediglich, wie sich das zahlmäßige Übergewicht der Juden über die arabische Bevölkerung von Palästina schaffen lasse!

Wir sind heute berechtigt, dem Zionismus das stärkste und härteste Urteil zu sprechen. Denn in jener schrecklichen Zeit haben die Herrschaften des internationalen Zionismus die Juden nicht geschützt, sondern sie im Gegenteil verraten, indem sie mit den Chefs von Gestapo und SS gemeinsame Sache machten.

Der Beweis dafür war das in der Hauptstadt des "Dritten Reichs", Berlin, tätige sogenannte palästinensisches Büro, an dessen Spitze einer der Führer des internationalen Zionismus, Levi Eshkol, stand, der später israelischer Ministerpräsident wurde.

Eben Levi Eshkol und seine Handlanger befaßten sich damit, der SS reiche Juden abzuhandeln, die sich um den Zionismus "besonders verdient" gemacht hatten, während sie viele Hunderttausende einfache Juden zum Tod in den Nazi-Gaskammern verdammt.

Mehr noch. Das palästinensische Büro Eshkols arbeitete unmittelbar mit dem Chef der Abteilung IV des Reichssicherheitshauptamts (RSHA), dem nicht unbekannten Obersturmbannführer SS Adolf Eichmann, zusammen. Diese Zusammenarbeit trug für beide Seiten beachtliche "Früchte". In diesem Zusammenhang ist es angebracht, hier zumindest an den seinerzeit in und außerhalb Israels Aufsehen erregenden Fall Rudolf Kastner zu erinnern. Dieser Emissär des zionistischen Aktionskomitees mit "weitreichenden Vollmachten" hatte keineswegs nur "geschäftliche", sondern geradezu herzliche Beziehungen zu Adolf Eichmann.

Nicht zufällig stellten sich zionistische Spitzel nach Ende des zweiten Weltkriegs auf den Kopf, um den ehemaligen SS-Obersturmbannführer Eichmann ausfindig zu machen, damit ihn "um Gottes willen" nicht Vertreter eines anderen Landes erwischen und die geheiligten Geheimnisse des Bündnisses der Zionisten mit den Nazis vor der Weltöffentlichkeit preisgeben würden. Kein Zufall ist auch, daß die

zionistischen Herrscher Israels sich bis heute nicht den Forderungen nach Auslieferung und Bestrafung von Naziverbrechern anschließen, die in den Vereinigten Staaten von Amerika Unterschlupf gefunden haben.

Agentur "Nowosti" (APN): Beeinflussen zionistische Doktrinen die Außenpolitik Israels?

I. Beljajew: Zweifellos, und zwar beeinflussen sie sie nicht nur, sondern bestimmen sie. Ich erinnere daran, daß Israel knapp 35 Jahre existiert. In dieser im Grunde kurzen historischen Frist hat der israelische Staat SECHS Kriege geführt!

Gerade die zionistischen Doktrinen — darunter auch die Doktrin vom "Groß-Israel" vom Nil bis zum Euphrat — spielen die entscheidende Rolle bei der Festlegung der Politik Israels in den besetzten arabischen Gebieten wie gegenüber seinen Nachbarn.

Man benutzt die Theorie von einer Art Urheimat der Juden, die in alten Zeiten bestanden habe und jetzt wiedererrichtet werden müsse, eine Theorie des "historischen Rechtsanspruchs", der zufolge das Westjordanland und der Gaza-Streifen zu "befreiten" Gebieten erklärt wurden, und einem ganzen Volk — den Palästina-Araber — seine legitimen nationalen Rechte zu dem einzigen Zweck verweigert werden, die Annexion des Westjordanlands und des Gaza-Streifens zu rechtfertigen. Und Begin meint, dies sei nur eine Frage der Zeit.

Will man von anderen zionistischen Theorien sprechen, so liegt ihr Sinn darin, daß die politische Karte des Nahen Ostens verändert werden soll. Und zwar auf eine Weise, daß Libanon, Syrien, Irak und sogar Ägypten in kleine Staatsgebilde aufgeteilt werden. Ebenso sind Begin und seine Regierung dagegen, die Staatsgrenzen Israels festzulegen. Die gäbe es von Natur aus nicht. Nach dem Schema "Groß-Israel" müßten die Grenzen dehnbar sein und abhängig von weiteren Gebietsübernahmen festgelegt werden!

Am 17. Mai hat die Presse bereits eine Erklärung unseres Komitees zum libanesisch-israelischen Abkommen veröffentlicht. Darin wird der hinterhältige Charakter dieses Libanon von Israel und den USA aufgezwungenen Abkommens hervorgehoben. Dieses Abkommen ist unserer Ansicht nach nicht mehr als ein Tarnschleier, hinter dem die wahren Ziele der Politik Israels verborgen werden sollen. Es geht um die Vorbereitung eines neuen Krieges gegen die Araber.

"Al-Watan" (Kuwait): Wie stehen Sie zu dem gerechten Kampf des palästinensischen Volkes unter Führung der PLO für die Gründung eines demokratischen palästinensischen arabischen Staates? Zweite Frage: Wie betrachten Sie den sogenannten Friedensplan Reagans?

I. Beljajew: Ich glaube nicht, daß auf die erste Frage unbedingt ausführlich eingegangen werden muß. Die Sowjetunion unterstützte und unterstützt den gerechten Kampf des arabischen Volkes von Palästina für seine nationalen Rechte, für die Gründung eines arabischen palästinensischen Staates. Wir sind nach wie vor der Ansicht, daß die juristische Basis für die Gründung eines solchen Staates die UNO-Resolution vom 29. November 1947 ist, in der die Notwendigkeit der Aufteilung des ehemaligen Mandatsgebiets Palästina in zwei Staaten — einen arabischen, wie in der ersten Zeile erwähnt, und einen jüdischen — fixiert ist. Der jüdische Staat entstand am 14. Mai 1948, der arabische palästinensische Staat wurde nicht gegründet, woraus jedoch nicht folgt, daß die Palästina-Araber ihr Recht darauf verloren hätten. Wir haben intensive Beziehungen zur Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). In den entsprechenden Dokumenten ist die prinzipielle Haltung der UdSSR festgeschrieben, wir betrachten die PLO als einzigen legitimierten Vertreter des arabischen Volkes von Palästina.

Was die zweite Frage betrifft, so erwähnt der Reagansche Friedensplan bekanntlich einen Anschluß

des Westjordanlands an Jordanien. Was das aber für ein Anschluß ist, wird in dem Plan selbst nicht erläutert, und praktisch wird die Kardinalfrage des Nahostkonflikts — die Palästina-Frage — umgangen. Wie mir scheint, verfolgte dieser am 1. September vorigen Jahres, zum Höhepunkt des Krieges in Libanon, vorgebrachte Plan lediglich den Zweck, die Aufmerksamkeit von der Aggression und den Verbrechen Israels in Libanon abzulenken, und keineswegs eine umfassende gerechte Regelung. Was die "strategische Übereinstimmung" zwischen den USA und Israel angeht, so ist das ein reales Bündnis, auf dessen Grundlage Israel und die Vereinigten Staaten im Grunde in Libanon gemeinsam kämpften und einen neuen Krieg gegen Syrien vorbereiten.

"Daily World": General Dragunski! Sie wissen aus eigener Erfahrung, welche Rolle die sowjetischen Juden im Großen Vaterländischen Krieg gegen den Faschismus gespielt haben, und kennen auch die Rolle der Sowjetarmee bei der Rettung von Millionen Juden vor dem Tod in den Gaskammern. Kommentieren Sie das bitte.

D. Dragunski: In dem einheitlichen multinationalen Aufgebot von Soldaten und Offizieren der Roten Armee gegen die Nazihorden kämpften auch Juden. An den Kriegsfronten fanden an die 200 000 Juden den Heldentod. Viele Tausend jüdische Kämpfer tragen Kriegsauszeichnungen. Über 120 Personen wurde der Titel Held der Sowjetunion zuerkannt.

Für mich selbst begann der Krieg in der Festung Osowiec. In 1418 Tagen und schlaflosen Nächten war ich an vielen Fronten. In der Brigade, die ich zu Ende des Krieges befehligte, waren Angehörige von rund 30 Nationalitäten, und sie alle kämpften für unsere Heimat. Sie fragten nicht, wer bist du, Russe, Kasache, Jude, Lette, sie kannten nur eine Aufgabe, dem Rassismus und Faschismus schnell ein Ende zu bereiten und die Freiheit für unsere Heimat zu erkämpfen. Wir haben in der multinationalen sowjetischen Völkerfamilie gekämpft und gesiegt.

Ich möchte auch noch daran erinnern, daß wir alle in jedem Jahr am 9. Mai den Tag des Sieges feiern. Er wird in vielen Ländern begangen ... nur nicht in Israel.

In Israel gilt ein so herausragendes historisches Ereignis — der Sieg über Nazideutschland, die Zerschlagung des Faschismus — nicht als Staatsfest. Der pathologische Haß der zionistischen Räderführer auf die Sowjetunion hindert sie, den welthistorischen Beitrag der Sowjetunion zum Sieg anzuerkennen, die die barbarischen Pläne der Nazis zur Ausrottung aller sogenannten "Untermenschen", darunter der Juden, durchkreuzt hat.

Moskauer Rundfunk: Die zionistische Propaganda will dem westlichen Publikum einreden, in der Sowjetunion würden Bürger jüdischer Nationalität behindert. Ich bitte um einen Kommentar dazu.

S. Siws: Der Versuch, die "Judenfrage" in der UdSSR hochzuspielen, gehört zum psychologischen Krieg gegen unser Land. Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß die Westpresse systematisch voll von Verleumdungen über die Diskriminierung der Juden in der Sowjetunion ist. Regelmäßig erscheinen speziell dieser Frage gewidmete Bücher. Vor mir habe ich zwei davon, die vor kurzem in Frankreich erschienen sind. Das eine heißt "Der Antisemitismus in Rußland von seinen Quellen bis zu Gegenwart" und das zweite "In der UdSSR Jude sein". Beide übrigens erschienen in dem angesehenen, ich würde sagen, seriösen Akademieverlag "Presse Universitaire de France".

Beim Durchblättern des Buches "In der UdSSR Jude sein" findet man Zahlen und Tabellen und Berechnungen und Fußnoten. Nur eines nicht — die

Wahrheit. Schlagen wir mal die Seite 86 auf. Dort heißt es, Religionsunterricht für Kinder sei laut Artikel 119 des Strafgesetzbuches strafbar, bis hin zur Todesstrafe. Schauen Sie nach, worauf sich Artikel 119 des Strafgesetzbuchs der Russischen Föderation bezieht. Er bezieht sich auf die Strafbarkeit geschlechtlicher Handlungen mit Kindern.

Blättern wir weiter. Hier ist die Rede davon, als 1964 die Gesammelten Werke Lenins neu aufgelegt wurden, habe man dort seine Rede aus dem Jahre 1919 weggelassen, die sich gegen den Antisemitismus richtete, weil man heute daran nicht erinnern wolle. Nehmen Sie nur die russische Ausgabe der Gesammelten Werke Lenins zur Hand, schlagen Sie Band 38 auf und lesen Sie den Wortlaut dieser Rede Wladimir Iljitsch, in der er erläutert, wer die Feindschaft gegen die Juden schürt: Die Kapitalisten aller Länder, die daran interessiert sind, die Arbeiter aller Nationalitäten auf diese Weise von ihren wahren Feinden abzulenken.

Noch ein paar Beispiele. Der Verfasser behauptet, alle Stücke der Moskauer Bühnen seien antisemitischer Zielrichtung. Dabei beruft man sich auf einen konkreten Fall. Ich denke, sogar die ausländischen Journalisten werden Michail Bulgakows Stück "Die Flucht" gesehen haben. Es wurde auch verfilmt. Und dieses Bühnenwerk, das den Rückzug der zerschlagenen weißgardistischen Banden von der Krim, ihre Flucht nach Konstantinopel, schildert, wird als antisemitisch erklärt, und zwar weil eine Nebenfigur, "Artur Artowitsch — der Schaben-Zar", in Konstantinopel einen Schabendrauf veranstaltet, und eine Äußerung schließen läßt, daß er Jude ist.

Im gleichen Buch lesen wir, daß "mehr als ein halbes Jahrhundert in diesem Land keine einzige Bibelausgabe in althebräischer Sprache erschien". In Wahrheit, hier ist sie, erschienen 1979, die Ausgabe des Alten Testaments — "Die Fünf Bücher Mose" — in Althebräisch mit gleichlaufendem russischen Text. Die Ausgabe wurde von der Religiösen Gemeinde der Moskauer Choralsynagoge herausgegeben.

"Neues Leben": In der Westpresse wird nicht selten behauptet, in der Sowjetunion sei das Lehren des Iwrith verboten. Dabei wird Iwrith als Nationalsprache der Juden in der UdSSR bezeichnet. Wie sieht die tatsächliche Situation aus?

G. Zimanas: Althebräisch war niemals, weder im zaristischen Rußland noch in der Sowjetunion, die Nationalsprache von Personen jüdischer Nationalität. Das war Jiddisch. Gegenwärtig wird es von rund 14% der Juden in der Sowjetunion als ihre Muttersprache betrachtet.

Was das Hebräische angeht, das in Israel erneuert und den modernen Lebensbedingungen angepaßt wurde, wird es an Hochschulen der Sowjetunion gelehrt, dort, wo Fachkräfte — Philologen, Orientalisten — ausgebildet werden. Z. B. an der Hochschule der Länder Asiens und Afrikas bei der Moskauer Staatlichen Universität, an den Universitäten Tbilissi und Leningrad.

Ich werde nicht darauf eingehen, daß die zionistischen Führer besonders auf die Einführung des Iwrith setzen. Sie wollen, daß Iwrith als gemeinsame Sprache der von den Zionisten propagierten "jüdischen Weltnation" erlernt und anerkannt wird. Die zionistischen Führer betrachten Iwrith auch als ein Instrument, das die Verbreitung der zionistischen Ideologie erleichtern soll.

Aber kehren wir zum Jiddisch zurück. Vollverantwortlich kann ich versichern, daß den zionistischen "Beschützern der sowjetjüdischen Kultur" die Nationalsprache der sowjetischen Juden — Jiddisch — völlig gleichgültig ist. Nennen Sie mir irgendeinen westlichen Buchverlag, der bereit wäre, Bücher sowjetjüdischer Schriftsteller, die in Jiddisch schreiben, herauszugeben!

Oder auch nur eine Anthologie von Werken, die in Jiddisch in der in Moskau erscheinenden Zeitschrift "Sovietish Heiland" veröffentlicht werden. Nennen Sie mir eine Schallplattenfirma im Westen, die bereit wäre, eine Platte mit Liedern in Jiddisch in der Interpretation von Josif Kobson oder Galina Karefa zu pressen. Nennen Sie mir eine große westliche Zeitung von "Monde" bis "New York Times", die über diese von der Abteilung Volksbildung des Jüdischen Autonomen Gebiets bestätigte und vom Buchverlag Chabarowsk 1982 herausgebrachte prachtvolle "Jiddisch-Fibel" geschrieben hätte.

Warum wird das alles verschwiegen? Ganz einfach, weil man nur davon zu schreiben brauchte, damit jedem im Westen der wahre Sinn des sogenannten Schutzes jüdischer Kultur in der UdSSR absolut klar würde.

"La revue des relations internationales" (Belgien): In Belgien gibt es jüdische Persönlichkeiten, darunter unter Universitätsdozenten, die an der Entlarvung Israels und des Zionismus teilnehmen. Natürlich arbeiten sie unter sehr komplizierten Bedingungen, stehen unter dem Druck der zionistischen Propaganda. Die Frage lautet: Plant Ihr Komitee eine Zusammenarbeit mit jüdischen Persönlichkeiten antizionistischer Richtung in anderen Ländern?

S. Siws: Ich glaube, daß unser Komitee im Laufe seiner weiteren Arbeit Kontakte zu ausländischen nationalen und internationalen Organisationen aufnehmen wird, die sich für die Entlarvung des Zionismus, seiner Ideologie und politischen Praxis einsetzen.

"Politiken" (Dänemark): Sie behaupten, Sie und Ihr Komitee befürworten die Existenz des Staates Israel... Man weiß doch aber, daß die ideologische Basis des Staates Israel der Zionismus ist. Wie kann man den Zionismus bekämpfen und gleichzeitig für die Existenz des Staates Israel eintreten?

S. Siws: Ich glaube, Sie kennen unsere Ausgangsposition sehr gut: Wir sind für die Entwicklung normaler Beziehungen zu vielen Staaten, in denen die regierenden Kreise und Parteien ideologische Positionen beziehen, die für uns unannehmbar sind. Doch ich will nicht sagen, daß wir das auch auf Israel ausdehnen. Denn dessen Regierung steht auf den Positionen des militärischen Abenteuers, der Aggression, des Rassismus und der Expansion.

"Moscow News": In letzter Zeit zeichnet sich die Tendenz einer sinkenden Immigration ins "Gelobte Land" ab. In Israel selbst ist ein Anwachsen der Emigrationsstimmung zu beobachten. Ist das nicht ein Beweis für eine Krise des Zionismus?

S. Siws: Ich glaube, man kann nicht nur von einer Krise des Zionismus sprechen, sondern eher von einer seiner Hauptkonzeptionen — die Juden aus aller Welt auf dem Boden Israels zu versammeln. Was aber geschieht in der Praxis? Seit der Existenz dieses Staates sind aus der ganzen Welt etwa 1,5 Millionen Menschen in diesen Staat gekommen, um dort endgültig Wohnsitz zu nehmen. Und etwa 600 000 von ihnen, d. h. ein Drittel, haben ihn verlassen, sind einfach davongelaufen. Was ist das, wenn nicht ein neuer "Exodus"?

Zu den Gründen, die die Menschen zum Verlassen dieses Landes treiben, gehört auch der unwahrscheinliche Inflationsauftrieb: 135% im Vorjahr — eine Art Rekord für die kapitalistischen Länder. Und der chauvinistische Taumel und die Druckausübung seitens religiöser Kreise und schließlich der permanente Kriegszustand, wo keine Familie weiß, wer von ihren Angehörigen bei der nächsten Aggression umkommt. Jetzt debattiert das israelische Parlament Sanktionen gegen Leute, die versuchen, aus Israel auszuwandern. Ich denke, das bezeugt deutlicher als alle Worte diesen zionistischen Mythos, der wie eine Seifenblase geplatzt ist.